

Abgeordnetenhaus BERLIN

17. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Gesundheit und Soziales

62. Sitzung
31. August 2015

Beginn: 12.06 Uhr
Schluss: 16. 02Uhr
Vorsitz: Dr. Wolfgang Albers (LINKE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers schlägt vor, Tagesordnungspunkt 2 solle am Ende der Tagesordnung, nach dem Tagesordnungspunkt Verschiedenes behandelt werden, weil der dem Stellungnahmeverfahren des Hauptausschusses zugrunde liegende Bericht vertraulich sei.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers weist darauf hin, dass dem Ausschuss vom Hauptausschuss der Schlussbericht rote Nr. 1664-1 sowie der Zwischenbericht rote Nr. 1705 mit der Bitte um Stellungnahme zur Verfügung gestellt und für die Stellungnahme eine Frist bis zum 24. Juni 2015 gesetzt worden sei. Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales habe die beiden Stellungnahmen in der 61. Sitzung vertagt. Der Hauptausschuss habe wiederum in seiner 80. Sitzung am 24. Juni 2015 die genannten Berichte nach Aussprache zur Kenntnis genommen. Er gehe davon aus, dass sich damit die Stellungnahmeverfahren erledigt hätten.

Der **Ausschuss** bestätigt diese Auffassung.

Punkt 1 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – 0266
Drucksache 17/2400
Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von
Berlin für die Haushaltjahre 2016 und 2017
(Haushaltsgesetz 2016/2017 – HG 16/17)
Hier: Einzelplan 11 sowie Einzelplan 12,
Kapitel 1250, MG 11 Hochbaumaßnahmen der
Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales
– Vorabüberweisung –
– Erste Lesung –

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers macht darauf aufmerksam, dass die von den Fraktionen formulierten Fragen und Berichtsaufträge in einer Synopse zusammengefasst und den Fraktionen zur Verfügung gestellt worden seien. Die Beratung werde auf Grundlage dieser Synopse durchgeführt. Über die Synopse hinausgehende Berichtswünsche müssten während der Sitzung schriftlich eingereicht werden. Zum Verfahren weise er darauf hin, dass die Generalausprache in der zweiten Lesung stattfinde. Heute werde Senator Czaja eine Stellungnahme zum Haushalt abgeben. – Weiteres Geschäftliches siehe Beschlussprotokoll.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) trägt vor, die Ansätze im Haushalt hätten sich für 2016 um 271 Mio. Euro gegenüber 2015 erhöht sowie um 319 Mio. Euro im Jahr 2017.

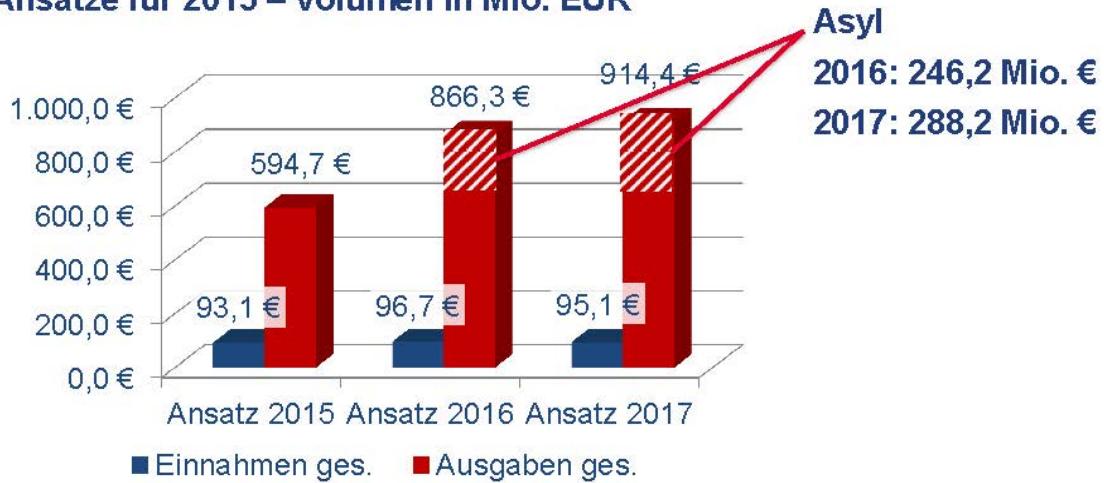
Gesamtübersicht

Senatsverwaltung
für Gesundheit und Soziales

be
Berlin

Schwerpunktsetzung für die Haushaltsberatungen 2016/2017

Der Haushaltplan von Berlin – Gesundheit und Soziales (Epl. 11)
Ansätze für 2015 – Volumen in Mio. EUR



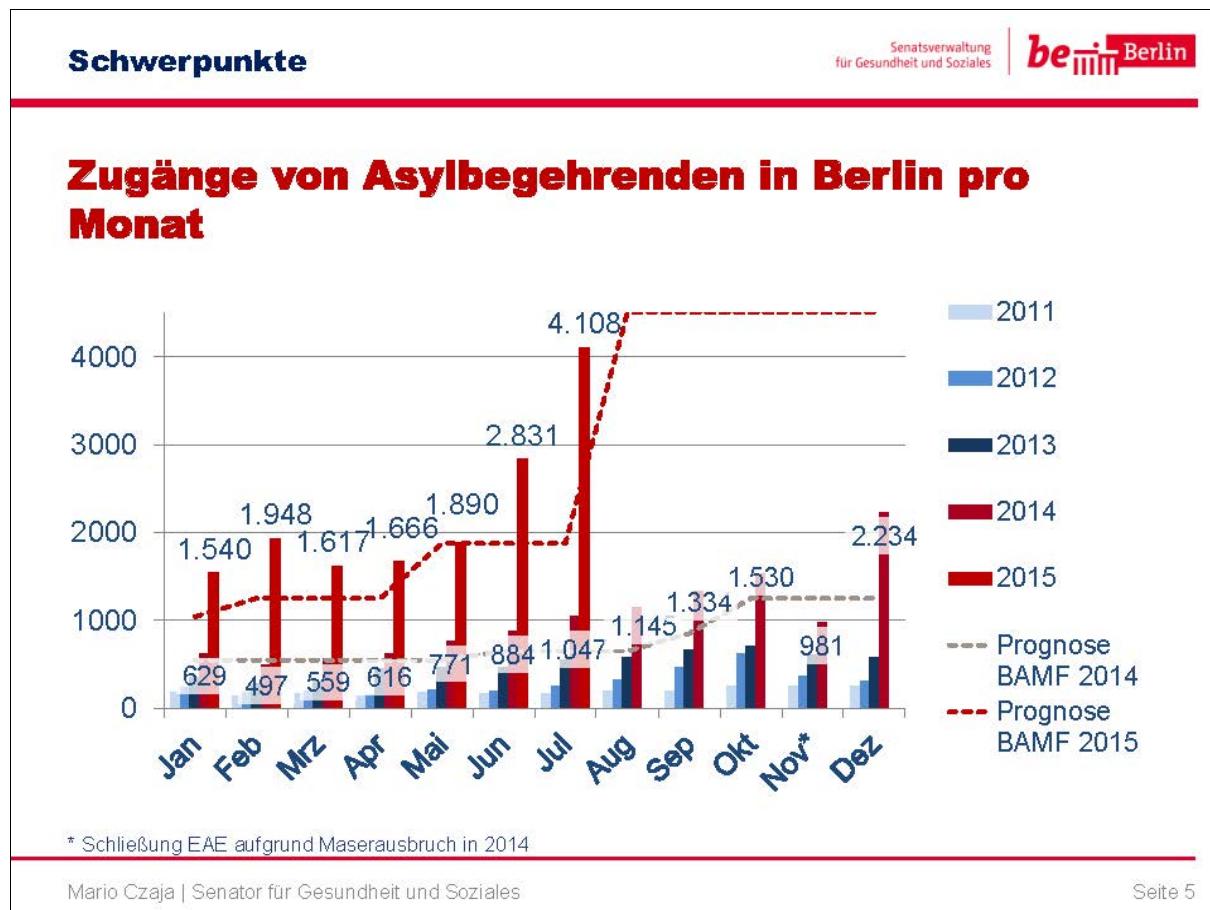
Mario Czaja | Senator für Gesundheit und Soziales

Seite 3

Der wesentliche Teil des Anstiegs entfalle auf das Themenfeld Asyl. Darüber hinaus schlage sich auch die demografische Entwicklung bei der Anwartschafts- sowie Rentenrechtsgesetzgebung nieder.



Hier seien die Ansätze aufgeteilt nach Hauptgruppen dargestellt.



Für Asyl betrügen die Mehrausgaben 271 beziehungsweise 319 Mio. Euro allein im Einzelplan 11. Hinzu kämen die Ansätze im Einzelplan 12 für die Modularbauten sowie die Ausgaben der Bezirke und die Ansätze im Einzelplan 10 für den Bereich Schule.

Am Jahresanfang 2015 sei seitens des Bundes prognostiziert worden, dass 230 000 Flüchtlinge aufgenommen werden müssten. Diese Zahl sei im Mai auf 450 000 Flüchtlinge angehoben worden und im Juli auf 880 000. Damit hätten sich die Zahlen im Juli im Vergleich zum Vorjahresmonat vervierfacht, im August sogar verfünfach. Berlin müsse nach dem Königsteiner Schlüssel 5 Prozent der Flüchtlinge unterbringen. Bis Ende Juli seien in Berlin 15 000 Flüchtlinge aufgenommen worden, was bedeute, dass weitere 25 000 bis Ende des Jahres erwartet würden. Dies entspreche rund 5 000 Flüchtlingen pro Monat. Die Zahlen stabilisierten sich immer mehr, für August werde mit rund 5 000 Flüchtlingen gerechnet. Deshalb sehe er keine Basis für eine weitere Veränderung der Prognose.

Schwerpunkte

Senatsverwaltung
für Gesundheit und Soziales

be Berlin

Versorgung von Asylbegehrenden und Flüchtlingen



- **Mehrbedarf ggü. Ansatz 2015:**
 - 2016: +203,2 Mio. €
 - 2017: +245,2 Mio. €
 - + 40 Mio. € SIWA, übertragbar aus 2015
 - + 10 Mio./30 Mio. € 2016/17 für Modularbauten bei SenStadt
- **Personal**
 - 74 neue Stellen LAGeSo
 - 64 neue befristete Beschäftigungspositionen LAGeSo
 - 4 Stellen Fachaufsicht
- **Stärkung Stadtteilzentren**
 - Erweiterung zusätzliches Angebot auf 30 STZ: 2016/17 600.000 €

Mario Czaja| Senator für Gesundheit und Soziales

Seite 6

Bei den regulären Asylbewerberleistungen werde ein Mehrbedarf von 203 Mio. Euro im Jahr 2016 respektive 245 Mio. Euro im Jahr 2017 prognostiziert.

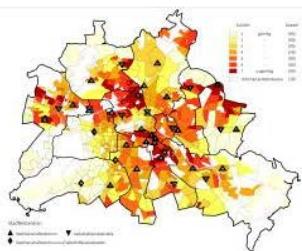
Das Landesamt für Gesundheit und Soziales – LAGeSo – erhalte mit dem Haushalt 74 neue Stellen sowie 64 befristete Position sowie vier Stellen in der Fachaufsicht. Ihm sei es wichtig, dass mit SenFin feste Kennziffern für den Leistungsbereich verabredet worden seien, sodass bei einem weiteren Anstieg der Flüchtlingszahlen nicht gesondert über Personalaufwuchs verhandelt werden müsse, sondern dieser fließend erfolge. Diesbezüglich sei ein regelmäßiges Controlling verabredet worden.

Für die Stärkung des nachbarschaftlichen Engagements speziell im Hinblick auf die Flüchtlingsunterbringung sehe der Haushaltsplanentwurf 600 000 Euro zusätzlich vor.

Schwerpunkte

Senatsverwaltung
für Gesundheit und Soziales | **be** Berlin

Fortentwicklung Rahmenfördervertrag und APG



- **allg. Kostensteigerung**
- **neuer Rahmenfördervertrag 2016 - 2020**
- **IGP**
 - Erheblicher Anstieg der Klientenzahlen
 - starker Zustrom benachteiligter Zielgruppen
 - Mehrbedarf 0,6 Mio. € 2016 und 1,0 Mio. € 2017
- **ISP**
 - Aufwuchs um 1,3 Mio. € 2016 und 1,6 Mio. € 2017
 - steigende Wohnungslosenzahlen
 - Anforderungen aus der UN-BRK
 - Mhd: Wegfall von Arbeitsmarktinstrumenten
 - Pflegestützpunkte mit jährlich + 300.000 €
- **IFP Stadtteilzentren**
 - Aufwuchs um 0,8 Mio. € 2016 und 0,9 Mio. € 2017
 - KoA-Vertrag: ein STZ für jede Region
 - Ausweitung der „Willkommenskultur“ auf 30 STZ

Mario Czaja| Senator für Gesundheit und Soziales

Seite 7

Einen weiteren Schwerpunkt stellten die Rahmenförderverträge sowie das Aktionsprogramm Gesundheit dar. Die allgemeine Kostensteigerung in Höhe von 2 Prozent sei im Haushalt verankert worden. Im Integrierten Gesundheitsprogramm – IGP – sei ein Anstieg der Klienten feststellbar, der sowohl auf die Flüchtlinge als auch die wachsende Stadt zurückgehe. Dem werde mit zusätzlich 600 000 Euro im Jahr 2016 sowie 1 Mio. Euro im Jahr 2017 Rechnung getragen.

Im Integrierten Sozialprogramm – ISP – betrage der Aufwuchs 1,3 Mio. Euro bzw. 1,6 Mio. Euro. Darin enthalten seien auch die Mobilitätshilfsdienste, der Ausbau der Pflegestützpunkte sowie der Aufwuchs in der Wohnungslosenhilfe.

Der Stadtteilzentrenvertrag enthalte einen Aufwuchs von 800 000 Euro im Jahr 2016 sowie 900 000 Euro im Jahr 2017 für die Stärkung der Stadtteilzentren.

Schwerpunkte

Senatsverwaltung
für Gesundheit und Soziales | **be** Berlin

Fortentwicklung Aktionsprogramm Gesundheit



- Verschränkung mit Bundespräventionsgesetz (BPG), Landesrahmenvereinbarung und IGP
→ Konzeptweiterentwicklung
- Ausbau und Qualitätssicherung der Landesprogramme „Gesund Aufwachsen“, Gesund Altern“ (im Aufbau) sowie „Bewegung und Sport“.
- Entwicklung von weiteren Kooperationen mit relevanten Akteuren
- Evaluation des APG in Planung
- **Haushalt**
 - Aufstockung des Ansatzes von 837.000 € (2015) auf 1.336.740 € (2016 und 2017)
 - Evaluationsmaßnahmen zum APG (2017: 40.000 €)

Mario Czaja| Senator für Gesundheit und Soziales

Seite 8

Mit dem Aktionsprogramm Gesundheit seien in der Vergangenheit die Ausgangsbedingungen dafür geschaffen worden, Prävention in den Lebensräumen zu stärken und sozialindikative Präventionsarbeit vorzunehmen. Mit den Partnern, die im Präventionsschutzgesetz eine Rolle spielten, würden derzeit Gespräche geführt, um eine weitere Verzahnung zu erreichen. Die Plattform dafür sei die Landesgesundheitskonferenz mit ihren Gremien.

Die Landesprogramme sollten weiter ausgebaut, für gute Projekte in den Bezirken solle eine Kofinanzierung bereitgestellt werden. Deshalb werde der Ansatz für das Aktionsprogramm Gesundheit um rund 500 000 Euro auf 1,3 Mio. Euro steigen. Zusätzlich würden 40 000 Euro für die Evaluierung des Aktionsprogramms Gesundheit im Jahr 2017 bereitgestellt.

Schwerpunkte

Senatsverwaltung
für Gesundheit und Soziales

be Berlin

Sonderfahrdienst(SFD) / Taxikontosystem



- **SFD (Aufwuchs)**
2016/2017 : + 340.000 €
insbes. wg. Leistungserweiterungen
(Treppenhilfe, Notdienst etc.)

- **Taxikontosystem**
Erhöhung des maximalen monatlichen
Erstattungsbetrages wg.
Taxigebührenerhöhung zum
01.07.2015

Mario Czaja| Senator für Gesundheit und Soziales

Seite 9

Beim Sonderfahrdienst werde der Teilansatz für Regie- und Beförderungsleistungen von 6,3 Mio. Euro auf 6,7 Mio. Euro erhöht. Zudem werde das Taxikontensystem angepasst, weil sich die Taxigebührenverordnung verändert habe.

Schwerpunkte

Senatsverwaltung
für Gesundheit und Soziales

be Berlin

Versorgungskonzept 80plus – Gesundheit im hohen Alter sektorenübergreifend stärken



- Hochaltrige Menschen haben einen erheblich höheren Versorgungs- und Behandlungsbedarf
- geplante Maßnahmen:
 - Fachdialoge zur Entwicklung der Rahmenstrategie „Verbesserung der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung hochaltriger Menschen in Berlin“
 - Unterstützung des Aufbaus und Erhalts lokaler Bündnisse für Gestaltung altersgerechter Quartiere (z.B. demenzfreundliche Kommune)
 - wissenschaftliche Begleitung des Gesamtprozesses und Evaluation der angestoßenen Prozesse und Arbeitsstrukturen

Mario Czaja| Senator für Gesundheit und Soziales

Seite 10

Die Versorgung hochaltriger Menschen solle gestärkt werden, insbesondere solle die sektorenübergreifende Versorgung in den Blick genommen werden. Dafür sei ein Vorsorgefonds in den Haushalt eingestellt worden. Es sollten die Dinge unterstützt werden, die beispielsweise aus dem Bezirk Lichtenberg bekannt seien. Die Arbeit der Pflegestützpunkte in den Kiezen solle ebenso gestärkt werden wie die der pflegenden Angehörigen.

Mit dem Projekt 80plus solle eine weitere Rahmenstrategie erarbeitet werden. Dafür würden in diesem sowie im kommenden Jahr die entsprechenden Fachdialoge durchgeführt.

Schwerpunkte

Senatsverwaltung
für Gesundheit und Soziales

be Berlin

Beratungsstellen nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz



- **allgemeine Kostensteigerungen**
- **Sicherstellung des Beraterschlüssels
(eine Beratungsfachkraft pro 40.000 Einwohner/innen)**
- **Mehrbedarfe für neue Bestandteile der Beratung (z. B. vertrauliche Geburt)**
- **2016: 3.574.570 € (+588.330 € ggü. 2015)**
- **2017: 3.699.560 € (+713.320 € ggü. 2015)**

Mario Czaja| Senator für Gesundheit und Soziales

Seite 11

Bei den Ausgaben im Zusammenhang mit dem Schwangerschaftskonfliktgesetz sei die allgemeine Kostensteigerung verankert worden. Es sei ein Beraterschlüssel von einem Berater auf 40 000 Einwohner vorgegeben. Aufgrund des Wachstums der Stadt – insbesondere auch in der Altersgruppe der 25- bis 40-Jährigen – sei ein Mehrbedarf an Beratern entstanden, der im Haushaltplanentwurf abgebildet worden sei. Weiterer Mehrbedarf sei im Zusammenhang mit den Beratungen im Rahmen der vertraulichen Geburt entstanden. Die Ansätze seien deshalb um 588 000 Euro im Jahr 2016 sowie 713 000 Euro im Jahr 2017 erhöht worden.

Schwerpunkte

Senatsverwaltung
für Gesundheit und Soziales

be Berlin

Kinderschutzambulanzen



- Einrichtung von 4 regionalen Kinderschutzambulanzen in Ergänzung zum bestehenden Netzwerk Kinderschutz
- ressortübergreifendes Projekt von SenBJW (Federführung) + SenGesSoz und SenJustV
- Finanzieller Anteil von SenGesSoz:
Personalkosten für eine Kinderkrankenschwester (1.0 VZÄ) pro Standort + einmalige Kosten für Grundausstattung eines Arbeitsraumes
2016: 290.000 Euro
2017: 255.800 Euro.

Mario Czaja| Senator für Gesundheit und Soziales

Seite 12

Gerade vor einigen Tagen sei das Projekt Kinderschutzambulanzen vorgestellt worden. Dabei handele es sich um eine ausgesprochen gute Zusammenarbeit zwischen SenBildJugWiss, SenJustV sowie seinem Haus. In seinem Einzelplan schlage sich dieses Thema mit Ansätzen für die Grundausstattung von Kinderschutzambulanzen in vier Kliniken einschließlich der personellen Ausstattung in den Jahren 2016 und 2017 nieder. Deshalb sei der Ansatz im Jahr 2016 höher, weil dann die Grundausstattung finanziert werde.



Eine weitere große Rolle spielt in seinem Etat das Thema Krankenhausinvestitionen. In der Vergangenheit habe das Land Berlin mit 18,22 Euro die niedrigsten Ausgaben je Einwohner erbracht. Bereits für den derzeit geltenden Doppelhaushalt sei ein Nettoaufwuchs von 20 Prozent erreicht worden, nunmehr betrage die Steigerungsrate 40 Prozent.



Damit werde seit mehr als 15 Jahren wieder der Bundesdurchschnitt mit 32,00 Euro pro Einwohner bei den Krankenhausinvestitionen erreicht. Rechne man die SIWA-Mittel hinzu, werde der Bundesdurchschnitt mit 39,00 Euro pro Einwohner sogar leicht überschritten. Dies sei ein großer Erfolg der Koalition. Aufgrund der bis zum Jahr 2019 eingestellten Verpflichtungsermächtigungen gebe es nunmehr Planungssicherheit für die Berliner Krankenhäuser.

Mit dem Krankenhausplan würden enge Regularien hinsichtlich Qualitätsvorgaben und Mindestpersonalanforderungen gesetzt. Im Gegenzug würden bei den Investitionen die notwendigen Freiheiten gewährt. Bei Ausgaben über 5 Mio. Euro müsse ein Bedarfsprogramm vorgelegt werden.

Kein anderer Einzelplan verzeichne einen derartigen Aufwuchs der Ansätze wie der Einzelplan 11. Dies gehe insbesondere auf die gestiegenen Ausgaben für das Thema Asyl zurück. Gerade deshalb freue es ihn, dass es ihm gelungen sei, im ISP, IGP und Stadtteilzentrenvertrag die Kostensteigerungen sowie zusätzlichen Bedarf abzubilden. Darüber hinaus werde im Aktionsprogramm Gesundheit nach Verabschiedung des Bundespräventionsgesetzes eine Anpassung vorgenommen. Auch für die Sonderfahrdienste seien die Preissteigerungen bei den Taxikonten im Haushalt verankert worden. Schließlich gebe es bei den Krankenhausinvestitionen den größten Aufwuchs seit 15 Jahren.

Frage Nr. 1 a, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um Organigramm mit Stellenangabe sowie Namen der Mitarbeiter/-innen in Führungspositionen (bitte für den ganzen Bereich EP 11).

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) sagt zu, dass das Organigramm zur Verfügung gestellt werde.

Frage Nr. 1 b, Piratenfraktion

Bitte ein aktuelles Organigramm der Senatsverwaltung mit Anzahl der Stellen bis auf Referatsebene übermitteln.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) sagt zu, dass das Organigramm zur Verfügung gestellt werde.

Frage Nr. 2, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte ein aktuelles Organigramm der Senatsverwaltung mit Anzahl der Stellen bis auf Referatsebene übermitteln.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) sagt zu, dass das Organigramm zur Verfügung gestellt werde.

Frage Nr. 3, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Titelveränderungen wurden vorgenommen (bitte mit Summen) und Begründung der Veränderung.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass dazu ein Bericht erstellt werde.

Frage Nr. 4, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wir bitten um eine Aufstellung aller EU-Titel im Einzelplan 11 (Einnahmen und Ausgaben ESF und EFRE) der alten und neuen Förderperiode und deren jeweiligen Verwendungszweck und vorgesehenen Empfänger.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass dazu ein Bericht erstellt werde.

Frage Nr. 5 a, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wir bitten um eine Aufstellung der veranschlagten Ausgaben 2016, 2017 und Ist-Vergleich 2014, 2015 rund um die Tätigkeiten des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass dazu ein Bericht erstellt werde.

Frage Nr. 5 b, Fraktion Die Linke

Auflistung der Maßnahmen in 2014/15 zur Umsetzung des PartIntG mit finanzieller Untersetzung.

Auflistung der geplanten Maßnahmen in 2016/17 zur Umsetzung des PartIntG mit finanzieller Untersetzung.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dazu werde ein Bericht erstellt.

Frage Nr. 6, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wir bitten um eine Aufstellung der veranschlagten Ausgaben 2016, 2017 und Ist-Vergleich 2014, 2015 rund um die Tätigkeiten des Landesbeauftragten für Psychiatrie.

Staatssekretärin Emine Demirbüken-Wegner (SenGesSoz) legt dar, der Landesbeauftragte für Psychiatrie habe weder in der Vergangenheit über einen eigenen Etat verfügt noch werde er dies in der Zukunft tun. Die Aufgabe des Landesbeauftragten für Psychiatrie sei Teil der Stelle des Referatsleiters I B. Die Personalausgaben für diese Stelle seien in der Hauptgruppe 4 enthalten.

Heiko Thomas (GRÜNE) äußert, diese Antwort überrasche ihn. Im Haushaltsplan werde auf die Besuchskommissionen verwiesen. Er hoffe, dass diese aus diesem Bereich finanziert würden. Sei dem so?

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) erläutert, die Besuchskommissionen seien der einzige Punkt, an denen der Landesbeauftragte für Psychiatrie auftauche.

Heiko Thomas (GRÜNE) wiederholt, es irritiere ihn, dass der Landesbeauftragte für Psychiatrie an keiner anderen Stelle eine Rolle spiele. Auch nicht beim Krankenhaus des Maßregelvollzugs? Wann werde die Stelle besetzt?

Staatssekretärin Emine Demirbüken-Wegner (SenGesSoz) macht erneut darauf aufmerksam, dass die anderen angesprochenen Bereiche in der Stelle implementiert seien und aus der Hauptgruppe 4 finanziert würden.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) ergänzt, die Stelle sei bereits ausgeschrieben und werde zeitnah besetzt werden.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

Frage Nr. 7 a, Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU

Wir bitten um eine Aufstellung der veranschlagten Ausgaben 2016, 2017 und Ist-Vergleich 2014, 2015 rund um die Tätigkeiten des Landesbeauftragten für Psychiatrie.

Siehe Antwort zu Frage Nr. 6.

Frage Nr. 7 b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wir bitten um eine Aufstellung der veranschlagten Ausgaben 2016, 2017 und Ist-Vergleich 2014, 2015 rund um die Tätigkeiten der Patientenbeauftragten.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, die Frage werde schriftlich beantwortet.

Frage Nr. 8, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wir bitten um eine Aufstellung der veranschlagten Ausgaben 2016, 2017 und Ist-Vergleich 2014, 2015 rund um das Thema Personal in der Altenpflege (Überwindung des Fachkräftemangels, Fachkräftegewinnung, Anerkennung ausländischer Abschlüsse, Ausbildung, Gewinnung neuer Altenpflegeschüler/-innen, kultursensible Angebote etc.).

Welche finanziellen Folgen sieht der Senat bei einer generalistischen Pflegeausbildung (siehe Referentenentwurf BMG) auf Berlin (bitte nach einzelnen Bereichen aufführen) zukommen?

Wir bitten um die Erläuterung, wie und durch welche Mittel die Einführung einer Pflegekammer erfolgen kann oder soll.

Welche Schritte sind im Bereich Pflegekammer geplant (z.B. ergänzende Befragungen, Veranstaltungen) und wie werden diese finanziert?

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) legt dar, in den Jahren 2016 und 2017 seien keine Ausgaben für die Überwindung des Fachkräftemangels sowie die Fachkräftegewinnung vorgesehen. Auch in den Jahren 2014 und 2015 seien dafür keine Ausgaben in den Haushalt eingestellt gewesen. Darüber hinaus seien für die Jahre 2016 und 2017 keine Ausgaben für die Anerkennung ausländischer Abschlüsse vorgesehen, weil diese Aufgabe in der allgemeinen Tätigkeit des LAGeSo enthalten sei.

Zur Gewinnung neuer Altenpflegeschüler/-innen habe die Senatsverwaltung bis Dezember 2014 eine Kampagne zur Aufwertung des Altenpflegeberufs sowie zur Steigerung der Ausbildungszahlen durchgeführt, finanziert aus Titel 546 90 – Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen –. Die entsprechende Webseite werde noch bis Dezember 2015 betrieben. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler habe sich erhöht.

Hinsichtlich einer generalistischen Ausbildung würden derzeit noch keine finanziellen Auswirkungen prognostiziert. Auf Fachebene erfolge ein Austausch mit SenFin sowie SenBildJu-gWiss, ob finanzielle Auswirkungen zu erwarten seien.

Zur Errichtung einer Pflegekammer sei eine Befragung in Berlin durchgeführt worden. Im Koalitionsvertrag sei die Errichtung einer solchen Pflegekammer nicht vorgesehen, weshalb es zunächst noch koalitionsinterner Abstimmungen bedürfe. Für Anfang Oktober werde diesbezüglich zu einem Fachdialog eingeladen, um die Gründungsprozesse in Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Schleswig-Holstein zu erörtern. Die Fraktionsvorsitzenden würden zu dieser Veranstaltung eine Einladung erhalten. Es seien jedoch keine zusätzlichen Mittel für dieses Thema im Haushalt verankert worden.

Jasenka Villbrandt (GRÜNE) weist darauf hin, es sei bereits während der letzten Haushaltssberatungen darauf verwiesen worden, dass die Fachkräftegewinnung mithilfe des planmäßigen Personals des LAGeSo bewerkstelligt würde. Es sei bekannt, dass die Anerkennung ausländischer Zeugnisse schwierig sei. Ihre Fraktion wolle wissen, was geplant werde, um diese Probleme zu beseitigen.

Hinsichtlich einer generalistischen Pflegeausbildung müsse Berlin auf Bundesebene eine Position einnehmen, weshalb es sie verwundere, dass sich der Senat keine Gedanken darüber mache, was eine solche Ausbildung finanziell bedeutete. Sie bitte um eine ausführliche Begründung, weshalb es der Senat nicht für notwendig erachte, diesen Punkt finanziell zu berücksichtigen.

Gleches gelte für das Projekt Pflegekammer. Ihrer Fraktion sei bekannt, dass dieses Thema im Koalitionsvertrag nicht enthalten sei. Angesichts der durchgeföhrten Umfrage sei es aber eigenartig, auch für die kommenden zwei Jahre keine Mittel dafür vorzusehen. Sie bitte um eine schriftliche Begründung für alle angesprochenen Punkte.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) sagt den Bericht zu.

Frage Nr. 9, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Maßnahmen plant der Senat zur Umsetzung des neuen Notfallsanitätergesetzes und wo sind die Kosten etatisiert?

Wie ist der aktuelle Umsetzungsstand?

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) führt aus, bei der Umsetzung des Notfallsanitätergesetzes sei SenInnSport für die Notfallrettung sowie den Krankentransport zuständig, sein Haus für die berufsrechtliche Umsetzung. Die erfragten Kosten bildeten sich demnach im Einzelplan 05 ab und nicht in seinem Etat.

Heiko Thomas (GRÜNE) stellt fest, dass innerhalb von zwei Jahren offenbar nichts geschehen sei. Die Frage habe seine Fraktion bereits vor zwei Jahren gestellt und auch damals keine Antwort erhalten. Angesichts der geteilten Zuständigkeit habe er eigentlich erwartet, dass

auch in diesem Einzelplan Ansätze gebildet würden. – Er verzichte ausdrücklich auf einen Bericht.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) vertritt die Auffassung, es sei peinlich die Frage erneut zu stellen, wenn sie bereits vor zwei Jahren gestellt und auch beantwortet worden sei. Selbstverständlich könne er über den Sachstand schriftlich berichten.

Frage Nr. 10, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um eine Darstellung des Sachstands der finanziellen Situation und Planung sowie prognostizierter Inanspruchnahme 2016 und 2017 zum Förderprogramm zur Assistierten Reproduktion

Gottfried Ludewig (CDU) bittet darum, diese Frage im Zusammenhang mit Titel 684 06 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen – in Kapitel 1110 – Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales – Gesundheit – zu behandeln.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Frage Nr. 11 a, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie sieht das Verfahren zur Ermöglichung der Tarifsteigerungen bei den Zuwendungsempfänger/-innen aus?

Gibt es einheitliche nachvollziehbare Kriterien?

Bitte um Übersicht über alle Tarifanpassungen im Zuwendungsbereich.

Wie viele Personen bei welchem Träger sollen hiervon profitieren?

Wie hoch ist die durchschnittlich geplante Erhöhung pro Beschäftigten?

Wie sollen die Mittel verausgabt werden?

Bitte um Darstellung, welche Anträge bzw. Unterlagen die Träger im Vorfeld, während des Bewilligungszeitpunkts und im Anschluss ausfüllen bzw. anfügen müssen, um die Mittel bewilligt zu bekommen.

Bitte um Darstellung eines typischen Verlaufs einer Antragstellung, Bewilligung und Abwicklung.

Welche Angaben müssen die Träger über die Personalsituation vorlegen?

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) erklärt, die Fragen würden schriftlich beantwortet.

Frage Nr. 11 b, Fraktion Die Linke

In welcher Höhe wurde für eine Tarifanpassung der Personalkosten bei den Zuwendungsempfänger/-innen Vorsorge getroffen? Bitte Erläuterung über die genaue Ausgestaltung

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Frage Nr. 12 a, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um einzelplanübergreifende Darstellung, durch welche Titel bürgerschaftliches Engagement gefördert wird.

Ellen Haußdörfer (SPD) erläutert, der Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement sei einem anderem Ausschuss angegliedert und nicht diesem. Die Koalitionsfraktionen baten deshalb nicht um eine einzelplanübergreifende, sondern eine kapitelübergreifende Darstellung für den Einzelplan 11.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) sagt den Bericht zu.

Frage Nr. 12 b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wir bitten um eine Aufstellung der Mittel, die im Einzelplan 11 für die Unterstützung von Bürgerschaftlichem Engagement veranschlagt sind. Welche Projekte mit welchen Zielen betrifft dies?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Frage Nr. 13, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Aufgrund des Senatsbeschlusses vom 10. Januar 2012 über die Geschäftsverteilung des Senats sind der Senatsverwaltung für Finanzen als federführende Organisationseinheit zusätzliche Aufgaben im Bereich der Steuerung und Finanzierung entgeltfinanzierter sozialer Dienstleistungen übertragen worden. Inwieweit findet inzwischen eine ressortübergreifende Zusammenarbeit statt?

Wie werden die Ergebnisse der Entgeltstelle und evtl. vorgesehener Gutachten umgesetzt?

Welche Erfahrungen wurden aus Sicht der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales bei der Umsetzung bislang gemacht?

Staatssekretär Dirk Gerstle (SenGesSoz) berichtet, über die Zusammenarbeit zwischen Finanz- und Sozialverwaltung in Fragen der Entgeltstelle Soziale Dienstleistung – ESD – sei bereits mehrfach im Hauptausschuss berichtet worden. Dort sei dargestellt worden, dass sich beide Verwaltungen eng verzahnt hätten und die Ergebnisse der Beratungen jeweils in die Verhandlungsverfahren mit eingebracht würden. In den Berichten werde auch dargestellt, wie sich die fachlichen Zusammenhänge in den Vertragsverhandlungen ausgewirkt hätten. Dies werde auch in Zukunft geschehen. Nach anfänglichen Schwierigkeiten in der Abstimmung habe sich die Arbeit der ESD sehr bewährt und werde von den Geschäftsführern der Liga-Verbände positiver gesehen als zu Beginn.

Heiko Thomas (GRÜNE) erklärt, seine Fraktion werde das Thema im Hauptausschuss erneut ansprechen, weil ihm diese Antwort nicht ausreiche.

Frage Nr. 14 a, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

In welchen Kapiteln/Titeln wird die Finanzierung des Roma-Aktionsplans abgebildet?

Welche Projekte welcher Träger, mit welchen Zielen werden dabei mit jeweils welchen Summen gefördert?

Frage Nr. 14 b, Fraktion Die Linke

Auflistung der Maßnahmen in 2014/15 zur Umsetzung des Aktionsplans Roma mit finanzieller Untersetzung.

Auflistung der geplanten Maßnahmen in 2016/17 zur Umsetzung mit finanzieller Untersetzung.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) erläutert, der Roma-Aktionsplan werde im Notfallfond zur Finanzierung von Entbindungen bei nicht krankenversicherten Unionsbürgern in prekären Verhältnissen in Kapitel 1110 – Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales – Gesundheit – Titel 671 01 – Ersatz von Ausgaben – abgebildet. Darüber hinaus fielen noch Ausgaben für Verbrauchsmittel für medizinische Zwecke an.

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) bittet darum, dass auch der zweite Teil der Frage beantwortet werde.

Elke Breitenbach (LINKE) bemerkt, wenn für die Jahre 2016 und 2017 keine weiteren Maßnahmen geplant seien, müsse dies hingenommen werden und ein Bericht wäre verzichtbar.

Staatssekretärin Emine Demirbüken-Wegner (SenGesSoz) berichtet, die Bezirke Mitte, Charlottenburg-Wilmersdorf, Friedrichshain-Kreuzberg, Steglitz-Zehlendorf sowie Marzahn-Hellersdorf, in denen jeweils ein Zentrum für sexuelle Gesundheit und Familienplanung ansässig sei, hätten eine Vereinbarung mit SenGesSoz abgeschlossen. Darüber hinaus seien mit der Charité, dem Gemeinschaftskrankenhaus Havelhöhe, dem Krankenhaus Waldfriede, Maria Heimsuchung Caritas-Klinik Pankow, dem Sana Krankenhaus Lichtenberg sowie dem Sankt Gertrauden-Krankenhaus Vereinbarungen sowie mit sechs Entbindungsstationen von Vivantes-Krankenhäusern abgeschlossen worden. Eine Vereinbarung mit dem Martin-Luther-Krankenhaus stehe kurz vor dem Abschluss. Weiterhin seien Verträge mit Malteser Migranten Medizin, dem Nachbarschaftsheim Neukölln sowie dem Türkischen Frauenverein Berlin e.V. abgeschlossen worden.

Insgesamt seien 300 000 Euro etatisiert worden. Eine konkrete Aufteilung könne sie noch nicht liefern. Mit Stand 2. Mai seien bei den Beratungsstellen 69 Formulare eingegangen. 16 bedürftigen Frauen seien die Bescheinigungen ausgestellt worden, neun hätten bereits entbunden.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) ergänzt, eine Aufteilung könne allein deshalb nicht geliefert werden, weil nicht bekannt sei, in welchem Krankenhaus konkret entbunden werde. Auch die Inanspruchnahme der einzelnen Beratungsstellen sei nicht vorhersagbar. Man befindet sich

immer noch am Anfang des Projekts. Auch über die Auskömmlichkeit der Mittel könne noch keine Aussage getroffen werden. Müsste beispielsweise eine Frühgeburt finanziert werden, wären die Mittel relativ schnell ausgeschöpft. Wenn es dazu käme, müsste im Rahmen der Haushaltswirtschaft eine Anpassung vorgenommen werden. Aktuell reichten die Mittel aus.

Elke Breitenbach (LINKE) fragt, wie das aktuelle Ist aussehe. Müsse davon ausgegangen werden, dass keine Projekte über die bereits im Haushaltsplan aufgeführten hinaus geplant seien?

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) bekundet, den Anteil seiner Verwaltung am Aktionsplan Roma habe er dargestellt. Die Federführung für den Aktionsplan liege bei SenArbIntFrau. – Das aktuelle Ist belaufe sich auf rund 10 000 Euro.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass die Frage damit erledigt sei.

Frage Nr. 15, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wir bitten um eine Aufstellung aller Mittel, die im Einzelplan 11 für die Drogen- und Suchthilfe veranschlagt sind. Ergänzend, welche Maßnahmen in anderen Einzelplänen etatisiert sind.

Gottfried Ludewig (CDU) bittet darum, dass die Frage zurückgestellt und im Zusammenhang mit der Maßnahmegruppe 02 in Kapitel 1110 erneut aufgerufen werden solle.

Heiko Thomas (GRÜNE) erklärt, es sei ihm egal, an welcher Stelle die Frage beantwortet werde, er lege aber Wert auf eine kapitelübergreifende Darstellung.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Frage Nr. 16, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wir bitten um eine Aufstellung aller im Einzelplan 11 vorgesehenen Gutachten, Expertisen und Evaluationen (z.B. im Bereich Drogen/Sucht, ISP, IGP, STZ ...) mit den jeweils veranschlagten Mitteln 2016 und 2017 sowie weitere Angaben zum Ziel, Ausschreibungsverfahren, Laufzeit, geplanten Umgang mit Ergebnissen, Angaben zum Auftragnehmer (wenn schon bekannt) etc.

Nach welchen Kriterien wird entschieden, ob Projekte oder Maßnahmen evaluiert werden, und wie sie evaluiert werden?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass die Fragen mittels Bericht beantwortet würden.

Frage Nr. 17, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Unterstützt der Senat die Forderung des Landesseniorenbirats und der Landessenorenvertretung in Berlin, für die Wahlen der bezirklichen Seniorenvertretungen die Briefwahl zu ermöglichen?

Wenn ja, wie viele Mittel sind dafür vorgesehen und wo werden sie veranschlagt?
Wer hat für die Umsetzung die inhaltliche Federführung?

Staatssekretär Dirk Gerstle (SenGesSoz) erklärt, die Forderungen des Landesseniorenbüros sowie der Seniorenvertretungen lägen der Senatsverwaltung seit geraumer Zeit vor. Dazu bestehe Abstimmungsbedarf innerhalb der Regierungskoalition. Die Ergebnisse würden dann in einem Referentenentwurf für die Fortentwicklung des Seniorenmitwirkungsgesetzes Niederschlag finden. Solch ein Entwurf liege noch nicht vor, weshalb das Thema keinen Niederschlag im Haushaltsentwurf haben könne. Die haushaltsmäßigen Auswirkungen würden im Rahmen der Senatsvorlage dargelegt werden.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

Frage Nr. 18, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wir bitten um eine überjährige Aufstellung des Aufkommens und der Ausgaben aus der Ausgleichsabgabe sowie der Entnahme und der Zuführung an die Rücklage für den Zeitraum 2013 bis 2015.

Franz Allert (LAGeSo) trägt vor, im Jahr 2013 seien Einnahmen in Höhe von rund 26 Mio. Euro sowie 27,1 Mio. Euro im Jahr 2014 erzielt worden. Die Entnahme aus der Rücklage habe im Jahr 2013 bei rund 7,5 Mio. Euro gelegen sowie bei 5,3 Mio. Euro im Jahr 2014. Für das Jahr 2015 sei eine Entnahme in Höhe von 2,1 Mio. Euro geplant. Dabei handele es sich um Nettobeträge.

Die Abweichungen zu den Titelansätzen resultierten daraus, dass dort auch Säumniszuschläge und Rückzahlungen vereinnahmt würden. Der Halbjahresbetrag könne auch nicht einfach verdoppelt werden, weil die Zahlung der Ausgleichsabgabe bis zum 31. März eines Jahres zu erfolgen habe, sodass zur Jahresmitte bereits nahezu der Gesamtbetrag vereinnahmt sei.

Am 31. Dezember 2014 habe die Rücklage 10,5 Mio. Euro betragen. Es werde empfohlen, etwa die Hälfte der Rücklage zu verausgaben. Die Entnahme bewege sich somit an der Unterkante. In den Jahren 2016 und 2017 solle es wieder eine leichte Zuführung geben.

Jasenka Villbrandt (GRÜNE) bittet um schriftliche Beantwortung der Frage.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) sagt dies zu.

Frage Nr. 19, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte Einnahmen und Ausgaben rund um die Mobilität von Menschen mit Mobilitätseinschränkungen aufschlüsseln (bitte im Vergleich mit Ist 2013, 2014 und 2015).

Gottfried Ludewig (CDU) macht darauf aufmerksam, dass zum Thema Sonderfahrdienst im Zusammenhang mit Kapitel 1164 – Landesamt für Gesundheit und Soziales – Versorgung –, Titel 540 10 – Dienstleistungen – sowie Titel 684 74 – Taxikostenerstattung im Rahmen des

besonderen Fahrdienstes – weitere Fragen gestellt würden. Er plädiere deshalb dafür, die Frage später aufzurufen.

Jasenka Villbrandt (GRÜNE) betont, ihrer Fraktion gehe es nicht allein um Sonderfahrdienste, sondern insgesamt um die Frage Mobilität.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, es werde ein Bericht erstellt.

Frage Nr. 20, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um eine einzelplanübergreifende Darstellung aller Titel, die der Umsetzung der neuen Leitlinien Wohnungslosenpolitik (Entwurf) dienen (bitte insbesondere Angaben zu der Einrichtung einer zentralen Fachaufsicht, der Neustrukturierung der bezirklichen Fachstellen, der Bestandsaufnahme, der Etablierung eines Frühwarnsystems für drohende Wohnungsnotfälle [in Zusammenarbeit mit SenJustV, den Amtsgerichten, Wohnungsbaugesellschaften, bezirklichen Fachstellen, sowie den Fach-, Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen der Träger der freien Wohlfahrtspflege], speziellen Versorgungsangeboten für Frauen, Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, zur Aufstockung der Ressourcen in den Beratungsstellen für wohnungslose Menschen zur Erstberatung, zur Einrichtung einer Notunterbringung für Migrantinnen und Migranten durch SenArbIntFrau und Migrationsstellen).

Plant der Senat doch noch die statistische Grundlage für eine Bedarfsplanung der Wohnungslosenhilfe zu verbessern – und wenn ja, inwieweit?

Bitte um Darstellung des Konzepts zur Berliner Kältehilfe in den Wintern 2015/2016, 2016/2017 und 2017/2018.

Wie viele Mittel werden vorgesehen, wie viele Übernachtungsplätze sollen bereitgestellt werden?

Auf welcher Datengrundlage beruhen die Planungen?

Inwieweit ist die Umsetzung der Leitlinien sowie die Verbesserung der Wohnungslosenhilfe auch personell in der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales unterlegt, gibt es hier eine Verstärkung?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, es werde ein Bericht erstellt.

Frage Nr. 21 a, Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU

Bitte um einzelplanübergreifende Darstellung, mit welchen Titeln die Behindertenrechtskonvention umgesetzt wird.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, es werde ein Bericht erstellt.

Frage Nr. 21 b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um eine einzelplanübergreifende Darstellung aller Titel, die der Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung sowie der Leitlinien der Berliner Behindertenpolitik gemäß UN-Behindertenrechtskonvention und der 10 behindertenpolitischen Leitlinien des Landes Berlin dienen (insbesondere zum barrierefreien Berlin, zur inklusiven Bildung und zum inklusiven Arbeitsmarkt).

Durch welche Maßnahmen wird die Weiterentwicklung des trägerübergreifenden persönlichen Budgets gesichert?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, es werde ein Bericht erstellt.

Frage Nr. 21 c, Fraktion Die Linke

Auflistung der geplanten Maßnahmen in 2016/17 im Rahmen des Epl. 11 mit finanzieller Untersetzung.

Was ist noch für 2015 geplant und wie finanziell abgesichert?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, es werde ein Bericht erstellt.

Frage Nr. 22, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um Darstellung aller Titel, die der Umsetzung des geplanten PsychKG dienen. Welche Kosten erwartet der Senat durch die geplante Reform des PsychKG in den Jahren 2016 und 2017?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, es werde ein Bericht erstellt.

Frage Nr. 23, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie trägt der Senat haushalterisch der hohen und steigenden Anzahl von Kindern und Jugendlichen mit Pflegebedarf im vorliegenden Haushalt Rechnung?

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) sagt den erbetenen Bericht zu.

Frage Nr. 24 a, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mit welchen finanziellen Mitteln und welchen Projekten treibt der Sozialsenat als überörtlicher Träger für Kinder mit Behinderung nach dem SGB XII zur Verbesserung der Inklusion dieser Kinder bei (bitte unabhängig der Bemühungen anderer Ressorts im Bereich Schule, Kita und Jugendhilfe)?

In welcher Höhe und mit welchen konkreten neuen Projekten werden die Bedarfe von Flüchtlingskindern und ihren Familien an welcher Stelle im Sozialhaushalt, insbesondere von Kindern mit Behinderungen gedeckt und ihre Situation verbessert?

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) sagt den erbetenen Bericht zu.

Frage Nr. 24 b Fraktion Die Linke

Welche Maßnahmen/Projekte für Flüchtlingskinder mit Behinderungen werden aus dem Epl. 11 finanziert?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, es werde ein Bericht erstellt.

Frage Nr. 25, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

In welchen Titeln bildet sich das vom Senat vorgesehene Handlungskonzept zur Armutsbekämpfung im Einzelplan 11 ab (bitte insbesondere: Kinder- und Familienarmut) und welche Handlungsschritte und Maßnahmen wurden in der Legislatur mit dem Ziel der Armutsbekämpfung konkret ergriffen?

Wie ist der Bearbeitungs- und Verhandlungsstand zu den geplanten Leitlinien des Senats zur Bekämpfung von Kinderarmut und Verbesserung gesellschaftlicher Teilhabechancen in Berlin; ist damit noch in dieser Legislatur zu rechnen und wenn nein, warum nicht?

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) sagt den erbetenen Bericht zu.

Frage Nr. 26, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie hat sich die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales mit der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft geeinigt, die Finanzierung der Schulgeldbefreiung im Bereich Altenpflege zu stemmen und wo sind die Ausgaben etabliert?

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) macht darauf aufmerksam, die Federführung für diese Aufgabe liege bei SenBildJugWiss. Dort würden die Ausgaben auch etabliert. In der Sache erarbeitete die Bildungsverwaltung derzeit Förderrichtlinien. Der Satz solle bei einer Vollzeitausbildung bei 126 Euro pro Schüler sowie 111 Euro bei einer Teilzeitausbildung liegen. Die Förderrichtlinie müsse noch mit SenFin abgestimmt werden. Die erstmalige Förderung sei nach derzeitigem Stand zum Schuljahr 2016/2017 vorgesehen. Die Gesamtkosten seien nicht gedeckelt, wenn die Zahl der Auszubildenden steige, stiegen auch die Ausgaben. Sei das Schulgeld an einer Schule höher als die dargestellte Förderung, würden die Differenzbeträge nicht übernommen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, die Frage sei damit beantwortet.

Frage Nr. 27 a, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um eine einzelplanübergreifende Übersicht, in welchen Bereichen welche Leistungen für Geflüchtete (insbesondere zu den Bau- und Instandhaltungskosten von Unterkünften) etatisiert sind (jeweils mit Titel etc. und geplanten Maßnahmen) und um die Übermittlung des aktuellen Standes der Konzeption zur Versorgung von Geflüchteten einschließlich einer Kostenabschätzung.

Bitte um Darstellung welche Maßnahmen konkret in 2014/15 vom Bund übernommen wurden und welche bereits zugesagt bzw. geplant vom Bund erwartet werden.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) bittet darum, dass alle Fragen zum Themenkomplex Asyl in einem Block beantwortet werden dürften.

Heiko Thomas (GRÜNE) verdeutlicht, diese Frage beziehe sich nicht nur auf den Einzelplan 11. Er wolle eine einzelplanübergreifende Übersicht. Er wolle deshalb Fragen stellen, die sich nicht allein auf das LAGeSo bezögen. Er habe mittlerweile keinen Überblick mehr darüber, wie viel Ausgaben für das Thema Asyl insgesamt anfielen, weil dafür auch in anderen Einzelplänen Ansätze vorhanden seien. Er stelle die Frage an diese Stelle, weil SenGesSoz die Federführung innehabe.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) bekundet, einzelplanübergreifende Fragen müssten im Hauptausschuss gestellt werden. Die Beantwortung übernehme dann üblicherweise die Finanzverwaltung. Über Ausgaben der Bezirke oder der Bildungsverwaltung könne er keine Listen erstellen. Eine derartige Auflistung sei aus dem Hauptausschuss auch bekannt, sie stamme aus dem Jahr 2014. – Eine kapitelübergreifende Darstellung für seinen Einzelplan könne er durchaus erstellen.

Heiko Thomas (GRÜNE) vertritt die Auffassung, aufgrund der ständigen Veränderungen könne es gar keine aktuelle Liste geben. Es seien gerade neue Maßnahmen angekündigt worden, er gehe davon aus, dass zumindest diese aufgelistet würden. Wenn die erbetene Aufstellung von SenGesSoz nicht geliefert werden könne, werde seine Fraktion das Thema im Hauptausschuss ansprechen. Allerdings werde der Fachausschuss diesen Bericht dann nicht erhalten.

Frage Nr. 27 b, Fraktion Piratenfraktion

Welche Maßnahmen/Projekte für Flüchtlingskinder mit Behinderungen werden aus dem Epl. 11 finanziert?

Die Frage wird im Rahmen des Aspekts Asyl später behandelt.

Frage Nr. 28, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche finanziellen Auswirkungen erwartet der Senat angesichts des aktuellen Verhandlungsstandes der LIGA-Verträge?

Staatssekretär Dirk Gerstle (SenGesSoz) trägt vor, die Verhandlungen zum Rahmenfördervertrag seien weit fortgeschritten. Die Auswirkungen seien in den einzelnen Titeln zum IGP, IFP und ISP dargestellt. Darüber hinaus seien keine weiteren Auswirkungen zu erwarten.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

Frage Nr. 29, Fraktion Die Linke

Wie wird der Prozess der Arbeitsgruppen, die infolge der KGSt-Studie zu den kommunalen Leistungen im SGB II eingerichtet wurden, im Epl. 11 in 2016 und 2017 konkret berücksichtigt – mit finanzieller Untersetzung?

Staatssekretär Dirk Gerstle (SenGesSoz) bekundet, über die Leistungen nach § 16 a SGB II sei ein umfangreicher Bericht für den Unterausschuss „Bezirke“ erstellt worden. Auswirkungen auf den Einzelplan 11 seien nicht zu erwarten.

Elke Breitenbach (LINKE) äußert, sie verstehe nicht, weshalb es keine Auswirkungen auf den Einzelplan 11 geben werde. Was sei mit den Schuldner- und Insolvenzberatungen, wozu eine Reihe Vorschläge in der KGSt-Studie gemacht worden seien.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) weist darauf hin, die Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen schließen sich in den Bezirkshaushalten nieder. – Im Übrigen sei dazu dem Hauptausschuss ein Bericht – rote Nr. 1834 – vorgelegt worden.

Frage Nr. 30, Fraktion Die Linke

Wie kommt Berlin mit dem HH-Plan seinen Investitionsverpflichtungen bei Krankenhäusern nach, und wann und wie soll die bleibende Unterfinanzierung beseitigt werden?

Gottfried Ludewig (CDU) bittet darum, die Frage möge im Zusammenhang mit den entsprechenden Titeln behandelt werden.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Frage Nr. 31, Die Linke

Krankenhausplan:

Wie ist der Stand der Abstimmungen mit den Beteiligten?

Wann soll er im Senat zur Beschlussfassung vorliegen?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass ein Bericht erstellt werde.

Frage Nr. 32 a, Fraktion Die Linke

Bis wann soll die Gesundheitsshipkarte für AsylbLG-Berechtigte eingeführt werden? Mit welchen haushaltsmäßigen Auswirkungen rechnet der Senat und in welchen Kapiteln und Titeln sind die entsprechenden Mittel eingestellt?

Frage Nr. 32 b, Piratenfraktion

Wie und über welche Titel will der Senat sicherstellen, dass die für ab dem vierten Quartal 2015 angekündigte Gesundheitskarte für Asylbewerber/-innen auskömmlich finanziert ist?

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) bittet darum, dass die beiden Fragen im Rahmen des Aspektes Asyl mitbehandelt würden.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Frage Nr. 33, Fraktion Die Linke

Maßnahmenplan für pflegende Angehörige:
Wo finden die jeweiligen Handlungsfelder eine konkrete finanzielle Untersetzung im HH-Plan?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Frage Nr. 34, Piratenfraktion

Bitte um die fehlenden Prozentsätze der Gesamtausgaben ergänzen zum vorletzten Absatz auf S. 12.

Stephan Herting (SenGesSoz) erläutert, im Rahmen der Genderdarstellung gebe es eine fehlerhafte Darstellung. Es gehe um jeweils rund 45 Prozent der Gesamtausgaben des Einzelplans mit einem Volumen von 390,2 Mio. Euro für 2016 sowie rund 417,4 Mio. Euro für 2017.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, die Frage sei damit erledigt.

Kapitel 1100 – Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales – Politisch-Administrativer Bereich und Service –

Titel 428 01 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigte –

Frage Nr. 35, Piratenfraktion

Bitte erläutern, welche Planstellen weggefallen sind bzw. neu geschaffen wurden.
Sind für die Zukunft neue Planstellen vorgesehen?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass ein Bericht erstellt werde.

Titel 462 01 – Pauschale Minderausgaben für Personalausgaben –

Frage Nr. 36, Piratenfraktion

Warum sind für das Jahr 2015 -586.000 Euro angesetzt?
Was bedeutet hier der Minusbetrag? Bitte erläutern.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) sagt zu, dass die Fragen schriftlich beantwortet würden.

Titel 511 01 – Geschäftsbedarf –

Frage Nr. 37, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Warum ist der Geschäftsbedarf angesichts eines Ist 2014 von 143 517,59 Euro und eines Ist vom 30. Juni 2015 von 44 457 Euro nicht deutlich niedriger angesetzt; welche Ausgaben werden hier noch erwartet?

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) berichtet, aus dem Titel werde der zentrale Geschäftsbedarf der Senatsverwaltung finanziert, wozu neben dem politischen Bereich auch SE A, SE B sowie die Abteilungen I und II gehörten. Die Ansätze würden in Anpassung an den Bedarf um 38 000 Euro gekürzt, wovon 8 700 Euro auf Shared Services, die Personalstelle, die zum Landesverwaltungsamt gegangen sei, entfielen, sowie 6 400 Euro auf die Nutzung von Back Online, das künftig bei Titel 54085 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IuK-Technik – nachgewiesen werde.

In Anpassung an den Bedarf seien weitere je 10 000 Euro in Kapitel 1100 – Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales – Politisch-Administrativer Bereich und Service – bei Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände – sowie bei Titel 51803 – Mieten für Maschinen und Geräte – veranschlagt worden. Diese Titel seien im Jahr 2014 verstärkt worden und dies müsse voraussichtlich auch im Jahr 2015 geschehen.

Eine weitere Absenkung der Ausgaben erscheine vor dem Hintergrund eines Risikos bei den mit Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs budgetierten Ausgaben für Telefonie nicht gerechtfertigt. Überdies sei aufgrund der Abgeordnetenhauswahl im Jahr 2016 und daraus möglicherweise resultierenden neuen Ressortzuschnitten mit einem höheren Aufwand zu rechnen. Für das Jahr 2018 sei mit Ausgaben in Höhe von voraussichtlich 180 000 Euro zu rechnen.

Die überproportionalen Ausgaben in der zweiten Jahreshälfte seien im Wesentlichen Abrechnungsmodalitäten zum Jahresende für Telefonieausgaben am Standort Oranienstraße sowie der Anrechnung der Bibliothek sowie Vervielfältigungsstelle geschuldet, wofür ein Rahmenvertrag mit SenArbIntFrau abgeschlossen worden sei.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, dass die Frage damit beantwortet worden sei.

Titel 972 03 – Pauschale Minderausgaben –

Frage Nr. 38, Piratenfraktion

Warum sind für das Jahr 2015 – 1 977 000 Euro angesetzt? Was bedeutet hier der Minusbetrag? Bitte erläutern.

Stephan Herting (SenGesSoz) erläutert, wenn zum Zeitpunkt der Haushaltsplanaufstellung noch nicht alle Einsparvorgaben unterstellt seien, würden pauschale Minderausgaben veranschlagt, die mit einem Minus ausgewiesen werden müssten. Die pauschalen Minderausgaben müssten dann im Zuge der Haushaltswirtschaft ausgeglichen werden.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, dass die Frage damit beantwortet worden sei.

Titel 540 85 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IuK-Technik –

Frage Nr. 39, Fraktion Die Linke

Welche weiteren Anforderungen an die Barrierefreiheit sollen umgesetzt werden?

Zu 10: Wofür werden die je 20 000 Euro in 2016/17 gebraucht?

Staatssekretärin Emine Demirbüken-Wegner (SenGesSoz) trägt vor, die 20 000 Euro würden für die Wartung und Pflege des Stadtplans Gesundheitsförderung benötigt. Die jährlichen Kostenbeteiligungspauschalen beliefen sich auf 19 000 Euro inklusive Mehrwertsteuer.

Elke Breitenbach (LINKE) bittet darum, dass auch die Frage zur Barrierefreiheit beantwortet werde. Um welche Anforderungen handele es sich?

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) erwidert, die Anforderungen seien der Barrierefrei-Informationstechnik-Verordnung – BITV – zu entnehmen.

Elke Breitenbach (LINKE) bekundet, ihres Wissens sei die Verordnung bereits länger in Kraft. Insofern müsste der Senator erklären können, welche Teile der Verordnung bislang nicht umgesetzt werden seien. Wenn dies mündlich nicht erläutert werden könne, bitte sie um einen Bericht.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) führt aus, die Anforderungen für Barrierefreiheit im Netz hätten sich schrittweise immer weiter angepasst. Deshalb werde auch die Verordnung immer wieder angepasst. Im Detail könne er dies nicht erklären.

Elke Breitenbach (LINKE) bittet darum, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) sagt den Bericht zu.

Kapitel 1109 – Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales – Personalüberhang –

Es liegen keine Berichtsanträge vor.

Kapitel 1110 – Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales – Gesundheit –

Titel 52610 – Gutachten –

Frage Nr. 40 a, Fraktion Die Linke

Zu 1.:

Bitte um Erläuterung

Frage Nr. 40 b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um kurze Darstellung der Ziele der Gutachten und bei 2., wird es auch um die Wirkungsorientierung gehen? Wenn nein, warum nicht?

Frage Nr. 40 c, Fraktion Die Linke

Zu 1.:

Wer soll die Expertisen zu welchen Konditionen erstellen?

Zu 2:

Gibt es eine Ausschreibung? Was soll konkret evaluiert werden?

Frage Nr. 40 d, Piratenfraktion

Sind die Expertisen und Evaluationen schon vergeben? Wenn ja, an wen? Bitte die Aufträge inhaltlich (im Hinblick auf die politische Zielsetzung und Maßnahmen) erläutern, des Weiteren ihre Volumen und die Laufzeiten.

Dirk Rothenpieler (SenGesSoz) führt aus, die Expertisen im Bereich Drogen und Sucht seien noch nicht vergeben. Sie würden im Rahmen von Vergabeverfahren nach der VOL ausgeschrieben und anschließend an geeignete Bieter vergeben. Es sei eine Expertise zum Cannabiskonsum sowie den damit verbundenen Problemen geplant. Es sollten zudem Handlungsempfehlungen erstellt werden, um Präventions- und Hilfsangebote besser an den Bedarf anzupassen zu können. Ein spezielles Problem stellten die Partydrogen dar. Dem solle sich eine zweite Untersuchung widmen, worin zunächst eine Bestandsaufnahme hinsichtlich der Nutzer, Risikogruppen, Konsummuster sowie eine Einschätzung der Gesundheitsgefährdung enthalten sein solle. Auch daraus sollten Handlungsempfehlungen abgeleitet werden

Hinsichtlich des Integrierten Gesundheitsprogramms wolle man sich in Richtung Wirkungsorientierung bewegen. Sowohl mit dem DPW als auch dem neuen Vertragspartner sei diese

Problematik bereits erörtert worden. Diesbezüglich sei Aufgeschlossenheit festgestellt worden. Es werde keine flächendeckende Wirkungsorientierungsuntersuchung durchgeführt werden können. Vielmehr sollten einzelne, geeignete Handlungsfelder herausgesucht werden, die hinsichtlich ihrer Wirkungsorientierung untersucht werden sollten, um anschließend stärker in diese Richtung vorgehen zu können.

Heiko Thomas (GRÜNE) fragt, weshalb die Wirkungsorientierung erst für 2016 ins Auge gefasst werde, obwohl der Vertrag doch in diesem Jahr verhandelt werde. Er rege an, außerhalb der Haushaltsberatungen darüber zu debattieren, was der Senat überhaupt unter Wirkungsorientierung verstehe.

Elke Breitenbach (LINKE) fragt, bis wann die Vergabeverfahren geplant seien. Wann solle die Vergabe erfolgen?

Dirk Rothenpieler (SenGesSoz) antwortet, dass eine Vergabe erst nach Inkrafttreten des Haushaltplanes vorgenommen werden könne. Wenn die haushaltrechtlichen Bestimmungen ernst genommen würden, könne mit der Ausschreibung erst gestartet werden, wenn der Haushaltplan in Kraft getreten sei. Ansonsten komme die Senatsverwaltung gegenüber den Bietern in eine Haftung, die Schadenersatz für ihre Angebotserstellung einfordern könnten. Die Ausschreibung werde deshalb in diesem Jahr zwar vorbereitet, formal auf den Weg gebracht werde sie aber erst 2016.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, dass die Frage damit beantwortet worden sei.

Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit –

Frage Nr. 41 a, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um nähere Erläuterung der Vorhaben 1. bis 10.

Frage Nr. 41 b, Fraktion Die Linke

Auflistung der barrierefreien Veröffentlichungen in 2014/2015, z.B. in Brailleschrift, Leichter Sprache.

Welche barrierefreien Veröffentlichungen sind 2016/2017 geplant?

Zu 3., 4. Und 10.:

Warum die Absenkungen in 2016 und bei 10. eine weitere Absenkung in 2017?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, die Fragen würden schriftlich beantwortet.

Titel 54004 – Aufwendungen im Rahmen der Notfallvorsorge –

Frage Nr. 42 a, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um nähere Erläuterung des Konzepts zum Umgang mit Influenza (werden weiter unwirksame Grippemittel bevorratet)?

Frage Nr. 42 b, Fraktion Die Linke

Begründung für eine weitere Absenkung in 201620/2017, und was wurde bzw. wird 2015 wofür ausgegeben?

Dirk Rothenpieler (SenGesSoz) stellt klar, es würden keine unwirksamen Grippemittel gelagert. Es sei zwar richtig, dass formal das Haltbarkeitsdatum abgelaufen sei, es seien allerdings Chargenuntersuchungen veranlasst worden, die die Wirksamkeit der Mittel bestätigt hätten. Gleichwohl seien die Ausgaben insbesondere für die Lagerung gesunken. Dies gehe darauf zurück, dass eine preisgünstigere Lagerung bei der Bundeswehr gefunden worden sei.

Heiko Thomas (GRÜNE) fragt, ob die Diskussionen auf Bundesebene sowie im Bundesland Thüringen noch nicht dazu geführt hätten, auf die Anschaffung und Lagerung zu verzichten.

Dr. Marlen Suckau (SenGesSoz) betont, auf Bundesebene werde weiterhin empfohlen, Tamiflu einzulagern und es nicht zu entsorgen. Alle Bundesländer verträten konsensual die Auffassung, dass die Arzneimittel weiterhin eingelagert werden sollten. Somit habe sich kein neuer Sachstand gegenüber dem von vor zwei Jahren ergeben.

Heiko Thomas (GRÜNE) wirft die Frage auf, ob er sich richtig erinnere, dass die Wirksamkeit 2017 auslaufe. Sollten dann neue Medikamente angeschafft werden?

Dr. Marlen Suckau (SenGesSoz) erwidert, die Länder wollten keine neuen Medikamente anschaffen. Eingelagert worden seien aber zwei verschiedene Dinge: zum einen Pulver, das auch noch in 30 Jahren wirksam sein werde, zum anderen Kapseln, die regelmäßig geprüft würden. Im Jahr 2017 werde eine erneute Überprüfung stattfinden, die womöglich eine Verlängerung der Einlagerung zur Folge haben könne.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, dass die Frage damit beantwortet worden sei.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Frage Nr. 43a, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Zu 7., 12., 14.: Bitte um Erläuterungen.

Frage Nr. 43b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um nähere Erläuterung der Vorhaben 1. bis 14. insbesondere:

Zu 1.: Welche Maßnahmen sollen konkret gefördert werden?

Zu 2.: Welche Statistiken werden konkret ausgewertet? Inwieweit fließen die Ergebnisse der Auswertung in die künftige Psychiatriepolitik des Senats ein?

Zu 4.: Inwieweit ist die Einführung eines IVENA mit der Senatsverwaltung für Inneres und speziell mit der Berliner Feuerwehr abgestimmt? Wie erfolgt die Umsetzung konkret?

Zu 5.: Welche Dienstleistungen sind konkret gemeint? Und was begründet die Mehrausgaben?

Zu 6.: Welche Dienstleistungen sind konkret gemeint? Wieso sind die Ausgaben um die Hälfte gekürzt worden?

Zu 7.: Wodurch ist der Mittelaufwuchs für die Fachstelle für Prävention und Gesundheitsförderung begründet?

Zu 8.: Wird das Einlegeblatt inhaltlich ergänzt und wenn ja inwieweit?

Zu 9.: Wie sollen ohne eine Mittelerhöhung das Rahmen- und Entwicklungskonzept zur Prävention von HIV/AIDS, sexuell übertragbaren Infektionen und Hepatitiden sowie weitere Maßnahmen im Zusammenhang mit HIV/AIDS umgesetzt werden und welche konkreten Schritte und Schwerpunktsetzungen sind geplant?

Zu 10.: Was ist das Verständnis des Senats von Kinderschutz? Welche Maßnahmen hat die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales konkret in der laufenden Legislaturperiode für den Kinderschutz in Berlin umgesetzt? Welche Erkenntnisse hat der Senat bereits selbst zur Umsetzung des Kinderschutzgesetzes gewonnen und welche Schlüsse bspw. zum Nachbesserungsbedarf zieht er hieraus? Bitte um Auflistung aller Haushaltstitel im EP 11 zum Kinderschutz.

Zu 11.: Was soll konkret evaluiert werden? Um welche Art von Evaluation handelt es sich?

Zu 12.: Bitte um Erläuterung.

Zu 13.: Welche Schlussfolgerungen hat der Senat bislang aus den Untersuchungen gezogen und was verspricht er sich von den neuen Untersuchungen? Was sind die

Vorhaben des Senats, um die Impfbereitschaft in der Berliner Bevölkerung weiter zu steigern und welche Ergebnisse haben die bereits erfolgten Maßnahmen gebracht?

Zu 14: Welche Zielsetzung verfolgt die Informations- und Aufklärungskampagne Cannabis und in welchem inhaltlichen Kontext sieht der Senat diese Kampagne? Unterstützt der Senat das Ziel der Entkriminalisierung des Besitzes und Konsums von Cannabisprodukten oder plant er weiterhin eine Absenkung der Eigenbedarfsgrenze? Wäre es nicht sinnvoller die Mittel über 2 Jahre zu strecken?

Frage Nr. 43c, Fraktion Die Linke

Bitte eine detaillierte Aufstellung der geplanten Dienstleistungen, inkl. inhaltlicher Ausrichtung und Zielsetzung.

Frage Nr. 43d, Piratenfraktion

Teilansatz 12.: Bitte erläutern, warum es dieser Fort- und Weiterbildungen bedarf, wie viele Personen mit welchen Positionen im Öffentlichen Gesundheitsdienst daran teilnehmen sollen und welche Ziele mit diesen Fort- und Weiterbildungen verfolgt werden.

Außerdem bitte erläutern, wie (verfahrenstechnisch) es zur Auswahl der Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf als Veranstalter*in der Fort- und Weiterbildungen für den Öffentlichen Gesundheitsdienst in Berlin gekommen ist.

Teilansatz 14.: Wer soll diese Kampagne durchführen? Wer ist (sind) die Zielgruppe(n)? Welche politischen Zielsetzungen werden mit der Kampagne verfolgt? Warum wird sie im Jahr 2017 nicht mehr finanziert? Bitte erläutern.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers verliest auf Bitte von Herrn Abg. **Thomas Isenberg** (SPD) den ergänzenden Berichtsauftrag: Zu Titel 54010 – Dienstleistungen –, Erläuterung Nr. 1. – Vorsorgefonds gesundheitliche Versorgung hochaltriger Menschen (80plus) – werde um Erläuterung und Darstellung gebeten, in welchen weiteren Titeln die Umsetzung des Konzepts 80plus finanziell abgesichert sei.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) kündigt die schriftliche Beantwortung der Fragen an.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, der Ausschuss erhalte einen Bericht.

Titel 54053 – Veranstaltungen –

Frage Nr. 44, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Zu 10.: Bitte um Erläuterung.

Dirk Rothenpieler (SenGesSoz) erläutert, mit dem für den Posten „Veranstaltungen zu Kindergesundheit und Kinderschutz „veranschlagten Ansatz in Höhe von 2 000 Euro solle den Akteuren des Gesundheitssystems eine Plattform gegeben werden, um der Öffentlichkeit vor

allem primärpräventive Ansätze und Angebote in den Handlungsfeldern Ernährung, Bewegung, Mundgesundheit und psychische Gesundheit von Kindern zu bieten.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, die Frage sei damit beantwortet.

Titel 63201 – Ersatz von Verwaltungsausgaben an Länder –

Frage Nr. 45, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wofür ist die einmalige Beteiligung mit 200.000 € an der Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf im Jahr 2017 vorgesehen?

Zu 4.: Bitte um Darstellung der geplanten Ausgabe

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) erklärt, Berlin habe erneut einen Vertrag mit der Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf abgeschlossen. Es handele sich dabei nicht um eine einmalige Beteiligung, vielmehr sei diese ab dem Jahr 2017 über ein Länderabkommen geregelt. Der Betrag stehe also auch in den Folgejahren in ähnlicher Höhe zu erwarten.

Heiko Thomas (GRÜNE) fragt, wofür die Mittel Verwendung fänden.

Dirk Rothenpieler (SenGesSoz) schildert, die Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf sei im Jahr 1971 durch einen Staatsvertrag zwischen den Ländern Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein gegründet worden. Den Staatsvertrag habe der damalige Regierende Bürgermeister Schütz unterzeichnet. Die Akademie unterbreite Fortbildungsangebote für den öffentlichen Gesundheitsdienst – ÖGD –, weil private Fortbildungsinstitute keine für den ÖGD einschlägigen Angebote leisteten. Vor mehr als zehn Jahren sei das Land Berlin aus der gemeinsamen Einrichtung als in Anspruch nehmendes Land vor dem Hintergrund der damaligen Sparanstrengungen ausgeschieden und habe gleichzeitig auch die Akademie für Gesundheit und Soziales, eine landeseigene Fortbildungseinrichtung, geschlossen. Damit sei dem ÖGD in den Bezirken jegliche Chance genommen worden, dienstortnahe Fortbildungen in Anspruch zu nehmen. Seine Verwaltung habe den Versuch unternommen, ein entsprechendes Angebot an der Berlin School of Public Health – BSPH – zu platzieren; bei Titel 68550 – Zuschuss an die Charité für gesundheitliche Aufgaben – werde dies noch an einem kleinen Betrag sichtbar. Von der Qualität und dem Ausmaß der Inanspruchnahme habe sich dieses Angebot allerdings nicht wie gewünscht etablieren können. Die Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf sei bereit, eine Außenstelle in Berlin anzubieten, wenn sich Berlin wieder als aktives Mitglied der Akademie engagiere, sodass die Beschäftigten der Bezirke dort ihre Fortbildungen für das öffentliche Gesundheitswesen wahrnehmen könnten.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, die Frage habe sich damit erledigt.

Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben –

Frage Nr. 46 a, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte Titel anhalten und Bericht mit Erläuterungen zu Nr. 1., 3., 7. und 9.

Frage Nr. 46 b, Fraktion Die Linke

Zu 3.: Wie viele Fälle gab es 2014 und 2015, und wie hoch waren und sind die Ausgaben wofür pro Fall unter diesem Titel?

Zu 7.: Bericht über die Anzahl der Anträge, ausgegebenen Formulare zur Bescheinigung der Bedürftigkeit und Entbindung. Ist inzwischen geklärt, wie in neonatologischen Fällen verfahren wird, die nach Angaben des Senats 40.000 bis 60.000 € kosten können?

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) merkt an, Antworten zum Thema Notfallfonds habe er bereits zur Frage lfd. Nr. 14 gegeben. Zum Thema assistierte Reproduktion sei eine Vorlage für das Abgeordnetenhaus auf den Weg gebracht worden.

Elke Breitenbach (LINKE) vergewissert sich, ob der Titel zum Notfallfonds zur zweiten Lesung zurückgestellt worden sei. Falls dies nicht der Fall sei, so sei dies Wunsch ihrer Fraktion.

Heiko Thomas (GRÜNE) bittet darum, dass seine Frage zur assistierten Reproduktion – siehe Synopse lfd. Nr. 10 – ebenfalls in dem Bericht beantwortet werde.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) konkretisiert, seine Verwaltung habe zum Thema assistierte Reproduktion bereits eine Vorlage an den Hauptausschuss gegeben, in der alle Fragen der Abgeordneten beantwortet worden seien.

Heiko Thomas (GRÜNE) merkt an, diese Information sei für den Hauptausschuss von Interesse, nicht hingegen für den Fachausschuss.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) sagt zu, den Bericht zur assistierten Reproduktion auch dem Fachausschuss zur Verfügung zu stellen.

Dirk Rothenpieler (SenGesSoz) berichtet, die unter Erläuterung Nr. 1 erwähnten sozialpädiatrische Zentren seien am Vivantes Klinikum Im Friedrichshain, am Vivantes Klinikum Neukölln, am Helios Klinikum Berlin-Buch, am Sana Klinikum Lichtenberg und an der Charité angesiedelt. Der Zulassungsausschuss für Ärzte habe sie zur ambulanten sozialpädiatrischen Versorgung von Kindern zugelassen. Die Zentren erbrachten Leistungen der Früherkennung für behinderte und von Behinderung bedrohte Kinder bis zu deren Einschulung. Daneben seien auch heilpädagogische Anforderungen zu erfüllen und nichtärztliche Leistungen zu erbringen, für die das Land als Sozialhilfeträger leistungspflichtig sei. Die in der Erläuterungsnummer aufgeführten Ausgaben würden stets anhand der Ausgaben des vorletzten Jahres und der Inanspruchnahme kalkuliert.

Zur Erläuterungsnummer 9 – Ersatz von Ausgaben für leitende Notärzte bei der Berliner Feuerwehr: Grundlage dafür sei die Krankenhausverordnung, wonach es bei dem Anfall vieler Verletzter eines diensthabenden beauftragten Arztes bedürfe, der die Einsatzfahrzeuge in die Krankenhäuser entsprechend deren Kapazitäten leiten solle. Diese Funktion sei formal noch in seiner Abteilung angesiedelt. Aufgrund des mangelnden medizinischen Personals und auch aufgrund der Distanz zu den einzelnen Leistungsgeschehen in den Krankenhäusern sei man aber de facto nicht in der Lage, diese Aufgabe wahrzunehmen. Seine Verwaltung habe deshalb ein elektronisches Bettenregister geplant, dem die Feuerwehrleitstelle die jeweils freien Ressourcen sofort entnehmen könne; dafür gebe es eine andere Ausgabeposition. Die Funktion, die bislang der diensthabende beauftragte Arzt ausgeübt habe, sollten die leitenden Notärzte bei der Berliner Feuerwehr wahrnehmen, die die Leitstelle unmittelbar besetzen und die Entscheidungen treffen könnten. Um hier einen 24-Stunden-Schichtdienst zu gewährleisten, befindet sich in seinem Ressort für diesen Aufgabenübergang ins Innenressort der Ausgabeeinsatz.

Ellen Haußdörfer (SPD) verweist darauf, dass den vier sozialpädiatrischen Zentren auch die Schreiambulanzen angegliedert seien. Habe man bei dem vorgesehenen Teilbetrag auf die steigende Zahl von Fällen Rücksicht genommen, die vom SPZ behandelt würden?

Dirk Rothenpieler (SenGesSoz) bemerkt, dem Titel sei zu entnehmen, dass eine Steigerung einkalkuliert worden sei. Da die Ist-Zahlen seiner Verwaltung immer nur mit einem gewissen Vorlauf vorlägen, könne er nicht mit hundertprozentiger Sicherheit garantieren, dass der Ansatz auskömmlich sein werde. Er sei allerdings stets bedarfsgerecht anzupassen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, der Ausschuss erhalte einen schriftlichen Bericht. Der Titel sei zur zweiten Lesung zurückgestellt.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen –

Frage Nr. 47 a, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte Titel anhalten.

Zu 2.: Erläuterung zu 2.

Zu 5.: Darstellung, warum Ansatzrückgang bei 5.

Zu 6.: Bitte um Erläuterung zu 6., insbesondere Stand der Testkampagne HIV.

Frage Nr. 47 b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um Erläuterung der mit den Mehrausgaben verbundenen fachlich/inhaltlichen, personellen Änderungen von 1.-8. sowie die Zahl der (erwarteten) Inanspruchnahme zu 2., 3., 6. und 7. Wer sind die jeweiligen Mittelempfänger? Was ist die inhaltliche Ausrichtung des Aktionsprogramms Gesundheit, welche konkreten Projekte/Maßnahmen sind hiermit verbunden?

Was ist das Konzept zu den regionalen Kinderschutzambulanzen, wo und mit welcher Ausstattung sollen diese eingerichtet werden?

Frage Nr.47 c, Fraktion Die Linke

Bitte um eine detaillierte Aufstellung der geplanten Maßnahmen/Projekte.

Wofür sind finanzielle Aufwüchse geplant, und warum soll es in 2017 bei regionalen Kinderschutzambulanzen eine Absenkung der Zuwendungen geben? Wie viele Kinderschutzambulanzen werden wo gefördert?

Frage Nr. 47 d, Piratenfraktion

Welches fachmedizinische Personal (Rechtsmediziner*innen, Krankenschwester etc.) soll für die jeweils eingestellten Beträge eingestellt werden? Wie sollen die Öffnungszeiten sein? Welche Leistungen werden angeboten?

Zu Teilansatz 7.: Welche Fallzahlen sollen angestrebt werden und wie soll die Zusammenarbeit mit der Gewaltschutzambulanz genau aussehen?

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) erklärt, die Fragen zu den Kinderschutzambulanzen könnten mündlich beantwortet und aus dem anstehenden Bericht herausgehalten werden.

Dr. Wolfgang Albers (LINKE) verweist darauf, dass die bislang zur Kinderschutzambulanz bekannten Informationen inhaltlich sehr unkonkret seien. Er bittet insofern um eine genauere Erläuterung der Aufgaben dieser Ambulanzen. Was solle dort geschehen? Ein Kind könne nicht gegen den Willen der Eltern in eine Ambulanz gebracht werden.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) stellt klar, dass dies auch nicht geschehe. In der auch dem Abgeordnetenhaus zugehenden Senatsvorlage seien die Abläufe erläutert. Die Kinderschutzambulanzen seien Orte, an die sich niedergelassene Ärzte, Kinder- und Jugendpsychiatrische Dienste oder der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst wenden könnten, um Rat und Unterstützung bei medizinischen Beurteilungen zu erhalten. Dabei seien zwei Rahmenbedingungen zu beachten: Entweder es liege das Einverständnis der Erziehungsberechtigten vor, oder es erfolge die Inobhutnahme des Kindes durch die Behörde. Dann würden die Kinderschutzambulanzen angesprochen. Sollte sodann rechtsmedizinischer Sachverstand notwendig sein, der über die eigentliche Behandlungsfrage hinausgehe – bei Vorliegen von Würgemalen beispielsweise die Klärung der Frage, wie diese entstanden seien, wie alt sie seien etc. –, könne ein Rechtsmediziner hinzugezogen werden. Dafür bestehe die Partnerschaft mit der Gewaltschutzambulanz, aus der die Rechtsmediziner dazukämen.

SenGesSoz finanziere die Räume in den vier Kliniken sowie die als Ansprechpartnerin vor Ort anwesende Krankenschwester. Die ärztliche Leistung sei im Krankenhaus vorhanden. Demnächst finde eine Begehung von acht Krankenhäusern statt, die dafür in Frage kommen könnten. Davon würden sodann vier in jeder Krankenhausregion ausgewiesen.

Die sehr umfangreiche Senatsvorlage enthalte das Konzept inklusive der Rahmenvereinbarung über die Errichtung und den Betrieb von Kinderschutzambulanzen, die mit den Kliniken geschlossen werde. Die Fragen zu den Kinderschutzambulanzen seien damit aus seiner Sicht beantwortet.

Elke Breitenbach (LINKE) wendet ein, der Verweis auf Senatsvorlagen helfe nicht weiter; derlei führe vielmehr zu einem großen Durcheinander. Alle Mitglieder des Fachausschusses sollten über dieselben Unterlagen verfügen. Sie wünsche insofern die schriftliche Vorlage eines Konzeptes. Dieses könne ggf. auch aus der Senatsvorlage kopiert werden.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) betont, es handele sich um eine Abgeordnetenhausvorlage.

Heiko Thomas (GRÜNE) schlägt vor, die Drucksache des Abgeordnetenhauses in die Haushaltsberatungen einzubeziehen. Er könne verstehen, dass die Verwaltung nicht alle Berichte doppelt anfertigen wolle. Allerdings müsse der Ausschuss die Möglichkeit haben, im Rahmen der Haushaltsberatungen über dieses Thema zu diskutieren und Fragen zu stellen.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) stellt klar, die Abgeordnetenhausvorlage werde zum Bericht und damit zum Bestandteil der Beratungen.

Dirk Rothenpieler (SenGesSoz) greift die unter lfd. Nr. 47 a der Synopse formulierte Bitte um Darstellung des Ansatzrückgangs bei Nr. 5 – Zuwendungen im Bereich Gesundheitswirtschaft – auf und berichtet, dass diese Zuwendungen von der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung bewirtschaftet würden. Der Ansatzrückgang erkläre sich dadurch, dass bis zum Jahr 2015 ein Ansatz in Höhe von 50 000 Euro für das Projekt „Schaufenster der Gesundheit“ vorgesehen gewesen sei. Diese Zuwendungsförderung sei lediglich als Anschubfinanzierung geplant gewesen und im Jahr 2015 regulär ausgelaufen. Die Wirtschaftsverwaltung stelle derzeit Überlegungen an, das „Schaufenster“ als virtuellen Wegweiser durch die Berliner Gesundheitswirtschaft zu nutzen und zur Darstellung ihrer Leistungsfähigkeit mit einem Simulationszentrum zu verbinden. Das sich noch in der Planung befindliche Vorhaben solle nicht mehr über diese Zuwendungen gefördert werden.

Thomas Isenberg (SPD) erkundigt sich, wofür das zu Nr. 5 eingestellte Budget in Höhe von 300 000 Euro gedacht sei.

Heiko Thomas (GRÜNE) fordert, diese Frage solle schriftlich beantwortet werden.

Dirk Rothenpieler (SenGesSoz) erläutert, die verbleibenden Mittel seien für Handlungsfelder wie beispielsweise neue Versorgungsformen und Rehabilitationen, Gesundheitsförderung, Prävention und Gesundheitstourismus zweckgebunden. Es handele sich dabei um zwei Handlungsfelder des aktuellen Masterplans Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg, an dem SenGesSoz sich mit dem genannten Betrag beteilige.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, der Ausschuss erhalte einen schriftlichen Bericht zu allen gestellten Fragen.

Titel 68431 (neu) – Zuschüsse im Rahmen des Integrierten Gesundheitsprogramms (IGP)

Frage Nr. 48 a, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um Darstellung der 2015 geförderten Projekte.

Frage Nr. 48 b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um genaue Angaben der Zuschussempfänger sowie der jeweils geplanten Projekte und damit verfolgten Zielen.

Wie bewertet der Senat die zusätzlich veranschlagten Mittel für Personal im Etat 14/15? Wie wurden diese genau vergeben, System und Abwicklung (genaue Darstellung), warum hat er auf die Extra-Ausweisung verzichtet und wie will der Senat sicherstellen, dass diesmal die Mittel für Gehaltssteigerungen ausgeben werden?

Woher kommen die Verpflichtungsermächtigungen im IGP?

Frage Nr. 48 c, Fraktion Die Linke

Wie ist der Stand der Vertragsverhandlungen, und welche grundsätzlichen Veränderungen soll es warum geben? Bitte um Aufstellung der Projekte, Fördersummen 2014/2015 und Planung für 2016/2017. Sind neue Projekte geplant?

Wie entwickeln sich die Zuwendungen an die Lesbenberatungsstelle – Handlungsfeld besondere gesundheitliche Bedarfslagen?

Sind die steigenden Mietaufwendungen des Projekts in die Zuwendungen aufgenommen worden?

Frage Nr. 48 d, Piratenfraktion

Bitte die einzelnen Projekte, Zuwendungsempfänger*innen und die finanziellen Zuwendungen für die einzelnen Projekte in diesem Titel auflisten.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, der Ausschuss erhalte einen Bericht.

Titel 68490 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus zweckgebundenen Einnahmen –

Frage Nr. 49 a, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um Bericht:

Zu 1.: Übersicht über weitere Maßnahmen zur Prävention von Glücksspielsucht.

Zu 2.: Wie hat sich die Inanspruchnahme entsprechender Maßnahmen seit Inkrafttreten der Richtlinien am 12.8.15 entwickelt?

Zu 3.: Warum wird kein Ansatz für 2017 ausgewiesen?

Frage Nr. 49 b, Fraktion Die Linke

Zu 2.: Wofür sind hier die 600.000 € pro Jahr geplant? Unter 68406 wurden bereits 600.000 € pro Jahr veranschlagt.

Zu 3.: Warum gibt es 2017 keine weitere Förderung?

Frage Nr. 49 c, Piratenfraktion

Warum wird 2017 die Beratungsstelle „Gegenwind“ der Psychosozialen Initiative Moabit e.V. nicht mehr bezuschusst? Bitte erläutern.

Dirk Rothenpieler (SenGesSoz) trägt zu Erläuterung Nr. 1 – Ausgaben für Suchthilfemaßnahme bezogen auf Glücksspielsucht – vor, dass das Präventionsprojekt Glücksspiel derzeit vom Dienstleister Pad gGmbH umgesetzt werde. Zu den Aufgaben zählten u. a. die glücksspielbezogene Information und Aufklärung der Bevölkerung, insbesondere von Risikogruppen, durch Kampagnen und Informationsmaterialien. Es fänden Schulungen und Fachveranstaltungen statt, und es gebe eine onlinebasierte Materialdatenbank, um insbesondere Multiplikatoren zu sensibilisieren und fortzubilden. Zudem sei die Website www faules-spiel.de eingerichtet worden. Zu den jeweiligen Hilfeeinrichtungen seien zahlreiche Vernetzungen und Weiterleitungen eingerichtet worden.

Die schulische Glücksspielsuchtprävention werde durch die Fachstelle für Suchtprävention im Land Berlin, und zwar durch das Projekt GAME_R OVER wahrgenommen, sowie bei Veranstaltungen in Schulen und bei Bildungsträgern und durch Karuna e. V., dem Mitmachparcours, der bei Titel 68431 – Zuschüsse im Rahmen des Integrierten Gesundheitsprogramms (IGP) – zu finden sei. – Die Erläuterung zu Nr. 2 erfolge im Rahmen des schriftlichen Berichts.

Elke Breitenbach (LINKE) fragt, ob das Informationsmaterial mehrsprachig veröffentlicht worden sei.

Dirk Rothenpieler (SenGesSoz) bejaht dies.

Zu Nr. 3 – Zuwendung für die Beratungsstelle Gegenwind der Psychosozialen Initiative Moabit e. V.: Dass hier kein Ansatz für 2017 ausgewiesen worden sei, sei ein misslicher Umstand. Die Beratungsstelle Gegenwind werde seit 2010 aus Mitteln des Fonds nach § 5 Mauergrundstücksgesetz finanziert. Bei Titel 23190 – Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke – finde sich der korrespondierende Einnahmeansatz. Für das Jahr 2017 fehle dort die entsprechende Einnahme, die das Land seit dem Jahr 2010 stets lediglich eins zu eins weitergeleitet habe. Für 2017 sei es somit nicht möglich gewesen, eine entsprechende Ausgabe einzustellen. Seine Verwaltung habe SenFin gegenüber bereits auf den weiterhin bestehenden Beratungsbedarf und die Notwendigkeit einer weiteren Förderung aus dem Mauergrundstucksfonds hingewiesen. Nach Ansicht seiner Verwaltung sollte, wenn Berlin bei der nächsten Zuteilung mit einer weiteren Tranche berücksichtigt werde, die Beratungsstelle mit

höchster Priorität bedacht werden. Dafür sollte man sich gegenüber dem Bundesministerium für Finanzen, das die Fondsmittel verwaltet, einsetzen.

Seitens des Landes finde auch eine Finanzierung statt, und zwar über den Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen statt. In Kapitel 2101 – Landesbeauftragte/r (LStU), Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland – finde sich eine entsprechende Zuwendung über 761 000 Euro.

Elke Breitenbach (LINKE) bittet die Finanzverwaltung, ihre Position zu der soeben vorgeschlagenen Lösung darzustellen.

Fabio Reinhhardt (PIRATEN) fragt, ob SenGesSoz Überlegungen anstelle, die nötigen Mittel aus dem eigenen Etat zu finanzieren, wenn sie das Projekt für unterstützenswert halte. Wenn die Gelder bislang auch nur fiktiv in ihrem Haushalt enthalten gewesen seien, resultiere daraus aus seiner Sicht dennoch eine gewisse Verpflichtung der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales.

Dirk Rothenpieler (SenGesSoz) bestätigt, dass seine Verwaltung die Arbeit der Beratungsstelle für unterstützenswert und wichtig halte. SenGesSoz habe sich allerdings nur – quasi technisch – für die Durchleitung der Mittel zur Verfügung gestellt; rein fachlich stehe die Gesundheitsabteilung nicht im Fokus. Die Einrichtung leiste keine eigentliche Therapie-, sondern vornehmlich Beratungsarbeit. Sie kümmere sich um die Weiterleitung der Menschen und die Organisation von Selbsthilfegruppen. Im Fokus stehe zudem nicht nur oder ausschließlich die Berliner Bevölkerung, vielmehr sei die Einrichtung für das gesamte Bundesgebiet zuständig. Die Berliner Bürgerinnen und Bürger würden in nur geringem Umfang bedient. Die Einrichtung nehme somit eher eine gesamtdeutsche Aufgabe wahr, woraus sich auch die Finanzierung aus dem Mauergrundstücksfonds erkläre. Würde man eine Aufstockung des Landesanteils vornehmen, sei nach der LHO auch die Aufstockung der vorhandenen Zuwendung beim Beauftragten für die Stasi-Unterlagen zu fordern. Für ein und denselben Zweck sollte es eigentlich keine Zuwendung aus zwei Landestöpfen geben.

Katrin Dube (SenFin) führt aus, das Thema habe zum Zeitpunkt der Aufstellung des Haushaltsplans noch nicht etatisierungsreif fortgeführt werden können. Inhaltlich werde es weiterverfolgt und sollte sich im Einzelplan 21 wiederfinden.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, es werde ein Bericht erstellt.

Titel 68550 – Zuschuss an die Charité für gesundheitliche Aufgaben –

Frage Nr. 50 a, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um Erläuterung.

Frage Nr. 50 b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ist sichergestellt, dass das Projekt „Kein Täter werden“ ausreichend weiter finanziert ist und warum trägt das Land nicht die Beratung der Berliner Patienten?

Dirk Rothenpieler (SenGesSoz) berichtet, aus Transparenzgründen habe seine Verwaltung in diesem Titel nunmehr alle Zuschüsse, die sie an die Charité vergabe, gebündelt. Dadurch ergebe sich hier ein Aufwuchs, der de facto allerdings nur 180 000 Euro ausmache; der Rest sei aus anderen Titeln haushaltsneutral verlagert worden.

Zu 1. – Forensisch-Therapeutische Ambulanz: Diese sei bereits in den Vorjahren im Zusammenhang mit dem Krankenhaus des Maßregelvollzugs diskutiert worden. Entlassene Patienten erhielten dort eine fortführende bzw. ergänzende Betreuung. Die Entlassung werde dadurch begleitet. Der Ansatz enthalte, bedingt durch tarifliche Veränderungen bei den Personalkosten der Charité, eine Steigerung. Neue Maßnahmen seien damit nicht verbunden.

Zu 2. – Die Zentrale Stelle bei der Charité-Universitätsmedizin Berlin organisiere auf der Rechtsgrundlage des Gesetzes zum Schutz und Wohl des Kindes das Einladewesen und Rückmeldeverfahren für Kinder bei den Früherkennungsuntersuchungen. Sie solle für eine höhere Inanspruchnahme dieser Leistung sorgen.

Zu 3. – Diese Position habe er bereits in seiner Ausführung zur Frage lfd. Nr. 45 erwähnt. Sie enthalte die Fort- und Weiterbildungsangebote der BSPH der Charité zum Facharzt für das öffentliche Gesundheitswesen und zum Fachzahnarzt. Hierzu werde noch ein Kurs durchgeführt, der mit 26 000 Euro bis September zu Ende geführt werde. Sodann erfolge der Übergang zur Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf.

Zu 4. – Vorhalteleistungen der integrierten Organisationseinheiten des ehemaligen BBGes. – Diese Position betreffe Leistungen der Charité, die diese nach Überführung der Institute des ehemaligen BBGes – die Klinische Toxikologie und der Giftnotruf Berlin, das Institut für Tropenmedizin sowie das Institut für Embryonaltoxikologie – übernehme. Die Rechtsgrundlage sei § 1 des BBges-Integrationsgesetzes. Auch hier resultiere die Steigerung des Ansatzes lediglich aus den Tarifergebnissen bei der Charité; auch hier sei keine Leistungsausweitung o. Ä. vorgesehen.

Das Projekt der Charité „Kein Täter werden“ sei bislang von der VolkswagenStiftung, dem Bundesministerium für Justiz, der Stiftung Hänsel + Gretel sowie dem privaten Sponsor Scholz & Friends gefördert worden. Das Projekt beziehe sich auf die Täterbetreuung – daher röhre auch das Engagement der Bundesjustizverwaltung –; SenGesSoz sehe insofern keine Notwendigkeit, ihrerseits eine Einstellung von Ausgaben vorzusehen.

Dr. Wolfgang Albers (LINKE) stellt klar, es handele sich nicht um Täterbetreuung, sondern um die Verhinderung einer Tat.

Dirk Rothenpieler (SenGesSoz) erwidert, es gehöre dennoch zum Justizressort.

Dr. Wolfgang Albers (LINKE) bezweifelt diese Zuschreibung. Seiner Ansicht nach zähle das Projekt zu den Prophylaxemaßnahmen.

Heiko Thomas (GRÜNE) bittet darum, den Titel zur zweiten Lesung zurückzustellen. Zu Frage lfd. Nr. 50 b solle ein schriftlicher Bericht erstellt werden.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, der Ausschuss erwarte einen Bericht zur Frage lfd. Nr. 50 b.

Titel 54029 – Leistungen an die Fachstelle für Suchtprävention –

Frage Nr. 51 a, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um Darstellung des Stands der Ausschreibung der Fachstelle.

Frage Nr. 51 b, Fraktion Die Linke

Erweiterung des Leistungsspektrums erläutern und die damit verbundenen finanziellen Aufwendungen.

Staatssekretärin Emine Demirbüken-Wegner (SenGesSoz) führt aus, der mit der Fachstelle für Suchtprävention im Land Berlin geschlossene Dienstleistungsvertrag ende am 31. Dezember 2015. Das Vergabeverfahren laufe bis zum 24. September 2015. Vorgesehen sei ein Vertrag für die Laufzeit 1. Januar 2016 bis 31. Dezember 2020. Für das Jahr 2014 habe die Fachstelle für Suchtprävention zusätzliche Mittel in Höhe von 33 233 Euro, für das Jahr 2015 in Höhe von 38 750 Euro erhalten. Grund sei die Entwicklung und Durchführung des Modellprojekts zur Glücksspielprävention namens GAME_R OVER in den Bezirken Mitte und Spandau.

Mit der ab 2016 geplanten jährlichen Mittelveranschlagung in Höhe von 531 000 Euro solle das Leistungsspektrum für den Vertragszeitraum 2016 bis 2020 um den Aufgabenschwerpunkt Jugendfilmtage zur Tabak- und Alkoholprävention erweitert werden. Das Modellprojekt GAME_R OVER solle ab dem Jahr 2016 landesweit verstetigt werden. Der Ansatz berücksichtige auch die allgemeinen Kostensteigerungen und Tarifentwicklungen. Für den in 2015 abzuschließenden Dienstleistungsvertrag für die Jahre 2016 bis 2020 liege eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 2 655 000 Euro mit Jahresbeträgen von jeweils 531 000 Euro vor.

Thomas Isenberg (SPD) merkt an, die Fachstelle leiste aus seiner Sicht hervorragende Arbeit. Wie gestalte sich ihre personelle Ausstattung? Sei die Kontinuität des Personals sichergestellt? Wie seien die Stellen eingruppiert? Er wünsche hierzu eine schriftliche Detailberichterstattung.

Heiko Thomas (GRÜNE) erkundigt sich, warum Berlin eine Ausschreibung vornehme und damit seines Wissens als einziges Bundesland so verfahre. – Er erinnere an seine Frage lfd. Nr. 15 der Synopse, die inhaltlich an dieses Thema anknüpfe.

Christine Köhler-Azara (SenGesSoz, Drogenbeauftragte des Landes) erläutert, die Fachstelle für Suchtprävention verfüge zurzeit über sieben Stellen, die auch nach wie vor gefördert würden. Die Fachstelle akquiriere darüber hinaus Drittmittel, die sie auch für die Finanzierung von Honorarkräften bzw. die Erteilung von Aufträgen verwenden dürfe. Eine Aufstockung des Personals sei vorläufig nicht geplant.

Gemäß LHO sei das Land verpflichtet, Dienstleistungsverträge stets neu auszuschreiben. Sie persönlich würde es auch begrüßen, könnte man hier anders verfahren, allerdings habe sich SenGesSoz dafür entschieden, einen Dienstleistungsvertrag und nicht eine Zuwendung zu vergeben, um der Fachstelle eine größere Freiheit in ihrer Tätigkeit zu ermöglichen. Eine Zuwendung erlaube weniger Freiraum, hier müsste alles im Detail abgerechnet werden. In einem Dienstleistungsvertrag würden hingegen lediglich die Leistungen geregelt, die die Fachstelle erbringen solle. Dadurch ergebe sich für sie mehr Freiheit. Die Kehrseite liege in der Notwendigkeit, dass der Vertrag in regelmäßigen Abständen ausgeschrieben werden müsse, wobei bereits eine Laufzeit von fünf Jahren vereinbart worden sei.

Thomas Isenberg (SPD) erkundigt sich, ob der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde. Wenn die Frist der Ausschreibung am 24. September 2015 ende, werde der Ausschuss das Ergebnis sicherlich in Kürze zur Kenntnis erhalten.

Heiko Thomas (GRÜNE) bemerkt, es sei eine politische Entscheidung, einen Dienstleistungsvertrag abzuschließen. Dazu wie auch zu der Möglichkeit, eine Zuwendung zu vergeben, gebe es durchaus noch weitere Verfahren. Er sei sich nicht sicher, ob die aus dem Dienstleistungsvertrag resultierende größere Unabhängigkeit der Fachstelle das entscheidende Kriterium für diesen Weg gewesen sei. Gehe SenGesSoz davon aus, dass dadurch Geld gespart werde? Immerhin würden alle anderen Bundesländer anders verfahren.

Christine Köhler-Azara (SenGesSoz, Drogenbeauftragte des Landes) stellt klar, nicht in allen Bundesländern existiere eine Fachstelle für Suchtprävention.

Heiko Thomas (GRÜNE) bestätigt dies. Allerdings hätten sich jene, in denen eine solche Fachstelle bestehe, bewusst für ein anderes Verfahren entschieden.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) erläutert, der Dienstleistungsvertrag biete der Fachstelle erstens eine fünf Jahre währende Planungssicherheit. Bei einer Zuwendung wäre dies so nicht der Fall. Zweitens: Wenn es der Fachstelle gelinge, zusätzliche Einnahmen von Unternehmen oder durch Spenden zu erhalten, würden diese, anders als bei einer Zuwendung, nicht verrechnet, sondern könnten für zusätzliche Zwecke ausgegeben werden. Drittens: Eine Zuwendung sei mit einer stellen- und aufgabengenauen Zuordnung verbunden. Wenn sich innerhalb einer Laufzeit von fünf Jahren der Schwerpunkt vom Thema Tabak- auf Spielsucht verlagere, müsste sich dies bei einer Zuwendung sehr genau untergliedern. Die Stellen, die für einen Themenbereich vorgesehen seien, müssten dann auch besetzt werden, die Personen müssten in diesem Tätigkeitsbereich aktiv sein. Im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages könne hingegen eine Anpassung erfolgen, sodass Themenverlagerungen innerhalb der Laufzeitperiode durchaus vorgenommen werden könnten. Die Fachstelle selbst sei der Auffassung, dass sie mit dem Instrument des Dienstleistungsvertrages besser als mit einer Zuwendung agieren könne. Da alle von ihrer Arbeit positiv überzeugt seien, wolle er es bei dem System belassen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers ruft in Zusammenhang mit den Fragen lfd. Nrn. 51 a und 51 b auf

Einzelplan 11 – Gesundheit und Soziales – (allgemein/kapitelübergreifend)

Frage Nr. 15, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wir bitten um eine Aufstellung aller Mittel, die im Einzelplan 11 für die Drogen- und Suchthilfe veranschlagt sind. Ergänzend, welche Maßnahmen in anderen Einzelplänen etatisiert sind.

und hält fest, diese Frage werde schriftlich beantwortet. Die Fragen lfd. Nrn. 51 a und 51 b seien beantwortet.

Titel 68495 (neu) – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2014-2020) –

Frage Nr. 52, Fraktion Die Linke

Bitte um nähere Erläuterung.

Dirk Rothenpieler (SenGesSoz) teilt mit, die Mittel seien für die Finanzierung von Projekten der beruflichen Reintegration, also der Qualifizierung, Beschäftigung und sozialpädagogischen Unterstützung Drogenabhängiger/Suchtmittelgefährdeter zweckgebunden. Es würden nur solche Maßnahmen berücksichtigt, bei denen der Träger eine Kofinanzierung von mindestens 50 Prozent beibringe. Zielgruppen seien sowohl Nichtkonsumierende, also abstinent oder ehemalige Suchtmittelabhängige als auch langjährig Suchtmittelabhängige, Substituierende und chronisch mehrfach beeinträchtigte Abhängige. Ziel sei eine Reintegration dieser Personengruppen in das Arbeits- und Berufsleben, die Wiedererlangung von arbeitsrelevanten Grundkompetenzen und der Erwerb vorbereitender Qualifikationen. Die Maßnahmen würden, wie es bei diesen EU-Mitteln üblich sei, alle zwei bis drei Jahre im Rahmen von Interessenbekundungsverfahren ausgewählt und unterlagen der strengen ESF-Abwicklung.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers erklärt, die Frage sei damit beantwortet.

Titel 89360 – Zuschüsse an Einrichtungen der Suchthilfe und -prävention für Standardanpassungen (Investitionen) –

Frage Nr. 53 a, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um Erläuterung.

Frage Nr. 53 b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um kurze Darstellung Konzept dritter Drogenkonsumraum

Frage Nr. 53 c, Fraktion Die Linke

Zu 1.: Wann soll wo in welcher Trägerschaft der dritte Drogenkonsumraum eingerichtet werden? Erläuterung der geplanten Gesamtkosten.

Staatssekretärin Emine Demirbüken-Wegner (SenGesSoz) erläutert, die Drogenszene am Bahnhof Zoologischer Garten wie auch am Stuttgarter Platz habe sich in den letzten Jahren in das örtliche Umfeld verlagert. Die Präsenz der Drogenszene führe zu erheblichen Belastungen für die direkten Anwohnerinnen und Anwohner wie auch für die Bevölkerung des nahe gelegenen Einkaufsbereichs rund um die Fußgängerzone Wilmersdorfer Straße. Trotz der Vorortpräsenz des Drogenkonsummobil und der Erweiterung der Standzeiten reichten die Kapazitäten nicht aus. Im Zeitraum Januar bis Juni 2015 seien 2 566 Konsumvorgänge erfasst. Das Drogenkonsummobil mit seinen drei Konsumplätzen sei deutlich überlastet. Immer wieder müssten Personen abgewiesen werden. Zusätzlich traten Probleme mit der Sozialverträglichkeit der durchweg schwierigen Klientel auf, die die Wartezeit zum größten Teil auf dem Gehweg verbringen müsse. Der Aufbau eines dritten Konsumraums sei insofern dringend erforderlich, um den Bedarf vor Ort zu decken und die Region ein Stück weit zu entlasten. Es sei vorgesehen, den dritten Konsumraum im Jahr 2016 im Umfeld des Stuttgarter Platzes in Charlottenburg zu etablieren. Geeignete Räume dafür müssten noch gesucht werden.

Für die bauliche Herrichtung der Räumlichkeiten entstehe im Jahr 2017 ein einmaliger Investitionsbedarf in Höhe von 200 000 Euro. Für den laufenden Betrieb der niedrigschwelligen Kontaktangebote seien 75 000 Euro für das Jahr 2016 und 150 000 Euro für das Jahr 2017 Euro vorgesehen. Die Finanzierung erfolge aus dem IGP, Kapitel 1110 – Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales – Gesundheit –, Titel 68431 – Zuschüsse im Rahmen des Integrierten Gesundheitsprogramms (IGP) –. Zwar liege für den dritten Drogenkonsumraum noch keine konkrete Konzeption vor, es bestünden aber bereits entsprechende Überlegungen. So wolle man an den Betrieb der bestehenden Drogenkonsumräume anknüpfen, deren Angebote in Mitte und Kreuzberg sich seit dem Jahr 2002 bewährt hätten. Die Frage der Trägerschaft habe SenGesSoz noch nicht abschließend geklärt. Das medizinische Personal werde vom mobilen Drogenkonsumraumteam über das Drogenkonsummobil der Fixpunkt gGmbH gestellt, die auch die anderen beiden Standorte versorge. Hier entstünden keine höheren Ausgaben gegenüber dem Jahr 2015, da für die Erweiterung der Standzeit am Stuttgarter Platz bereits eine Mittelaufstockung erfolgt sei.

Heiko Thomas (GRÜNE) bedankt sich für die Ausführung. Er halte die Einrichtung eines dritten Drogenkonsumraums für richtig und unterstütze das Vorhaben. – Laut Ausführung der Staatssekretärin sei die Trägerschaft noch nicht geklärt. Er sei bislang davon ausgegangen, dass Fixpunkt den dritten Konsumraum betreiben werde. Falls dies nicht der Fall sei, bitte er um Darlegung des Verfahrensstands und des geplanten Vorgehens.

Vor zwei Jahren sei für die benannten Standorte die Aufstellung eines Hygienecontainers in der Diskussion gewesen. Wie sei hier der Sachstand? Seines Wissens hätten sich Land und Bezirk jeweils wechselseitig dafür zuständig erklärt. Es sei auch die Rede davon gewesen, dass die Deutsche Bahn AG finanziell für den Hygienecontainer aufkomme. Letztlich sei nichts passiert. Werde über dieses Vorhaben im Zusammenhang mit der Einrichtung des dritten Konsumraums nachgedacht?

Elke Breitenbach (LINKE) begrüßt die Einrichtung eines weiteren Drogenkonsumraums. Offenbar sei aber weiterhin unklar, wer die Maßnahme durchführen solle und wo sie umgesetzt werden solle; auch das Konzept sei unklar. Wie sehe die Zeitschiene der Maßnahme aus? Vermutlich werde die Umsetzung nicht gleich zu Beginn des nächsten Jahres erfolgen.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) gibt bekannt, dass im ISP 150 000 Euro für den Hygienecontainer veranschlagt seien. Darauf werde er noch bei Kapitel 1150 – Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales – Soziales –, Bereich Wohnungslosenhilfe zu sprechen kommen.

Christine Köhler-Azara (SenGesSoz, Drogenbeauftragte des Landes) gibt zu bedenken, dass die Verwaltung abwarten müsse, dass der Haushalt beschlossen werde, bevor sie Räume suchen oder Verpflichtungen eingehen könne. Die Überlegungen von SenGesSoz seien darauf ausgerichtet, dass die Drogenkonsumraumverordnung eingehalten werden müsse. Da die Fixpunkt gGmbH das medizinische Personal auch für die beiden anderen Drogenkonsumräume stelle, gehe die Verwaltung davon aus, dass sie auch für den dritten Raum das medizinische Personal stellen werde. Die Trägerschaft des Drogenkonsumraums in der Birkenstraße liege aber beispielsweise bei Vista – Verbund für integrative soziale und therapeutische Arbeit gGmbH in Kombination mit der Fixpunkt gGmbH. Eine solche Konstellation sei auch bei dem neuen Raum denkbar.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, die Fragen seien damit beantwortet.

MG 03 – Allgemein

Frage Nr. 54, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um Aufzählung der Pauschalen 2016 und 2017 nach Krankenhäusern und Trägerschaft.

Titel 68335 – Zuschüsse nach dem LKG an Krankenhäuser nichtöffentlicher Träger -Schließung oder Umstellung- –

Frage Nr. 55, Fraktion Die Linke

Bitte um nähere Erläuterung der Schließungen und wo sollen diese warum erfolgen?

Titel 68336 – Zuschüsse nach dem LKG an Krankenhäuser nichtöffentlicher Träger -Nutzungsentgelte und Lasten aus Investitionsdarlehen- –

Frage Nr. 56, Fraktion Die Linke

Nähere Erläuterung.

Titel 89102 – Investitionspauschale für die Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH –

Frage Nr. 57, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um Erläuterung.

Titel 89218 – Investitionspauschale für Krankenhäuser nichtöffentlicher Träger –

Frage Nr. 58, Fraktion der SPD und der CDU

Bitte um nähere Erläuterung.

Heiko Thomas (GRÜNE) bittet darum, die Maßnahmegruppe 03 solle zur zweiten Lesung zurückzustellt werden.

Dirk Rothenpieler (SenGesSoz) merkt an, bezogen auf die Hauptgruppe 8 sei die Erstellung eines Berichts zielführend. Zu den konsumtiven Titeln möchte er allerdings mündlich Stellung nehmen. Für die grundsätzlichen Überlegungen der Investitionsfinanzierung der Berliner Krankenhäuser spielten sie keine Rolle; auch konsumtiv seien sie seines Erachtens nicht so maßgeblich.

Zu Frage lfd. Nr. 55, Titeln 68335 – Zuschüsse nach dem LKG an Krankenhäuser nichtöffentlicher Träger -Schließung oder Umstellung-: SenGesSoz befindet sich in der Endphase der Erarbeitung des Krankenhausplans 2016. Aufgrund der Bevölkerungsentwicklung Berlins werde sich ein Bettenaufwuchs ergeben. Dennoch habe bei einigen Krankenhäusern als Folge zu geringer Bettenauslastung in einzelnen Fachrichtungen eine Bettenreduzierung vorgenommen werden müssen. SenGesSoz gehe nach jetzigem Stand davon aus, dass in mehreren Krankenhäusern ein Abbau von rund 112 Betten vorzusehen sei. Deswegen bleibe der Titel weiterhin präsent, auch wenn insgesamt eine andere Tendenz bestehe.

Zu Frage lfd. Nr. 56: Der Titel 68336 – Zuschüsse nach dem LKG an Krankenhäuser nichtöffentlicher Träger -Nutzungsentgelte und Lasten aus Investitionsdarlehen- stelle lediglich eine Fortsetzung des geltenden Landeskrankenhausgesetzes – LKG – aus dem Jahr 2011 dar. Gemäß § 13 LKG sei eine Förderung von gemieteten Objekten von Krankenhäusern vorgesehen. Das Land fördere weiterhin Nutzungsverträge; hauptsächlich betreffe dies das Deutsche Herzzentrum Berlin, das Martin-Luther-Krankenhaus, die Klinik Hygiea, das St.-Hedwig-Krankenhaus, die gemeindepsychiatrische Klinik Wilmersdorf und das Krankenhaus Weißensee.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) erläutert zu lfd. Nr. 54 – MG 03 Allgemein –, dass die gewünschte Aufzählung der Pauschalen erst erfolgen könne, wenn die Investitionsbewertungsrelationen für die jeweiligen Krankenhäuser und damit das Leistungsgeschehen der jeweiligen Häuser vorlägen. Erst dann könne eine Aufteilung vorgenommen werden. Derzeit existiere keine Auflistung nach einzelnen Kliniken. Dafür bedürfe es im Übrigen auch der Verordnung, die die Grundlagen der Berechnung enthalte, und die im Senat noch beschlossen werden müsse.

Heiko Thomas (GRÜNE) verweist darauf, dass das Gesetz ab Mitte dieses Jahres gelte. Die Information, wie die Mittel derzeit in 2015 aufgeteilt würden, sollte schriftlich eingereicht werden.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) sagt den Bericht zu.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, der Ausschuss erhalte einen Bericht.

[Unterbrechung der Sitzung von 14.28 bis 14.46 Uhr]

Kapitel 1111 – Landesinstitut für gerichtliche und soziale Medizin –

Keine Fragen oder Berichtsaufträge.

Kapitel 1112 – Gemeinsames Krebsregister –

Keine Fragen oder Berichtsaufträge.

Kapitel 1150 – Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales – Soziales –

Rainer-Michael Lehmann (SPD) bittet ergänzend um schriftliche Darstellung der finanziellen Ausstattung der Schuldner- und Insolvenzberatung.

Martina Schnellrath (SenGesSoz) erinnert daran, dass im Zusammenhang mit der Frage lfd. Nr. 29 bereits erwähnt worden sei, dass die Schuldnerberatung im Rahmen der Bezirkshaushaltspläne etabliert und zu beraten sei, siehe hierzu die Globalsummenzuweisung bei Kapitel 2909. Dem Hauptausschuss sei dazu ein entsprechender Bericht – rote Nummer 1834 – zugegangen mit dem Plafondschreiben, aus dem ersichtlich sei, wie die entsprechenden Sachverhalte angepasst worden seien. Der jetzt erbetene Bericht werde sich darauf beziehen. Die fachlich-inhaltliche Beratung müsste im Unterausschuss Bezirke stattfinden.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, der Ausschuss erhalte einen Bericht.

Titel 11921 – Rückzahlungen von Zuwendungen –

Frage Nr. 59, Fraktion Die Linke

Bericht über die Rückzahlungen in 2014/2015. Auflistung welche Zuwendungsempfänger*innen in welcher Höhe und aus welchen Gründen Rückzahlungen leisten mussten? Warum sind die Ansätze in 2016/2017 so niedrig im Vergleich zum IST 2014?

Martina Schnellrath (SenGesSoz) berichtet, mit Bescheid vom 22. Februar 1988 seien dem Träger des Seniorenheims Clayallee, dem Diakoniewerk Bethel, Zuwendungsmittel in Höhe von insgesamt etwas über 3,2 Millionen DM bewilligt worden, verbunden mit einer Zweckbindungsdauer von 30 Jahren. Im Oktober 2013 habe der Träger SenGesSoz mitgeteilt, er werde das Seniorenheim zum 31. Oktober 2013 schließen. Die Zweckbindungsfrist sei noch nicht abgelaufen gewesen. SenGesSoz habe einen Widerrufsbescheid erlassen und, bezogen auf die Restlaufzeit, eine Einnahme in Höhe von 393 907,79 Euro zurückgefordert. Laut Zinsbescheid vom 24. Juni 2014 seien noch Zinsen in Höhe von 10 062,05 Euro zu addieren. Insgesamt habe sich daraus eine einmalige Einnahme von etwas über 403 000 Euro ergeben. Sie hoffe, dass nicht noch weitere Träger ihre Einrichtung, die mit einer so langen Zweckbindungsdauer versehen sei, vorfristig schließen würden.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, die Frage sei damit beantwortet.

Titel 11934 – Rückzahlungen überzahlter Beträge –

Frage Nr. 60 a, Fraktion Bündnis90/Die Grünen

Wie sind die hohen Rückzahlungen aus 2014 (1.308.099 €) verausgabt worden?

Staatssekretär Dirk Gerstle (SenGesSoz) teilt mit, die Summe sei dem Haushalt zugeflossen.

Frage Nr. 60 b, Fraktion Die Linke

Bericht über die Rückzahlungen in 2014/2015.

Auflistung, welche Einrichtungen in welcher Höhe und aus welchen Gründen Rückzahlungen geleistet haben. Warum sind die Ansätze in 2016/2017 so niedrig im Vergleich zum IST 2014? Was ist unter „sonstige Rückzahlungen von Dritten“ zu verstehen?

Staatssekretär Dirk Gerstle (SenGesSoz) führt aus, bei diesem Titel würden gemäß § 8 Landespflegeeinrichtungsgesetz Erstattungen von Fördermitteln und Zinsen von nichtlandeseigenen Pflegeeinrichtungsträgern bei bewilligten Baumaßnahmen und sonstigen Rückzahlungen von Dritten vereinnahmt. Diese „sonstigen Dritten“ seien der ESF-Treuhänder SPI Consult GmbH, die AOK Nordost und diverse Träger. Der ESF-Treuhänder habe zu Beginn 2014 die Rückzahlung nichtverbrauchter ESF-Treugutmittel aus 2013 und im Dezember 2014 die nichtverbrauchten ESF-Mittel aus 2014 in Höhe von rd. 470 000 Euro vorgenommen. Im Jahr 2015 habe die SPI Consult GmbH noch einzelne Rückflüsse von den Trägern für 2014 in Höhe von rd. 23 000 Euro überwiesen. Die AOK Nordost habe in 2014 eine einmalige Erstattung in Höhe von 760 874,35 Euro von überzahlten Beträgen für freiwillig versicherte Leistungsberechtigte in Einrichtungen überwiesen. Diverse kleinere Träger hätten im Jahr 2014 kleinere Rückzahlungsbeträge in Höhe von insgesamt rd. 75 000 Euro überwiesen. Die Planung solcher Rückzahlungen sei grundsätzlich nicht möglich, sodass hier stets nur eine Schätzung vorgenommen werden könne.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, die Frage sei damit beantwortet.

Titel 23105 – Anteil des Bundes an den Kosten der Unterkunft nach SGB II –

Frage Nr. 61 a, Fraktion Bündnis90/Die Grünen

Wir bitten um Informationen zur Höhe der erwarteten Einnahmen und Anzahl der Bedarfsgemeinschaften 2016 und 2017. Wie viel Zeit liegt zwischen Vereinnahmung und Auszahlung? Wie verwaltet der Senat die eingehenden Gelder bis zur Auszahlung an die Bezirke zum Ende des Haushaltsjahres? Bitte um Darstellung der Ist-Ausgaben 2014, 2015 und der Prognosen 2016, 2017 nach Bezirken.

Frage Nr. 61 b, Fraktion Die Linke

Wie hoch waren die Einnahmen ohne den BuT-Anteil in 2014? Bericht über die zu erwartende Entwicklung der Kosten in 2016/2017. Mit welchen haushalterischen Auswirkungen auf den Landeshaushalt durch die neue AV-Wohnen rechnet der Senat?

Staatssekretär Dirk Gerstle (SenGesSoz) teilt mit, die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften habe bei 312 048 gelegen. Seine Verwaltung gehe nicht von einer wesentlichen Änderung aus. – Alle weiteren Fragen würden schriftlich beantwortet.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, der Ausschuss erhalte einen Bericht.

Titel 23133 – Anteil des Bundes an der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII –

Frage Nr. 62, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wir bitten um Informationen zur Höhe der erwarteten Einnahmen und Anzahl der Bedarfsgemeinschaften 2016 und 2017. Wieviel Zeit liegt zwischen Vereinnahmung und Auszahlung? Wie verwaltet der Senat die eingehenden Gelder bis zur Auszahlung an die Bezirke zum Ende des Haushaltsjahres?

Staatssekretär Dirk Gerstle (SenGesSoz) berichtet, die Bundesbeteiligung werde, ausgehend von einer Ausgabenerhöhung von 7 Prozent jährlich, im Jahr 2016 bei 491 Millionen Euro und im Jahr 2017 bei 526 Millionen Euro liegen. Im Jahr 2014 seien 70 684 Bedarfsgemeinschaften zu verzeichnen gewesen. Hier werde eine Steigerung in Höhe von 6 Prozent jährlich erwartet. Für das Jahr 2016 ergäben sich daraus 74 925 und für das Jahr 2017 79 421 Bedarfsgemeinschaften. Die Mittel würden im Landeshaushalt vorfinanziert und verausgabt, der Bund erstatte die Mittel. Die Erstattungsbeträge würden buchungstechnisch bei Kapitel 1150, Titel 23133 – Anteil des Bundes an der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII – nachgewiesen und zum Jahresende auf die Bezirke entsprechend des Ausgabeanteils verteilt.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, die Frage sei damit beantwortet.

Titel 27292 – Zuschüsse der EU aus dem ESF für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2007-2013) –

Frage Nr. 63, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz für 2014 war 1.796.000 € Warum wurden nur 1.376.551,80 € eingenommen? Was ist mit der Differenz geschehen? Werden noch Zahlungen erwartet? Wenn ja, in welcher Höhe und wofür werden sie verwendet?

Im EP 13 werden ab 2016 unter dem Titel keine Mittel mehr veranschlagt (S. 18). Im HH 14/15 waren für 2014 Ausgaben der ESF-Mittel in Höhe von 1.699.000 € veranschlagt für Bürgerschaftliches Engagement, Integrationshilfediensste und Menschen

mit Behinderung (S. 110, Titel 68492). Konnten diese Ausgaben überhaupt getätigt werden?

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) teilt mit, bei der Haushaltsplanaufstellung werde entsprechend den ESF-Ausgaben auch die Erstattung durch die Europäische Union in gleicher Höhe veranschlagt. Dadurch aber, dass die Ausgaben verfahrenstechnisch immer Abweichungen hätten, ändere dies auch etwas an den Zahlbeträgen bei den Einnahmen. Die Mittel würden erst nach der Prüfung durch die EU an das Land überwiesen. So komme es zu einer Veränderung von Planung und Ist der Einnahmen und Ausgaben; dies sei aber stets korrespondierend.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, die Frage sei damit erledigt.

**Titel 27297 – Zuschüsse der EU aus dem EFRE für konsumtive Zwecke
(Förderperiode 2007-2013) –**

Frage Nr. 64, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Laut HH 14/15 sollten bis Ende 2013 alle EFRE-Mittel verausgabt sein, deswegen erfolgte keine Haushaltsanmeldung für 2014/15 bei diesem Titel. Nun ist für 2014 noch der Erhalt von Erstattungszahlungen in Höhe von 1.416.294 € aufgeführt. Wie wird das Geld verwendet?

Wo werden die eventuell noch zu erwartenden Erstattungszahlungen ab 2016 in EP 13 aufgeführt? Dort steht, dass bei diesem Titel keine Mittel mehr veranschlagt werden (EP 13, S. 20, Titel 27297).

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) bemerkt, für die EFRE-Mittel gelte der gleiche Vortrag wie zu den ESF-Mitteln.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

Titel 28290 – Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke –

Frage Nr. 65, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Woher kommen die Einnahmen von 38.126,35 € in 2014? Warum werden sie künftig nur mit 3.000 € veranschlagt, wenn sie in 2012 sogar über 750.000 € betragen?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass auf Hinweis von **Senator Mario Czaja** (SenGesSoz) dazu schriftlich geantwortet werde.

Titel 29899 – Erbschaften für konsumtive Zwecke –

Frage Nr. 66, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Warum sind für 2016/2017 so geringe Einnahmen veranschlagt, wenn in 2014 Mittel in Höhe von 133.862,77 € und am 30.06.2015 bereits in Höhe von 136.952 € vorhanden sind?

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) bemerkt, Erbschaften seien für seine Verwaltung nicht planbar.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, die Frage sei damit beantwortet.

Titel 35990 – Zweckgebundene Entnahme aus dem Geldbestand –

Frage Nr. 67, Piratenfraktion

Warum fällt der Titel weg? Bitte erläutern.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) teilt mit, bei diesem Titel habe nach Vorgabe von SenFin eine haushaltstechnische Umgliederung der Systematik der bisherigen Einnahmen stattgefunden.

Fabio Reinhardt (PIRATEN) moniert die Antwort des Senators. Ihm sei noch nicht klar, warum die Mittel aus Titel 359 90 in den darunterliegenden Titel gezogen würden.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) erwidert, dies entspreche den Vorgaben im Aufstellungs-rundschreiben von SenFin zur Vereinheitlichung der Titel, damit hinter dem Titel des jeweili-gen Fachressorts in allen Bereichen derselbe Fachzweck zu finden sei.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, die Frage sei damit beantwortet.

Titel 38190 – Verrechnungen für zweckgebundene Ausgaben –

Frage Nr. 68, Piratenfraktion

Weshalb sind für die Jahre 2016 und 2017 pro Jahr nur so viel Einnahmen (75.000 Euro) angesetzt als 2015 im Titel 35990, obwohl es sich beim Titel 38190 nicht nur um Erträge der „Kurt-Nietsch-Stiftung“ handelt, sondern auch zusätzlich der Sammelstiftung Kreuzberg für besondere Zwecke? Was sind die Gründe für die Verringerung der Einnahmen? Bitte erläutern.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) erläutert, die Einnahmen aus der Sammelstiftung Kreuz-berg als auch aus der Kurt-Nietsch-Stiftung seien bis 2015 zusammen mit einer Gesamtein-nahme in Höhe von 75 000 Euro bei Titel 35990 – Zweckgebundene Entnahme aus dem Geldbestand – veranschlagt. Gleicher geschehe nunmehr im Rahmen der haushaltstechni-schen Umgliederung bei dem neuen Titel 381 90. Eine Verringerung der Einnahmen finde somit nicht statt.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass die Frage damit beantwortet worden sei.

Titel 52610 – Gutachten –

Frage Nr. 69 a, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte Titel anhalten.

Frage Nr. 69 b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um Erläuterung des genauen Zwecks und Zielsetzung dieser Vergaben vor dem Hintergrund der Ergebnisse bereits erfolgter Untersuchungen.

Welche Ergebnisse haben die bisherigen Gutachten erbracht und inwieweit bauen die neuen Gutachten auf diese auf?

Frage Nr. 69 c, Fraktion Die Linke

Zu 1.: Welche externen Gutachten sind 2015 zu welchen Themen an wen vergeben worden und welche sind noch geplant? Was ist für 2016 und 2017 konkret geplant?

Zu 2.: Aktueller Sachstand für 2015 einschließlich (geplanter) Vergaben und Ausgaben. Wie ist der Vorbereitungsstand zur Umsetzung für 2016/2017? Wann liegen die Ergebnisse der Prüfungen in 2015 vor?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass ein schriftlicher Bericht erstellt werde. Der Titel werde zur zweiten Lesung zurückgestellt.

Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit –

Frage Nr. 70 a, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wir bitten um Aufstellung der Ist-Ausgaben für 2014 und 2015 in gleicher Gliederung. Werden die Veröffentlichungen und Dokumentationen barrierefrei erstellt?

Frage Nr. 70 b, Fraktion Die Linke

Auflistung der barrierefreien Veröffentlichungen in 2014/2015, z.B. in leichter Sprache oder Brailleschrift, und wie barrierefrei sind die Veröffentlichungen im Internetportal der Verwaltung zugänglich? Was hat sich verändert und was ist 2016/2017 geplant – mit finanzieller Unterstützung? Warum sind keine Mittel für Veröffentlichungen zur Information und Mobilisierung zu den Wahlen der Seniorenvertretungen eingestellt?

Zu 4.: Wann ist die Neufassung des Seniorenmitwirkungsgesetzes geplant? Was soll geändert werden?

Zu 6.: Bitte konkretere Erläuterung zum geplanten Inhalt und zu Auflagenhöhen.

Zu 7.: Warum erst 2017 und warum sind nur 1.000 € eingestellt? Welche Auflagenhöhe?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, der Ausschuss erhalte einen Bericht.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Frage Nr. 71 a, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte Titel anhalten.

Frage Nr. 71 b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wir bitten um Aufstellung der Ist-Ausgaben für 2014 und 2015 in gleicher Gliederung. Inwieweit wird die rechtliche Beratung der Bezirke im Bereich Leistungsmisbrauch fortgeführt und weiter finanziert? Wie war dort die Bilanz von Ausgaben und Ersparnis?

Zu 1. bis 14.: Wer sind die voraussichtlichen Auftragnehmer und wie wurden diese ausgewählt?

Zu 1: Bitte um Darstellung der Kostenentwicklung im Bereich ehrenamtlicher und „beruflicher“ Betreuung in den letzten fünf Jahren. Warum wird die Arbeit der Betreuungsvereine in diesem Haushalt nicht finanziell gestärkt? Sollen ehrenamtliche BetreuerInnen künftig geringer entschädigt werden? Will der Senat überhaupt die ehrenamtliche Betreuung stärken oder setzt der Senat in erster Linie auf die Betreuung durch die gesetzlichen BetreuerInnen? Welche Entwicklung von Betreuungsfällen erwartet der Senat aufgrund demographischer Entwicklung bis 2020? Bitte um Zahlen über betreute Personen in Berlin, nach verschiedenen Betreuungsarten aufgelistet.

Bitte um Kostenvergleich zwischen ehrenamtlicher Betreuung und Betreuung durch gesetzliche BetreuerInnen.

Zu 4., 12. und 13.: Werden die Evaluationen ausgeschrieben? Welche Zeitplanung ist für die Evaluationen vorgesehen?

Zu 7.: In welchem Umfang wird das Netzwerk Palliative Geriatrie Berlin künftig weitergeführt? Wie hoch werden die Mittel sein (im Vergleich zum Haushalt 14/15)?

Zu 6.: Welche Ergebnisse haben die wissenschaftlichen Untersuchungen zum Überleitungsmanagement zwischen den Versorgungsstrukturen aus dem letzten Haushalt gebracht? Wo wurden sie veröffentlicht?

Zu 14: Bitte um nähere Erläuterung des Vorhabens; hält der Senat die eingestellte Summe für den Zweck für ausreichend? Warum wurden nicht mehr Mittel eingestellt? Wann ist mit Ergebnissen und einer Umsetzung der Konzepte zu rechnen?

Frage Nr. 71 c, Fraktion Die Linke

Zu 1.: Wie haben sich die 12 Betreuungsvereine in 2014/2015 jeweils entwickelt? Anzahl der Ehrenamtlichen, der Betreuungen, Schwere der Fälle, Qualifizierung der EA etc. Warum ist erneut keine Erhöhung der finanziellen Förderung geplant, trotz

notwendiger Fort- und Weiterbildungen, steigender Betriebskosten, Tarifanpassungen etc.? Welche Leistungseinschränkungen sind damit verbunden? Der Vertrag endet am 31.12.2015. Wie ist der Stand der Verhandlungen? Wird diesmal wieder ausgeschrieben?

Zu 2.: Welche Schlussfolgerungen wurden aus den bisherigen Vergleichen gezogen?

Zu 3.: Welche Erfahrungen und Ergebnisse wurden bisher erzielt, und was soll wie verstetigt werden? Welche Maßnahmen wurden und werden 2015 durchgeführt mit welcher finanziellen Unterlegung? Auflistung der geplanten Maßnahmen in 2016/2017 – mit finanzieller Unterlegung.

Zu 4.: Bitte um nähere Erläuterung.

Zu 5.: Was soll mit der externen Zusatzerhebung konkret erfasst werden? Vertrag bitte vorlegen. Wofür werden/wurden die 5T€ in 2015 ausgegeben?

Zu 6.: Auflistung der Evaluierungen und Untersuchungen der Jahre 2014/2015 – mit finanzieller Untersetzung. Wer hat sie durchgeführt? Welche Ergebnisse liegen vor? Auflistung der geplanten E/U in den jeweiligen Schwerpunkten für 2016/2017 mit finanzieller Untersetzung.

Zu 12., 13. und 14.: Bitte um nähere Erläuterung.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, die Fragen würden schriftlich beantwortet.

Titel 54053 – Veranstaltungen –

Frage Nr. 72, Fraktion Die Linke

Zu 6.: Welche Veranstaltungen zur Novellierung des Seniorenmitwirkungsgesetzes haben 2015 stattgefunden bzw. finden noch statt? Welche Veranstaltungen sind für 2016 geplant?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, die Beantwortung erfolge schriftlich.

Titel 54690 – Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen –

Frage Nr. 73, Fraktion Bündnis90/Die Grünen

Für 2014 waren hier Ausgaben in Höhe von 3.000 € veranschlagt. Stattdessen wurden über 500.000 € ausgegeben, ein Überschuss, der seit mindestens 2012 vorhanden war. Was ist mit dem Geld geschehen, wofür ist es ausgegeben worden?

Warum werden bei früheren Ausgaben von über 500.000 € hier für 2016 und 2017 jeweils nur 3.000 € veranschlagt? Wer entscheidet über die Verwendung der Mittel?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, die Frage werde schriftlich beantwortet.

**Titel 54692 – Sonstige Verwaltungsausgaben aus ESF-Mitteln
(Förderperiode 2007-2013) –**

Frage Nr. 74, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

In welcher Höhe werden sonstige Verwaltungsausgaben aus ESF-Mitteln der neuen Förderperiode geplant?

Staatssekretär Dirk Gerstle (SenGesSoz) führt aus, für die neue ESF-Förderperiode 2014 bis 2020 sei die Schaffung einer Zentraleinrichtung Fördermanagement beschlossen worden. In 2015 habe die ESF-Verwaltungsbehörde im Ergebnis einer europaweiten Ausschreibung den Dienstleister EFG GmbH beauftragt. Auch wenn die beteiligten Verwaltungen auf Basis der Rahmenvereinbarung eine Einzelbeauftragung und Beleihung vornähmen, erfolge die Finanzierung des Treuhänders aus dem Einzelplan 13, also dem Haushalt der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, die Frage sei damit beantwortet.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen –

Frage Nr. 75 a, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte Titel anhalten.

Zu I. 1. Bitte um Darstellung der 2015 geförderten Projekte, insbesondere Erläuterung des Sachstands bei den Mobilitätshilfediens.

Frage Nr. 75 b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wir bitten um eine detaillierte Aufschlüsselung des Titels nach den unter I. 1. und II. 1.-6. genannten Posten (inkl. Nennung der Zuwendungsempfänger und Zuwendungshöhe, Laufzeit sowie Ist 2014, 2015 und Plan 2016, 2017).

Womit erklärt sich die erneute Steigerung der Zuwendungen im Bereich des Rahmenfördervertrags? Welche Mehrbedarfe ergeben sich durch den geplanten Ergänzungsvertrag und warum? Wie setzen sich die Mehrbedarfe zusammen und wofür werden die zusätzlichen Mittel verwendet? Ist damit ein Aufgabenaufwuchs verbunden, wenn ja, welcher?

Wie werden geförderte Maßnahmen ausgewählt? Nach welchen Kriterien gelten sie als geeignet und wer entscheidet darüber? Wie wurden diese Kriterien entwickelt?

In welchem Verfahren und in welcher Höhe wurde für eine Tarifanpassung der Personalkosten Vorsorge getroffen? Wie ist der Verhandlungsstand zu Folge- und Ergänzungsverträgen?

Wie und mit welchen finanziellen Mitteln wird sich der Senat für eine schnellere Schuldner- und Insolvenzberatung einsetzen?

Welche Maßnahmen plant der Senat zu einer bedarfsgerechten Ausstattung der Wohnungslosenhilfe? Wie und mit welcher finanziellen Ausstattung wird er dabei das Angebot für wohnungslose oder von Wohnungslosigkeit bedrohte Familien und Frauen anpassen?

Frage Nr. 75 c, Fraktion Die Linke

Wo findet sich die Finanzierung der Fortsetzung „Netzwerk Palliative Geriatrie Berlin“ wieder?

Zu I.: Bericht über den aktuellen Stand der Verhandlungen mit der LIGA. Auflistung der Zuwendungsempfangenden des ISP nach den einzelnen Angebotsbereichen, Höhe der Zuwendungen und Laufzeit. Welche Projekte sollen in 2016/2017 nicht mehr gefördert werden, welche kommen neu dazu? Wie soll der Wegfall der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen kompensiert werden? Hier bitte mit Schwerpunkt Erhalt der Mobilitätshilfedienste antworten. Was ist für die Mobilitätshilfedienste in 2016/2017 geplant? Wie werden die 12 landesgeförderten Pflegestützpunkte für ihre zunehmenden Aufgaben ausgestattet?

Wohnungslosen-, Straffälligenhilfe sowie Schuldnerberatung

Welche Maßnahmen plant der Senat, um das Hilfsangebot für wohnungslose Menschen dem Bedarf anzupassen? Plant der Senat die Ausweitung der spezifischen Hilfsangebote für wohnungslose Frauen? Plant der Senat spezifische Hilfsangebote und Projekte für Wohnunglose Migrant*innen?

Wie viele Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen fördert der Senat? Wie hat sich die Anzahl der Beratungen seit 2011 entwickelt? Wie lange ist die durchschnittliche Wartezeit bis Rat-und Hilfesuchende einen Termin bei der Schuldner- und Insolvenzberatung erhalten?

Welche Maßnahmen und Änderungen im Bereich der Wohnungslosenhilfe und der Schuldnerberatung plant der Senat in Auswertung der Arbeitsgruppenergebnisse, die zur Evaluierung der KGSt-Studie „Evaluation der Organisation und Steuerung in der Grundsicherung für Arbeitsuchenden“ eingesetzt wurde?

Zu II. 3.: Welche Maßnahmen wurden in 2014/2015 zur Förderung und Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements durchgeführt – mit finanzieller Unterstützung?

Welche Maßnahmen sind in 2016/2017 geplant, mit welcher finanziellen Unterstützung? Welche konkreten Maßnahmen plant der Senat, um das bürgerschaftliche Engagement bei der Unterstützung und Hilfe der geflüchteten Menschen zu unterstützen und mit welcher finanziellen Unterstützung?

Frage Nr. 75 d, Piratenfraktion

Teilansatz I. 1: Bitte die 116 geförderten Projekte in diesem Titel samt finanziellem Zuwendungsbetrag auflisten.

Teilansatz II. 6. – Bitte um Berichterstattung:

1. Bitte Ausgaben für 2014/2015 jeweils aufschlüsseln.
2. Erhalten die Mitglieder*innen des Beirats für Zusammenhalt eine Aufwandsentschädigung? Wenn ja, in welcher Höhe jeweils?
3. Bitte um ausführlichen Tätigkeitsbericht für 2014/2015 jeweils.
4. Bitte um Auflistung aller geplanten Tätigkeiten für das 2. Halbjahr 2015 sowie 2016 und 2017.

Rainer-Michael Lehmann (SPD) äußert den Wunsch, der schriftliche Bericht möge ergänzend auch eine Erläuterung zur finanziellen Ausstattung der Pflegestützpunkte enthalten.

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) bittet darum, dass im Bericht ergänzend erläutert werde, wer im Beirat für Zusammenhalt vertreten sei. Wie oft solle der Beirat tagen? Welche Unterstützung für Flüchtlingsinitiativen sei vom Beirat zu erwarten?

Jasenka Villbrandt (GRÜNE) bittet ergänzend um eine schriftliche Erläuterung zu II.4.

Fabio Reinhhardt (PIRATEN) merkt an, ihm seien einige Beiräte im Land Berlin bekannt, die Jahrzehnte um Mittel gekämpft hätten, wohingegen für den Beirat für Zusammenhalt sehr schnell Gelder zur Verfügung gestellt würden. Er bitte dazu bereits jetzt um eine mündlich vorgetragene Erläuterung.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) verweist auf die gestiegene Zahl der Flüchtlinge in Berlin. Das Thema sei sehr wichtig, die Personen seien sehr einflussreich, deswegen seien die Mittel dafür zur Verfügung gestellt worden.

Fabio Reinhhardt (PIRATEN) erkundigt sich nach dem konkreten Mittelverwendungszweck. Seien die Mittel als Ersatz der persönlichen Aufwendungen der Mitglieder oder für die Geschäftsstelle, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bzw. für Veranstaltungen o. Ä. vorgesehen?

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) verweist auf die im Haushaltsplanentwurf enthaltene Erläuterung. Die Mittel seien vor allem für die beim Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband angesiedelte Geschäftsstelle des Beirats für Zusammenhalt, für Telefonkosten und für den dort tätigen Mitarbeiter gedacht. Weder Frau Knake-Werner, noch Herr Wieland, Frau Stahmer oder Herr Diepgen erhielten für ihre Tätigkeit Geld oder eine Fahrtkostenerstattung o. Ä.

Fabio Reinhhardt (PIRATEN) schlägt vor, der schriftliche Bericht solle einen Tätigkeitsbericht des Beirats bis zum aktuellen Stand enthalten.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) erwidert, es gebe keinen schriftlichen Tätigkeitsbericht vom Beirat.

Fabio Reinhardt (PIRATEN) bemerkt, er gehe davon aus, dass es, unabhängig davon, ob dem Beirat Mittel zur Verfügung gestellt würden, die Möglichkeit geben werde, den Abgeordneten eine Zusammenfassung der Tätigkeit des Beirats zur Verfügung zu stellen, die über die Aussage hinausgehe, dass die Zahl der Flüchtlinge gestiegen sei. Es sei für alle von Interesse zu erfahren, welche Arbeit der Beirat leiste.

Elke Breitenbach (LINKE) stellt fest, für alle Mitglieder des Ausschusses bestehe die etwas unangenehme Situation, dass der Senator einen Beirat berufen habe, in dem einflussreiche, bekannte und gute Menschen aus den unterschiedlichen Parteien vertreten seien. Für alle bestehe ein bisschen das Dilemma: Alle könnte das von seiner Partei im Beirat jeweils vertretene Mitglied kontaktieren und um Auskunft bitten. Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier hätten ihrer Meinung allerdings das Recht, einen Bericht darüber zu erhalten, was der Beirat – gegen den sich niemand bisher ausgesprochen habe – bislang gemacht habe und aus welchem Grund die Geschäftsstelle wie geschehen ausgestattet worden sei. Die Erstellung eines solchen Berichts sei nicht zu viel verlangt.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) bemerkt, die große Zahl an Anfragen, die es zu dem Thema gebe und deren Beantwortung die Verwaltung und alle, die damit befasst seien, in ihrer eigentlichen Arbeit ein Stück weit auch beeinträchtige, werde um den gewünschten Bericht ergänzt.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält Einvernehmen fest, dass ein Bericht erstellt werde, der auch die nachgereichten Fragen berücksichtige und einen Tätigkeitsbericht des Beirats für Zusammenhalt enthalte.

Titel 68455 – Zuschüsse zur Bildung und Förderung von Stadtteilzentren –

Frage Nr. 76 a, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um Bericht, insbesondere Erläuterung der Fördersystematik und perspektivischer Auskömmlichkeit der Mittel zu 2.

Frage Nr. 76 b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Womit erklärt sich die erneute Steigerung der Zuwendungen im Infrastrukturprogramm Stadtteilzentren? Welche Mehrbedarfe ergeben sich durch den geplanten Erweiterungsvertrag und warum? Wie setzen sich die Mehrbedarfe zusammen und wofür werden die zusätzlichen Mittel verwendet? Ist mit der zurückgegangenen Inanspruchnahme und einer höheren Fördersumme ein neues Aufgabenprofil verbunden, wenn ja, welches?

Wir bitten um eine Aufstellung der geplanten Finanzierung für 2016 und 2017 analog der Gliederung für 2015.

In welchem Verfahren und in welcher Höhe wurde für eine Tarifanpassung der Personalkosten Vorsorge getroffen?

Wie viele Anträge auf Fördermittel wurden für das Jahr 2014 und 2015 im Rahmen des Infrastrukturförderprogramms Stadtteilzentren gestellt? Wie setzt sich die Finan-

zierung der Stadtteilzentren derzeit zusammen (bitte Art der Mittel und jeweilige Höhe)? Wie viele Anträge auf erstmalige Förderung wurden gestellt, wie viele davon wurden genehmigt, wie viele abgelehnt und nach welchen Kriterien erfolgte die Entscheidung?

Frage Nr. 76 c, Fraktion Die Linke

Zu 1: Bericht über Finanzierung, planmäßig Beschäftigte und Laufzeit der 50 Projekte.

Geplant war konzeptionell eine quantitative und eine fachlich-qualitative Erweiterung in Bezug auf Stadtteilzentren. Welche Schritte wurden dafür eingeleitet, und was waren die Ergebnisse? Welche konkreten Maßnahmen wurden in den Jahren 2014/2015 zur interkulturellen Öffnung der Stadtteilzentren durchgeführt – mit welcher finanziellen Untersetzung?

Bericht über den Umsetzungsstand, in allen Regionen ein Stadtteilzentrum zur Verfügung zu stellen. Wie viele und welche Stadtteilzentren wurden in diesem Zusammenhang geschlossen bzw. neu eröffnet? Welche bisher unterfinanzierten Stadtteilzentren wurden in welcher Höhe in 2014/2015 aufgestockt?

Welche Maßnahmen plant der Senat in 2016/2017 zum Ausgleich der infrastrukturellen Mängel in Regionen mit besonderem Handlungsbedarf? Bitte den besonderen Handlungsbedarf jeweils erläutern.

Zu 2: Auflistung der Stadtteilzentren, die 2014/2015 zusätzliche personelle Ressourcen zur Stärkung und Koordination der Willkommenskultur erhalten haben – mit Stundenvolumen und finanzieller Untersetzung. Wie bewertet der Senat die Ergebnisse dieser Arbeit, und welche Schlussfolgerungen zieht er daraus? Welche zusätzlichen Aufgaben umfasst die vorgesehene Koordination, Organisation und Entwicklung von Strukturen der Willkommenskultur?

Auflistung der Stadtteilzentren, die mit dieser Aufgabe zukünftig beauftragt werden – mit Angaben über die Höhe der zusätzlichen Förderung. Nach welchen Kriterien werden diese ausgewählt?

Welche konkreten Maßnahmen plant der Senat zur Umsetzung seines flüchtlingspolitischen Konzepts in den Stadtteilzentren – mit finanzieller Untersetzung?

Frage Nr. 76 d, Piratenfraktion

Zu 2: Bitte die 53 geförderten Projekte in diesem Titel samt finanziellem Zuwendungsbetrag auflisten.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, die Fragen würden schriftlich beantwortet.

**Titel 68492 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus ESF-Mitteln
(Förderperiode 2007-2013) –**

Frage Nr. 77, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Für 2014 waren unter diesem Titel nur Ausgaben von 1.699.000 € veranschlagt. Wie kamen die hier ausgewiesenen Ausgaben von 2.662.642,25 € zustande? Wofür sind die Mittel ausgegeben worden?

Staatssekretär Dirk Gerstle (SenGesSoz) erläutert, andere Verwaltungen hätten ihre ESF-Kontingente nicht wie geplant umgesetzt, sodass Mittel für andere Instrumente freigegeben worden seien. Die Abteilung Soziales der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales habe daraus zusätzliche Kontingentmittel in Höhe von rd. 1,7 Millionen Euro für die Förderperiode 2007 bis 2013 erhalten. Diese seien im Jahr 2014 vorrangig für die ESF-Instrumente Bürgerschaftliches Engagement, Integrationshilfe und Betreuungsdienste, Berufliche Qualifizierung und Integration von Menschen mit Behinderung eingesetzt worden.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

**Titel 68495 (neu) – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus
ESF-Mitteln (Förderperiode 2014-2020) –**

Frage Nr. 78 a, Fraktion von SPD und Fraktion von CDU

Bitte um Darstellung der 2015 geförderten Projekte.

Frage Nr. 78 b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Warum gibt es keine Landesmittel zur Kofinanzierung von Programmen für Menschen mit Behinderungen?

Warum werden die Integrationshilfedienste im Gegensatz zur letzten Förderperiode hier nicht mehr ausgewiesen? Erhalten sie kein Geld mehr oder werden sie nun anders finanziert?

Welche Programme und Maßnahmen werden im Einzelnen im Bereich „Bürgerschaftliches Engagement“ und „Menschen mit Behinderungen“ finanziert? Wie viele Mittel erhalten sie jeweils und für welche Tätigkeiten genau wird es verwendet? Hält der Senat die Mittel für ausreichend oder bedarf es künftig einer Ausgabensteigerung im Bereich „Bürgerschaftliches Engagement“ und „Menschen mit Behinderungen“, um die gesellschaftlichen Bedarfe zu decken?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, die Beantwortung erfolge schriftlich.

Titel 68496 (neu) – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2014-2020) –

Frage Nr. 79, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Hält der Senat eine Finanzierung von insgesamt 1.100.000 € für das Teilprogramm Bürgerschaftliches Engagement (Stadtteilzentren II) im Rahmen des Berliner Programms Zukunftsinitiative Stadtteil für ausreichend und welche inhaltliche Ausrichtung ist mit diesem Programm verbunden?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, der Ausschuss werde einen Bericht erhalten.

Titel 68499 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus Erbschaften –

Frage Nr. 80, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

An welche Einrichtungen wurden die Mittel aus 2014 ausgegeben (über 143.000 €) und welche Tätigkeiten wurden davon finanziert?

Warum werden keine Ausgaben für die nächsten Jahre veranschlagt? Wer entscheidet über die Vergabe der Mittel? Wie konkret ist die Zweckbindung?

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) erläutert, der Fachbereich unterbreite Vorschläge und entscheide gemeinsam mit der Abteilungsleitung darüber, wofür die Mittel vergeben würden. Planbar seien die Ausgaben nicht, da auch die Einnahmen aus Erbschaften nicht planbar seien. – Die besondere Schwierigkeit im Umgang mit Erbschaften liege in der sehr konkreten, starken Zweckbindung, mit der sie von den jeweiligen Erblassern versehen würden. Die Mittel seien beispielsweise zweckgebunden für den Einsatz für alte, pflegebedürftige Berliner Bürger/-innen oder für blinde, sehbehinderte oder gelähmte Menschen, für den Bau eines Altenheims, die Förderung einer Blindenanstalt, den Telebusbetrieb oder für die soziale Seniorenerholung usw. Nicht alle Mittel könnten sogleich verausgabt werden, da der mit der Erbschaft vorgesehene Zweck oder die Bedürftigkeit in dem jeweiligen Bereich nicht immer gegeben sei.

Jasenka Villbrandt (GRÜNE) fragt, für welche Zwecke die Mittel in Höhe von über 143 000 Euro im Jahr 2014 ausgegeben worden seien.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, die Frage werde schriftlich beantwortet.

Titel 89342 – Pauschalförderung nach dem Landesfördergesetz –

Frage Nr. 81, Fraktion Die Linke

Wie ist der Stand der Angebote von Kurzzeit- und Tagespflegeplätzen? Welche Bedarfe gibt es? Wie viele Plätze kommen 2015 hinzu und mit wie vielen wird 2016/2017 gerechnet?

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) erläutert, zum Stand 28. August 2015 existierten 24 Kurzzeitpflegeeinrichtungen mit 471 Plätzen sowie 88 Tagespflegeeinrichtungen mit 1 620 Plätzen. Drei weitere Tagespflegeeinrichtungen würden in den nächsten Monaten eröffnet. Für die Jahre 2016 und 2017 werde die Eröffnung von ca. 20 neuen Kurzzeit- und Tagespflegeeinrichtungen mit durchschnittlich ca. 18 Plätzen erwartet.

Elke Breitenbach (LINKE) bittet um Information, wie viele Plätze die drei weiteren Tagespflegeeinrichtungen böten, die im Jahr 2015 eröffnet würden.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) erwidert, seinen Unterlagen entnehme er die Zahl 216 Plätze; 2015 – 12 neue Einrichtungen mit durchschnittlich jeweils 18 Plätzen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, die Frage sei damit beantwortet.

**Titel 89361 – Zuschuss zur Sanierung des Stadtteilzentrums Pankow,
Schönholzer Straße 10 –**

Frage Nr. 82, Piratenfraktion

Was geschieht/geschah mit dem Restbetrag des Zuschusses in Höhe von 94.551,93 Euro? Bitte erläutern.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) teilt mit, die Frage nach dem o.g. Restbetrag sei nicht nachvollziehbar. Das Parlament habe den Titel im Rahmen der abschließenden Beratung des Haushalts für das Haushaltsjahr 2014 mit einem Ansatz von 400 000 Euro versehen. Es habe Einvernehmen darüber bestanden, dass der Bezirk Pankow für die Umsetzung der Maßnahme verantwortlich sei. Die gesamten Mittel stünden weiterhin im Rahmen einer Resteübertragung am Jahresende 2014 nach 2015 zur Verfügung. Dem Bezirk sei zwischenzeitlich der Zugriff auf die Mittel im Rahmen der auftragsweisen Bewirtschaftung ermöglicht worden.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

**Kapitel 1160 – Landesamt für Gesundheit und Soziales – Leitung der Behörde
und Service –**

Allgemein – LAGeSo, Personal –

Frage Nr. 83, Fraktion Die Linke

Bericht über die geplanten und schon umgesetzten Umstrukturierungen im LAGeSo? Welche Task-Forces und welche Unterstützungsgruppen mit welchen Aufgaben gab es jeweils über welche Zeiträume seit 2014?

Bitte Organigramm mit den Stellenzahlen in den einzelnen Referaten anfügen. Bericht über die geplanten Neueinstellungen und Entfristungen von Arbeitsverhältnissen in den einzelnen Referaten sowie Abordnungen aus welchen anderen Behörden.

Wie viele Mitarbeiter*innen sind derzeit im LAGeSo in der Zentralen Aufnahmeeinrichtung des Landes Berlin für Asylbewerber (ZAA), in der Zentralen Leistungsstelle für Asylbewerber (ZLA), im Sozialdienst, im Bereich „Wohnungsanmietung und Mietübernahme für Asylsuchende“ sowie in der Berliner Unterbringungsstelle (BUL) beschäftigt (jeweils in VZÄ)? Wie viele sollen es in 2016/2017 werden (jeweils in VZÄ)?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass ein Bericht erstellt werde.

Titel 11921 – Rückzahlungen von Zuwendungen –

Frage Nr. 84, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Warum werden für 2016/2017 nur Rückzahlungen in Höhe von 25.000 € erwartet (Ist 2014: 61.458,61 € Ist 30.06.2015: 82.349 €)? Bitte begründen Sie den niedrigen Ansatz.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) führt aus, Grundlage der für die Haushaltjahre 2016 und 2017 vorgenommenen Schätzungen bilde die zu verzeichnende erhöhte Einnahmeentwicklung im Jahr 2014. Dabei seien u. a. einmalige Einnahmesachverhalte zu verzeichnen gewesen, die in den Folgejahren voraussichtlich nicht in gleicher Höhe zu erwarten seien. Zur Anpassung des Einnahmetitels sei daher bereits eine vorsichtige Erhöhung des bisherigen Ansatzes von 5 000 Euro auf künftig 25 000 Euro vorgenommen worden.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

Titel 52601 – Gerichts- und ähnliche Kosten –

Frage Nr. 85, Piratenfraktion

Was sind die Gründe für den außerplanmäßigen Anstieg seit 2013? Bitte erläutern.

Franz Allert (LAGeSo) erläutert, der Anstieg begründe sich insbesondere durch die Erhöhung der Rechtsanwaltsgebühren, die im vierten Quartal 2014 entstanden seien, und zwar aufgrund von Änderungen der Rechtsanwaltsvergütungsordnung. Die durchschnittlich zu erstattenden Gebühren im LAGeSo hätten sich dadurch um 50 bis 110 Euro pro Erstattungsfall erhöht. Dies sei in dem Ansatz des Titels berücksichtigt worden.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, die Frage sei beantwortet.

Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit –

Frage Nr. 86, Fraktion Die Linke

Auflistung der barrierefreien Veröffentlichungen in 2014/2015 – mit finanzieller Untersetzung. Nähere Erläuterung.

Zu 3.: Nähere Erläuterung.

Franz Allert (LAGeSo) berichtet von acht barrierefreien Merkblättern zum Thema Schwerbehinderung, die allerdings nicht zu zusätzlichen Ausgaben führen würden, da sie von Mitarbeitern des LAGeSo erstellt würden. Es seien fünf Flyer in leichter Sprache vorhanden, die im Jahr 2014 Kosten in Höhe von insgesamt 1 239 Euro verursacht hätten. Zu den barrierefreien Veröffentlichungen zähle auch die Audioversion des LAGeSo-Jahresberichts.

Elke Breitenbach (LINKE) vergewissert sich, dass sich die soeben erwähnten barrierefreien Veröffentlichungen auf die Jahre 2014/2015 bezögen. – Zum Flyer in leichter Sprache erbitte sie nähere Erläuterungen.

Franz Allert (LAGeSo) präzisiert, die fünf Flyer in leichter Sprache zum Thema Menschen mit Behinderung hätten eine Auflage von ca. 10 000 Stück.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, die Frage sei damit beantwortet.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Frage Nr. 87, Fraktion Die Linke

Welche externen Dienstleistungen sollen wofür in Anspruch genommen werden – mit finanzieller Untersetzung?

Franz Allert (LAGeSo) führt aus, für das Coaching von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seien 20 Maßnahmen mit jeweils 40 Zeitstunden à 110 Euro kalkuliert. Für das Supervisionsangebot für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seien zehn Maßnahmen mit 20 Zeitstunden à 110 Euro geplant. Des Weiteren zähle auch die für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angebotene Pausengymnastik dazu.

Elke Breitenbach (LINKE) erkundigt sich nach dem aktuellen Ist. Wie erfolge die Auswahl beispielsweise jener 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die das Coaching in Anspruch nähmen?

Franz Allert (LAGeSo) erläutert, es liege eine Reihe von Anträgen oder Hinweisen vor, dass ein Coaching stattfinden solle, insbesondere im Arbeitsbereich Asyl. Derartige Anträge würden aufgenommen. Gerade die Bereiche Coaching und Supervision wolle man verstärken. Momentan lägen noch nicht mehr Anträge vor, als Maßnahmen mit den vorgesehenen Mitteln bewilligt werden könnten. Ob das Angebot insgesamt ausreiche, könne er noch nicht abschätzen. Auch zum Auswahlverfahren könne er noch keine Auskunft geben. Der Ansatz für die Jahre 2016/2017 sei gerade im Hinblick auf zukünftige Maßnahmen gebildet worden. Das aktuelle Ist betrage 88 000 Euro.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, der Titel solle auf Wunsch von Frau Abg. **Elke Breitenbach** (Linke) bis zur zweiten Lesung zurückgestellt werden.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen –

Frage Nr. 88 a, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte Titel anhalten.

Frage Nr. 88 b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wir bitten um eine detaillierte Aufstellung der bisherigen Tätigkeiten und Finanzierung des Auf- und Ausbaus niederschwelliger Betreuungsangebote sowie Modellvorhaben zur Erprobung neuer Versorgungskonzepte und -strukturen für Demenzkranke, geistig Behinderte und psychisch erkrankte Pflegebedürftige, die im Haushalt 2014/2015 unter diesem Titel geführt wurden.

Welche Angebote und Modellvorhaben sind in dieser Haushaltsperiode unter 2. geplant?

Frage Nr. 88 c, Fraktion Die Linke

Zu 2: Auflistung der Angebote und Modelle in 2014/2015 – mit finanzieller Untersetzung. Was ist in 2016/2017 geplant – mit welcher finanziellen Untersetzung? Wer sind die Anbieter und welche vertraglichen Regelungen und Vereinbarungen gibt es bzw. sind geplant?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass ein Bericht erstellt werde.

Kapitel 1162 – Landesamt für Gesundheit und Soziales – Gesundheit –

Titel 51426 – Verbrauchsmittel für medizinische Zwecke –

Frage Nr. 89, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Gibt es außerhalb des Aktionsplans Roma weitere Zielgruppen, für die Impfkosten übernommen werden (z.B. illegalisierte Menschen)? Wie hoch war die Inanspruchnahme in den letzten Jahren und wie wird sie für 2016 und 2017 prognostiziert?

Franz Allert (LAGeSo) führt aus, im Jahr 2013 seien 135 239 Euro, im Jahr 2014 92 809 Euro und bis zum Stand 27. August 2015 27 678 Euro angefallen. Er bitte zu beachten, dass die Mittel dieses Titels den Bezirken zur auftragsweisen Bewirtschaftung zur Verfügung ständen. Der Ansatz von 100 000 Euro werde auf die einzelnen Bezirke aufgegliedert. Dieses Vorgehen sei mit den Bezirken zunächst auch für die Jahre 2016/2017 so vereinbart. Wie die Mittel in Anspruch genommen würden, liege außerhalb des Einflussbereichs des LAGeSo. – Außer der benannten Zielgruppe gebe es momentan keine weiteren Zielgruppen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, die Frage sei damit beantwortet.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Frage Nr. 90, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte Konzept, Bedarfsplanung und Kostenaufstellung für Zentrale Impfstelle am LAGeSo darstellen und erläutern.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass der Ausschuss einen Bericht erhalte.

Kapitel 1164 – Landesamt für Gesundheit und Soziales – Versorgung –

Titel 52601 – Gerichts- und ähnliche Kosten –

Frage Nr. 91, Piratenfraktion

Was sind die Gründe für den außerplanmäßigen Anstieg seit 2013? Bitte erläutern.

Franz Allert (LAGeSo) erklärt, der außerplanmäßige Anstieg der Kosten liege – wie bereits zu Frage lfd. Nr. 85 ausgeführt – in den gestiegenen Rechtsanwaltsgebühren begründet.

Titel 52610 – Gutachten –

Frage Nr. 92 a, Fraktion Die Linke

Wie hat sich die Dauer der Antragsbewilligung eines Schwerbehindertenausweises in den letzten beiden Jahren entwickelt?

Frage Nr. 92 b, Piratenfraktion

Bitte erläutern, um wie viele Betroffene es sich handelt? Wie ist das Verhältnis von Kosten der Gutachten zu aufgewendeten Leistungen? Bitte erläutern.

Elke Breitenbach (LINKE) erklärt, die Frage ihrer Fraktion habe sich erledigt.

Franz Allert (LAGeSo) erläutert, der Titel umfasse nicht die Kosten der klassischen Gutachten, sondern die der sogenannten Hausarztauskünfte. Zu denjenigen, die einen Antrag stellten, würden auch entsprechende Auskünfte eingeholt. Im Jahr 2014 habe es bei rd. 95 500 Anträgen rd. 126 500 Hausarztauskünfte gegeben. Anders ausgedrückt: Pro Fall sei es zu 1,32 Hausarztauskünften gekommen.

Fabio Reinhhardt (PIRATEN) bittet um Darstellung der Fallzahlentwicklung der letzten Jahre.

Franz Allert (LAGeSo) teilt mit, die Zahl sei in den letzten Jahren recht konstant geblieben und habe bei 1,3 - 1,2 Hausarztauskünften pro Fall gelegen. Die Zahl der Hausarztauskünfte sei lediglich abhängig von der Anzahl der Antragsteller insgesamt.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, die Frage sei damit erledigt.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Frage Nr. 93 a, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte Titel anhalten.

Frage Nr. 93 b, Fraktion Die Linke

Zu 1.: Ist eine Neuauusschreibung des Vertrages in 2016 geplant? Wo sind die Kosten für das Vergabeverfahren in 2016 oder 2017 etatisiert? Welche Leistungsänderungen bzw. -ausweitungen sind bei einer neuen Ausschreibung geplant?

Bericht über die Fahrdienstleistungen des Sonderfahrdienstes in 2014 (Entwicklung der Nutzerzahlen, Anzahl der Beschwerden, Einsatz von Treppenhilfen, Anzahl der doppelt besetzten Busse, die in der Regel täglich im Einsatz sind).

Wurde das Angebot, nur Treppenhilfe zu leisten, umgesetzt? Wenn ja, durch wen und welche Erfahrungen gibt es?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, die Fragen würden schriftlich beantwortet. Der Titel werde zur zweiten Lesung zurückgestellt.

Titel 68474 – Taxikostenerstattung im Rahmen des besonderen Fahrdienstes –

Frage Nr. 94 a, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte Titel anhalten.

Frage Nr. 94 b, Piratenfraktion

Was sind die Gründe für die geringere Inanspruchnahme des Taxikontosystems? Bitte erläutern.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, die Fragen würden im Rahmen des schriftlichen Berichts beantwortet.

Kapitel 1166 – Landesamt für Gesundheit und Soziales – Soziales –

Titel 11198 – Ausgleichsabgaben nach dem Sozialgesetzbuch-Neuntes Buch- –

Frage Nr. 95, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Warum rechnet der Senat für 2016 und 2017 jeweils nur mit 27.950.000 € Aufkommen aus der Ausgleichsabgabe, wenn die Zahlen für das laufende Jahr mindestens ein doppelt so hohes Aufkommen erwarten lassen (Ist 30.06.2015: 28.060.345 €)?

Welche Prognose hat der Senat zur zukünftigen Zahl der Unternehmen, die ihrer Verpflichtung zur Beschäftigung von Menschen mit Behinderung nicht nachkom-

men? Mit welcher Einnahmenentwicklung bei der Ausgleichsabgabe rechnet der Senat?

Was unternimmt der Senat dagegen, dass sich die Anzahl der Unternehmen stetig erhöht, die ihrer Verpflichtung zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen nicht nachkommen? Wie hat sich die Zahl dieser Unternehmen in den letzten Jahren entwickelt (Zahlen bitte pro Jahr 2010-2015)?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, der Ausschuss werde einen Bericht erhalten.

Titel 42701 – Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter –

Frage Nr. 96 a, Fraktion Die Linke

Erläuterung der Ansätze für 2016/2017.

Frage Nr. 96 b, Piratenfraktion

Buchstabe a: Bitte die Höhe der Honorare für die unterschiedlichen Leistungen der Sprachmittlerinnen/Sprachmittler und Dolmetscherinnen/Dolmetscher auflisten.

Franz Allert (LAGeSo) erläutert, bei diesem Titel seien insbesondere die Ausgaben für die Sprachmittler/-innen der Zentralen Leistungsstelle für Asylbewerber/-innen und der ZAA in Höhe von rd. 747 000 Euro von Bedeutung. Diese erhielten momentan einen Stundensatz von 13 Euro. Die Honorare für Fremdsprachen- und Gebärdensprachdolmetscher/-innen beliefen sich auf 5 000 Euro. Den Bezirken stehe ein Ansatz in Höhe von 17 500 Euro zur auftragsweisen Bewirtschaftung für Honorare im Zusammenhang mit der Eingliederung von Spätausiedlern zur Verfügung. Bei dem derzeitigen Aufkommen von Flüchtlingen sei sicherlich damit zu rechnen, dass sich der Titel noch entsprechend entwickeln werde und entwickeln müsse. Das ist liege bereits deutlich über dem Ansatz.

Elke Breitenbach (LINKE) erkundigt sich, ob Herr Allert den Titel für auskömmlich halte bzw. ob er seiner Meinung nach noch einmal aufgestockt werden sollte. Sie halte ihn nicht für auskömmlich.

Franz Allert (LAGeSo) weist darauf hin, dass der Titel nicht in der Maßnahmegruppe 02 – Leistungen an Asylbewerber/-innen – enthalten sei, jedoch einen Bezug dazu aufweise. Aufgrund der Entwicklungen im Asylbereich sei auch dieser Titel, wie alle Titel in diesem Bereich, nicht mehr ganz aktuell; sie müssten sicherlich alle verstärkt werden.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass der Titel auf Wunsch der Fraktion Die Linke zur zweiten Lesung zurückgestellt werden solle.

Titel 67122 – Ersatz von Ausgaben an Wohnungsbaugesellschaften –

Frage Nr. 97 a, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Was tut der Senat, um das „Geschützte Marktsegment“ (GMS) auszubauen und mit wie viel neuen Wohnungen rechnet der Senat jeweils 2016 und 2017? Wie werden

die unterschiedlichen Zielgruppen des GMS bedient? Welche Gespräche finden hierzu mit wem statt? Welche Konditionen im Kooperationsvertrag sollen dafür geändert werden?

Wie viel neue Wohnungen wird die ggf. durch das Mietenvolksbegehren geplante Aufstockung der Wohnraumversorgung von besonderen Bedarfsgruppen durch die landeseigenen Wohnungsunternehmen (20% der 55%-WBS-Vergaben) für das GMS jährlich bringen?

Frage Nr. 97 b, Fraktion Die Linke

Bericht über die Entwicklung des Geschützten Marktsegmentes in den letzten zwei Jahren. Wie viele Wohnungslose und von Wohnungslosigkeit Bedrohte konnten in entsprechenden Wohnungen untergebracht werden (Auflistung nach Männern und Frauen)? Konnte der Bedarf gedeckt werden? Wie und bis wann will der Senat die Anzahl der Wohnungen im Geschützten Marksegment erhöhen?

Wie viele geflüchtete Menschen konnten jeweils in 2014/2015 in Wohnungen untergebracht werden? Welche Maßnahmen hat der Senat in 2015 eingeleitet, um den Kooperationsvertrag „Wohnungen für Flüchtlinge“ mit dem Ziel, die vereinbarte Anzahl der Wohnungen zu erhöhen, zu verändern bzw. auszuweiten? Welche konkreten Maßnahmen plant der Senat in 2016/2017, um ausreichend Wohnungen für Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen?

Welche Maßnahmen plant der Senat, um die Vereinbarung mit der Initiative für einen Mietenvolksentscheid umzusetzen, wonach die landeseigenen Wohnungsgesellschaften jährlich zehn Prozent aller neuvermieteten Wohnungen an Menschen mit geringem Einkommen und Flüchtlinge vermieten sollen? Wie will er gewährleisten, dass mehr geflüchtete Menschen in Wohnungen leben können – wie es im flüchtlingspolitischen Konzept des Senats vorgesehen ist?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, der Ausschuss erhalte einen Bericht.

**Titel 68138 – Kapitalentschädigungen nach dem strafrechtlichen
Rehabilitierungsgesetz –**

Frage Nr. 98, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um einen aktuellen Sachstandsbericht.

Wie viele Anträge wurden 2014 und 2015 gestellt, wie viele bewilligt und wie viele abgelehnt, welche Anzahl wird für 2016 und 2017 prognostiziert?

Wie will der Senat Entschädigungen zahlen, wenn ggf. zukünftig auch ehemalige Heimkinder aus Einrichtungen der Behindertenhilfe und Psychiatrie Anspruch auf Entschädigungen haben?

Franz Allert (LAGeSo) führt aus, im Jahr 2014 seien 176 Antragseingänge zu verzeichnen gewesen. 134 Anträge seien positiv, 33 negativ beschieden worden; sonstige: 26. Die Summe

dieser Zahlen liege über den genannten 176 Eingängen des Jahres 2014, was mit der jahresübergreifenden Betrachtung zusammenhänge. Bis Ende Juli 2015 seien 101 Eingänge zu verzeichnen gewesen. Wie in den Erläuterungen zum Titel dargestellt, würden für die Jahre 2016/2017 130 Erstanträge und 10 Nachzahlungsanträge prognostiziert. Die Entwicklung aus den vergangenen Jahren sei leicht rückläufig; dies sei entsprechend berücksichtigt worden.

Für die Entschädigung ehemaliger Heimkinder müsse die Voraussetzung vorliegen, dass diese vom Landgericht Berlin strafrechtlich rehabilitiert worden seien, d. h. die Heimeinweisung müsse auch aus politischen Gründen erfolgt sein. Bisher lägen nur wenige Anzeichen dafür vor, dass dies eine größere Anzahl umfasse. Sollte die Zahl der Betroffenen gering ausfallen, könnte die Leistung mit den vorhandenen Mitteln erfolgen. Andernfalls müsse der Titel verstärkt werden.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, die Frage sei damit beantwortet.

Titel 54098 – Schulungs-, Bildungs- und Aufklärungsmaßnahmen aus der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch-Neuntes Buch –

Frage Nr. 99 a, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wir bitten um Aufstellung der Ausgaben in 2014 und 2015 für die jeweils genannten Kostenpunkte. Wie setzen sich die Ausgaben innerhalb der Kostenpunkte zusammen? An welche Zielgruppen richten sich die Maßnahmen?

Frage Nr. 99 b, Fraktion Die Linke

Wofür wurden die Mittel in 2014/2015 konkret verwendet – mit welcher finanziellen Untersetzung? Erläuterung der geplanten Maßnahmen in 2016/2017.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) berichtet, die Schulungs-, Bildungs- und Aufklärungsmaßnahmen richteten sich an Schwerbehindertenvertretungen, Betriebs- und Personalräte, an Beauftragte der Arbeitgeber sowie an sonstige Funktionsträger. Die Kosten für die Aufklärungsmaßnahmen – Schulungen, Broschüren, Flyer, Infoblätter einschließlich Versand – hätten in beiden Jahren rd. 45 000 Euro ausgemacht. Für Fortbildung seien 8 000 Euro, für den Inklusionspreis 45 000 Euro, für Aufklärungsmaßnahmen zur Förderung der Inklusion 40 000 Euro angefallen. Diese Ausgaben seien in beiden Jahren in den Gruppen ungefähr identisch: 137 000 Euro im Jahr 2014 bzw. 122 000 Euro im Jahr 2015.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, die Fragen seien damit beantwortet.

Titel 67198 – Kostenersatz aus der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch-Neuntes Buch –

Frage Nr. 100 a, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Die Integrationsfachdienste leisten berufsbegleitende psychosoziale Betreuung schwerbehinderter Menschen im Arbeitsleben und übernehmen damit eine Schlüsselfunktion bei der Inklusion in den Arbeitsmarkt, die schon durch die UN-BRK geboten ist. Noch im letzten Haushalt wurde dieses Angebot qualitativ und quantitativ

ausgebaut, die Mittel um knapp 800.000 € aufgestockt. Nun findet mit der Kürzung um über 1 Mio. € eine absolute Kehrtwende statt. Wie soll unter diesen Umständen die Inklusion in den Arbeitsmarkt in Berlin gewährleistet werden? Misst der Senat dem Bereich weniger Bedeutung bei? Wie sieht er diese Entwicklung im Einklang mit der UN-BRK?

Hierzu Fragen im Einzelnen:

Job-to-Job: Inwiefern konnten keine ausreichenden Erfolge für die Weiterbeschäftigung gekündigter schwerbehinderter Menschen aufgezeigt werden? Wie viele Kündigungen konnten nicht abgewendet werden und wie war die Entwicklung dieser Zahlen in den Jahren 2010-2015? Was bedeutet es in Zahlen, dass keine ausreichende Nachfrage von ArbeitgeberInnen nach Beratung zur Beschäftigung von ArbeitnehmerInnen mit besonders einstellungshemmenden Behinderungsarten registriert werden konnte? Wie viele Anfragen würden nach Einschätzung des Senats die Aufrechterhaltung des Angebots rechtfertigen? Wie viele Nachfragen hat es jährlich 2010-2015 gegeben?

Job-Coaching: Ist der Fortbestand des Angebotes gesichert, auch wenn die Finanzierung nicht mehr über die Ausgleichsabgabe, sondern über die Rehatträger läuft?

Berufsbegleitung bei unterstützter Beschäftigung: Ab wie vielen Fallzahlen wäre eine Bereitstellung gesondert finanziert Stellen nach Ansicht des Senats gerechtferligt? Wie viele Fallzahlen gab es tatsächlich jährlich 2010-2015?

Frage Nr. 100 b, Fraktion Die Linke

Warum sind die testweise qualitativen und quantitativen Ausweitungen der Aufgaben der Integrationsfachdienste überwiegend gescheitert?

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) kündigt an, die Fragen würden schriftlich beantwortet.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass der Ausschuss einen Bericht erhalte.

Titel 68198 – Leistungen aus der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch-Neuntes Buch- –

Frage Nr. 101, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie haben sich die Antragszahlen zu Leistungen zur begleitenden Hilfe im Arbeitsleben und auf Übernahme der Kosten einer notwendigen Arbeitsassistenz bisher entwickelt (bitte jährliche Antragszahlen 2010-2015)?

Warum werden für 2016 und 2017 jeweils nur 3.900.000 € veranschlagt, wenn bereits für dieses Jahr ein weitaus höherer Bedarf absehbar ist (Ist 30.06.2015: 2.293.128 €)? Mit welchen Antragszahlen und Ausgaben rechnet der Senat in den kommenden Jahren?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, die Beantwortung erfolge schriftlich.

Titel 68398 – Leistungen an private Unternehmen aus der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch-Neuntes Buch- –

Frage Nr. 102 a, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie hat sich die Zahl der Anträge entwickelt (jährlich 2010-2015)? Inwiefern ist die verstärkte Abgabe von Anträgen an vorrangige Träger der Rehabilitation in Zahlen nachweisbar?

Kann der momentane und künftige Bedarf an Leistungen an private Arbeitgeber noch gedeckt werden, wenn SchwoB ausläuft und wie vorgesehen für 2016/2017 weniger Mittel veranschlagt werden?

Welche Maßnahmen ergreift der Senat, um das Auslaufen von SchwoB zu kompensieren? Mit welchem Bedarf an Leistungen an private Unternehmen rechnet der Senat für die nächsten Jahre? Was unternimmt er, um diesem Bedarf gerecht zu werden? Ist eine Verringerung der Mittel vertretbar?

Frage Nr. 102 b, Fraktion Die Linke

Bericht über die Umsetzung der Initiative Inklusion. Welche Maßnahmen sind in 2016/2017 geplant? Warum geht die Einrichtung von behindertengerechten Ausbildung- und Arbeitsplätzen zurück?

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) erklärt, die Fragen würden schriftlich beantwortet.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, auf Wunsch der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt. Der Ausschuss erhalte einen Bericht.

Titel 69198 – Abführung an den Ausgleichsfonds nach dem Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch- –

Frage Nr. 103, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um Erläuterung, insbesondere Darstellung kompensatorischer Maßnahmen nach Auslaufen der Schwerbehinderten-Joboffensive (SchwoB).

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, auf Wunsch der SPD-Fraktion solle die Beantwortung in Form eines Berichts erfolgen.

Titel 89198 – Leistungen für Investitionen an öffentliche Unternehmen aus der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch- –

Frage Nr. 104, Piratenfraktion

Um welche kostenintensiven Einzelfälle handelt es sich in Bezug auf das Jahr 2014 genau? Warum waren sie besonders kostenintensiv? Warum wird für 2016 und 2017 nicht mehr mit solchen Einzelfällen gerechnet? Bitte erläutern.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) führt aus, bei den kostenintensiven Einzelfällen handele es sich um folgende Vorgänge – erstens: Gewährung eines anteiligen Zuschusses zur behindertengerechten Einrichtung von fünf Arbeitsplätzen nach § 26 Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung – SchwAV – in Höhe von 150 000 Euro. Dabei habe es sich um den Einbau einer automatischen Toröffnungsanlage zum Zweck des behindertengerechten Zugangs zum Verwaltungsgebäude der Berliner Wasserbetriebe gehandelt. – Zweitens: Gewährung eines anteiligen Zuschusses in Höhe von 24 000 Euro im Rahmen einer Einrichtung eines behindertengerechten Arbeitsplatzes zur Finanzierung des Einbaus eines Schrägaufzuges für einen schwerbehinderten Menschen beim Bundesamt für Strahlenschutz. – Drittens: Gewährung eines anteiligen Zuschusses in Höhe von 34 847,77 Euro zur Finanzierung eines behindertengerecht ausgestatteten Arbeitsplatzes für einen blinden Mitarbeiter des Bundeskanzleramtes. Die Blindentechnik gelte aufgrund ihrer Spezifik als besonders kostenintensiv. Alle drei genannten Maßnahmen seien vom technischen Beratungsdienst des Integrationsamtes geprüft worden; die Kosten seien marktüblich.

Da die Finanzierung des Sonderprogramms SchwoB 2010 über den Titel 891 98 auslaufe, gehe man davon aus, dass ein geringerer Finanzierungsbedarf bestehe.

Die Ausgaben für die Jahre 2016/2017 seien nicht steuerbar, da sie ausschließlich antragsabhängig seien. Sollten tatsächlich höhere Ausgaben anfallen, sei innerhalb der MG 01 die Möglichkeit der Deckung gegeben.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, die Fragen seien damit beantwortet.

Titel 89398 – Leistungen an schwerbehinderte Menschen aus der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch- –

Frage Nr. 105, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Warum ist für 2016/2017 – im Gegensatz zu den Vorjahren – keine Finanzierung von Modellvorhaben geplant? Warum sind für Leistungen an schwerbehinderte Menschen 125.000 € weniger eingeplant als in den Vorjahren? Geht der Senat von einem geringeren Bedarf aus? Wenn ja, auf welchen Zahlen beruht diese Annahme? Wenn nein, müssen die Menschen mit Behinderung dann mit weniger Unterstützung auskommen?

Franz Allert (LAGeSo) teilt mit, bislang lägen keine Anträge auf ein Modellvorhaben vor. Es seien auch keine entsprechenden Vorhaben angekündigt worden; insofern sei dies in der Planung auch nicht berücksichtigt worden. – Die Ist-Ausgaben des Jahres 2014 hätten bei den übrigen Leistungen unter 500 000 Euro gelegen, sodass dieser Ansatz als ausreichend erscheine. Wie auch bei einigen anderen Titeln bestehe hier ein Zusammenhang damit, dass zunächst andere Reha-Träger vorrangig Leistungen erbrächten.

Jasenka Villbrandt (GRÜNE) erkundigt sich, ob die bis zum Jahr 2015 vorgesehene Unternehmensberatung Inklusion, die etwa 90 Betriebe beraten bzw. betreut habe, fortgeführt werde.

Franz Allert (LAGeSo) bestätigt, dass eine weitere Betreuung vorgesehen sei. Im Zusammenhang mit den Integrationsfachdiensten werde diese als Sondertatbestand mit einem Umfang von drei Stellen fortgeführt.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, die Frage sei damit beantwortet.

Titel 91998 – Zuführung an die Rücklage der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch-Neuntes Buch- –

Frage Nr. 106, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wieso wird für das Jahr 2016 nur eine Zuführung von 728.000 € und für 2017 nur 1.025.000 € geplant (Ist 30.06.2015: 19.000.000 €). Oder handelt es sich bei der Ist-Angabe in diesem Titel um die Höhe der Rücklage der Ausgleichsabgabe?

Franz Allert (LAGeSo) erläutert, im Jahr 2013 sei eine Entnahme aus der Rücklage in Höhe von 7,5 Millionen Euro und im Jahr 2014 in Höhe von 5,3 Millionen Euro erfolgt. Im Jahr 2015 werde die Entnahme aus der Rücklage voraussichtlich 2,1 Millionen Euro betragen. Die im Haushaltsplan ersichtliche hohe Summe sei auf das Bruttoprinzip zurückzuführen. Sie komme zustande, weil alle Mittel, die eingingen, aber nicht benötigt würden, sofort in die Rücklage abgeführt würden, weil sie dort angelegt würden. Am Jahresende sei ersichtlich, wie viel tatsächlich entnommen oder zugeführt worden sei. Bisher habe in jedem Jahr eine Entnahme stattfinden müssen. Dadurch sei der hohe Stand der Rücklage abgebaut worden. Um die Liquidität in den ersten Monaten zu sichern, gelte es nunmehr, die Rücklage bei 10 Millionen Euro bzw. etwas mehr zu halten. Hier werde ein kleiner Aufbau der Rücklage benötigt; aus diesem Grunde seien in den Jahren 2016 und 2017 leichte Zuführungen geplant.

Jasenka Villbrandt (GRÜNE) erinnert daran, dass schon beschlossen worden sei, dass dazu eine Auflistung erfolgen solle. – Der Titel solle zur zweiten Lesung zurückgestellt werden.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, der Titel werde zur zweiten Lesung zurückgestellt.

MG-02 – Allgemein

Frage Nr. 107 a, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um Bericht: Der Haushaltsplan 2016/17 berücksichtigt in der Maßnahmegruppe 02 im Kapitel 1166 einen Zuwachs für Leistungen an und die Unterbringung von Asylbegehrenden. Inwieweit hat die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales bei der Aufstellung des Haushaltsplans 2016/17 die aktuelle Entwicklung der weiter steigenden Zugangszahlen von Asylbegehrenden berücksichtigt?

Was ist erforderlich, um die Gesamtsituation auf dem Gelände des LAGeSo zu entspannen und humanitäre Grundsätze einzuhalten?

Frage Nr. 107 b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wird der Senat diese Ausgabenposten nach der jüngst veröffentlichten neuen Prognose, wonach in Berlin bis zu doppelt so viele Flüchtlinge als vermutet zu erwarten sind, anpassen oder das System weiter auf Verschleiß fahren und auf temporäre, aber kostenintensive Lösungen setzen? Wenn ja, wann und wie konkret?

Wann wird es in Berlin eine elektronische Versichertenkarte für Flüchtlinge geben und welche Kosten erwartet der Senat, wo sind diese etatisiert und wie ist das Aus schreibungsverfahren vorgesehen?

Frage Nr. 107 c, Fraktion Die Linke

Warum orientiert sich der Senat bei der Bedarfsberechnung der Ansätze an der Entwicklung „bis Anfang 2015“, wenn schon jetzt alle Prognosen von einer weiterhin steigenden Zahl von Asylsuchenden ausgehen?

An welcher konkreten Zahl an zu betreuenden Asylsuchenden orientieren sich die Ansätze im Haushaltsplanentwurf 2016/2017?

Aus welchen Titeln wird die – bislang unzureichende – Notfallversorgung (ärztliche Versorgung, Verpflegung etc.) auf dem LAGeSo-Gelände finanziert?

Aus welchen Titeln wurden bisher bzw. werden in Zukunft Transport- und Aufbau kosten von Feldbetten/Liegen u.ä. in provisorischen Notunterkünften wie Stadtteilzentren etc. gezahlt?

Frage Nr. 107 d, Piratenfraktion

Warum orientiert sich der Senat bei der Bedarfsberechnung der Ansätze an der Entwicklung bis Anfang 2015, wenn er schon jetzt weiß, dass bereits die aktuellen Zahlen weit über den von Anfang 2015 prognostizierten Fallzahlen liegen? Bitte erläutern.

in Verbindung mit

Einzelplan 11 – Gesundheit und Soziales (allgemein/kapitelübergreifend)
Thema: Geflüchtete Menschen

Frage Nr. 27 a, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um eine einzelplanübergreifende Übersicht, in welchen Bereichen welche Leistungen für Geflüchtete (insbesondere zu den Bau- und Instandhaltungskosten von Unterkünften) etatisiert sind (jeweils mit Titel etc. und geplanten Maßnahmen) und um die Übermittlung des aktuellen Standes der Konzeption zur Versorgung von Geflüchteten einschließlich einer Kostenabschätzung.

Bitte um Darstellung welche Maßnahmen konkret in 2014/15 vom Bund übernommen wurden und welche bereits zugesagt bzw. geplant vom Bund erwartet werden.

Frage Nr. 27 b, Piratenfraktion

Welche Fallzahlen sind den Ansätzen 2016/2017 an unterzubringenden Asylsuchenden zugrunde gelegt? Wie viele zusätzliche Unterbringungsplätze sind für 2016/2017 geplant? Bitte erläutern.

in Verbindung mit

Einzelplan 11 – Gesundheit und Soziales (allgemein/kapitelübergreifend)
Thema: Gesundheitschipkarte für AsylbLG-Berechtigte

Frage Nr. 32 a, Fraktion Die Linke

Bis wann soll die Gesundheitschipkarte für AsylbLG-Berechtigte eingeführt werden? Mit welchen haushaltsmäßigen Auswirkungen rechnet der Senat und in welchen Kapiteln und Titeln sind die entsprechenden Mittel eingestellt?

Frage Nr. 32 b, Piratenfraktion

Wie und über welche Titel will der Senat sicherstellen, dass die für ab dem vierten Quartal 2015 angekündigte Gesundheitskarte für Asylbewerber*innen auskömmlich finanziert ist?

Elke Breitenbach (LINKE) kündigt an, ihre Fraktion werde zu diesem Komplex noch eine weitere Frage schriftlich einreichen – s. Beschlussprotokoll.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers schlägt vor, der gesamte Themenkomplex bis einschließlich Frage lfd. Nr. 133 solle schriftlich beantwortet werden.

Titel 51701 (neu) – Bewirtschaftungsausgaben –

Frage Nr. 108, Fraktion Die Linke

Wie hoch waren die Betriebs- und Nebenkosten für von Dritten angemietete Objekte in 2014/2015 (nach Objekt aufgeschlüsselt)? In welchem Titel waren die Ausgaben bisher etatisiert bzw. aus welchem Titel wurden sie finanziert?

Fabio Reinhardt (PIRATEN) äußert, bei neu eingerichteten Titeln interessiere ihn die Haushaltssystematik: Warum habe es zu den jeweiligen Bereichen bisher keine Notwendigkeit eines Titels gegeben? Bei welchen Titeln seien die Kosten bisher veranschlagt worden? Er begrüße, dass über komplexe Sachverhalte schriftlich berichtet werden solle. Dennoch bitte er um eine kurze mündliche Antwort zu seiner Frage, wo die Ausgaben bislang etatisiert worden seien.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) erwidert, es handele es sich um den in Zahlen, Titel und Kapitel gegossenen Paradigmenwechsel. – [Zuruf Fabio Reinhardt (PIRATEN)] – Das Land habe früher keine Immobilien angemietet. Die Finanzierung sei über Tagessätze erfolgt, bzw. die Betreiber von Einrichtungen hätten einmalige Zuschüsse für nutzerspezifische Umbauten oder Ähnliches erhalten. Die Situation sei nunmehr eine andere, insofern seien Titel bei-

spielsweise für die Anmietung, den Umbau und den Betrieb der Immobilien neu hinzukommen.

In der Vergangenheit diesbezüglich getätigte Ausgaben seien bei Titel 67159 – Unterbringung als Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGB XII und AsylbLG – und den dortigen Unterkonten wie Mieten für Notunterkünfte, Herrichtung von Gemeinschaftsunterkünften etc. veranschlagt worden. Diese Unterkonten würden so nicht mehr ausgeführt. Die Maßnahmen seien nunmehr den einzelnen Titeln zugeordnet, was im Übrigen das Maß an Transparenz erhöhe.

Elke Breitenbach (LINKE) bittet um zwei gesonderte Berichte. Ein Bericht solle zu den Fragen erstellt werden, die im Zusammenhang mit der Unterbringung von Asylbewerbern gestellt worden seien, ein weiterer Bericht solle die Fragen aufgreifen, die sich mit dem Komplex nichtstationäre/stationäre Krankenhilfe, Hilfe bei Schwanger- und Mutterschaft etc. befassten.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) sagt zu, einen Bericht zum Themenkomplex Unterbringung und Unterbringungskosten und einen weiteren Bericht zur gesundheitlichen Versorgung und allen damit in Zusammenhang stehenden Aufgaben und Leistungen erstellen zu lassen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, die Fragen lfd. Nrn. 27 a und 27 b, 32 a und 32 b sowie die Fragen lfd. Nr. 107 bis einschließlich lfd. Nr. 133 würden im Rahmen zweier Berichte beantwortet.

Titel 51715 (neu) – Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements –

Frage Nr. 109, Fraktion Die Linke

Auflistung der Betriebs- und Nebenkosten für die von der BIM angemieteten Objekte in 2014/2015 (nach Objekt aufgeschlüsselt)? In welchem Titel waren die Ausgaben bisher etatisiert bzw. aus welchem Titel wurden sie finanziert?

Titel 51820 (neu) – Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management –

Frage Nr. 110, Fraktion Die Linke

Auflistung der Nettokaltmiete für die von der BIM angemieteten Objekte in 2014/2015 (nach Objekt aufgeschlüsselt)? In welchem Titel waren sie etatisiert bzw. aus welchem Titel wurden sie bisher finanziert?

Titel 51900 (neu) – Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen –

Frage Nr. 111, Fraktion Die Linke

Wie hoch waren die Ausgaben in 2014/2015 für die Herrichtung in von Dritten angemieteten Objekten (nach Objekt aufgeschlüsselt)? In welchem Titel waren sie etatisiert bzw. aus welchem Titel wurden sie bisher finanziert? Nach welchen Kriterien erfolgt die Finanzierung? Sind die Kosten für einen eventuellen Abriss der Gemein-

schaftsunterkunft in der Haarlemer Str./Neue Späthstr. einkalkuliert? Wenn ja, in welcher Höhe?

Titel 51925 (neu) – Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements –

Frage Nr. 112, Fraktion Die Linke

Was ist unter nutzerspezifischen Nebenkosten für die Herrichtung von Unterkunftsplätzen für Asylsuchende zu verstehen? Wie hoch waren diese Ausgaben in 2014/2015 (nach Objekt aufgeschlüsselt)? In welchem Titel waren sie etatisiert bzw. aus welchem Titel wurden sie bisher finanziert? Nach welchen Kriterien erfolgt die Finanzierung nutzerspezifischer Nebenkosten für die Herrichtung von Unterkunftsplätzen für Asylsuchende?

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Frage Nr. 113 a, Fraktion Die Linke

Zu 7.: Wie viele Asylsuchende konnten 2014 und 2015 in Wohnungen vermittelt werden – wie viele wurden davon vom EJF vermittelt? Wie hoch waren/sind die Kosten für das EJF in den Jahren 2014 und 2015, aus welchem Titel wurden/werden diese in 2014 und 2015 geleistet, und wie erfolgte in 2014 und 2015 die Finanzierung der Arbeit des EJF?

Wann wurde der Geschäftsbesorgungsvertrag ausgeschrieben? Geschäftsbesorgungsvertrag für 2014/2015 beifügen.

Wie viele Mitarbeiter*innen sind in der EJF-Beratungsstelle im LAGeSo beschäftigt (in VZÄ)? Wie viele sollen es in 2016/2017 werden (in VZÄ)?

Auf welcher Grundlage soll zukünftig die Wohnungsvermittlung „unter Beachtung der Bleibeperspektive“ erfolgen?

Welche Maßnahmen/Konzept zur Verbesserung der Wohnraumvermittlung plant der Senat in 2016/2017?

Frage Nr. 113 b, Piratenfraktion

Zu Teilansatz 7 – Bitte um Berichterstattung:

1. Welche Fallzahlen sind der Bedarfsberechnung zugrunde gelegt?
2. Wie viele Personen sollen von den Beratungs- und Vermittlungstätigkeiten profitieren?
3. Erhält der Träger zusätzliche Räumlichkeiten und mehr Personal? Wenn ja, wie viel und wann?

Titel 63615 – Nichtstationäre Krankenhilfe –

Frage Nr. 114 a, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um Bericht zum Stand und möglichem Mehraufwand bei der Einführung einer Versicherten-Chipkarte für Asylbewerber/innen.

Frage Nr. 114 b, Fraktion Die Linke

Wie haben sich die Fallzahlen und die Kosten seit 2013 entwickelt? Wie lange ist die durchschnittliche Bearbeitungszeit der Anträge auf ärztliche Behandlung und wie lange die auf Heil- und Hilfsmittel in den Jahren seit 2013?

Wie viele Anträge wurden in den Jahren seit 2013 gestellt und wie viele wurden bewilligt? Wie hat sich die durchschnittliche Bearbeitungszeit der Anträge auf Krankenhilfeleistungen in den Jahren seit 2013 entwickelt?

Bitte Unterkonten für diesen Titel aufschlüsseln.

Titel 63625 – Stationäre Krankenhilfe –

Frage Nr. 115, Fraktion Die Linke

Wie haben sich die Fallzahlen und die Kosten in den Jahren seit 2013 entwickelt?

Titel 63635 – Sonstige Krankenhilfeleistungen –

Frage Nr. 116, Fraktion Die Linke

Wie haben sich die Fallzahlen und die Kosten in den Jahren seit 2013 entwickelt? Wie hat sich die durchschnittliche Bearbeitungszeit der Anträge auf Krankenhilfeleistungen in den Jahren seit 2013 entwickelt? Wie viele Anträge wurden in den Jahren seit 2013 gestellt und wie viele wurden bewilligt?

Titel 63655 – Hilfe bei Schwanger- und Mutterschaft –

Frage Nr. 117 a, Fraktion Die Linke

Wie haben sich die Fallzahlen und die Kosten in den Jahren seit 2013 entwickelt?

Frage Nr. 117 b, Piratenfraktion

Der Ansatz erscheint aufgrund der steigenden Fallzahlen zu niedrig. Warum sollen die Ausgaben gesenkt werden? Bitte um Begründung des niedrigen Ansatzes. Was ist das IST für 2014? Wie viele Anträge auf Hilfe bei Schwanger- und Mutterschaft sind in 2014 und 2015 jeweils gestellt und positiv bewilligt wurden? Bitte erläutern.

Titel 67116 – Stationäre Hilfe zur Pflege nach SGB XII und AsylbLG –

Frage Nr. 118 a, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Die Ansätze sind trotz erhöhten Bedarfs nicht erhöht worden, warum nicht? Sieht der Senat den Bedarf als gedeckt an?

Frage Nr. 118 b, Fraktion Die Linke

Wie haben sich die Fallzahlen und die Kosten in den Jahren seit 2013 entwickelt?

Titel 67124 – Nichtstationäre Krankenhilfe nach SGB XII und AsylbLG –

Frage Nr. 119, Fraktion Die Linke

Wie haben sich die Fallzahlen, die Kosten und die durchschnittlichen Einzelfallkosten in den Jahren seit 2013 entwickelt?

Titel 67126 – Eingliederungshilfe für behinderte Menschen nach SGB XII und AsylbLG –

Frage Nr. 120 a, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Die Ansätze sind trotz erhöhten Bedarfs nicht erhöht worden, warum nicht? Sieht der Senat den Bedarf als gedeckt an?

Frage Nr. 120 b, Fraktion Die Linke

Wie haben sich die Fallzahlen und die Kosten in den Jahren seit 2013 entwickelt? Wie viele Anträge wurden in den Jahren seit 2013 insgesamt gestellt und wie viele wurden bewilligt? Wie viele davon waren für Kinder und Jugendliche? Wie ist das Verfahren zur Feststellung einer Behinderung bei der Erstaufnahme?

Titel 67150 – Bestattungen nach dem SGB XII und AsylbLG –

Frage Nr. 121, Fraktion Die Linke

Wie viele „Sozialbestattungen“ gab es in den Jahren seit 2013? Welchen Betrag zahlt das LAGeSo maximal für eine „Sozialbestattung“? Trägt das LAGeSo auch die Kosten für die Überführung des Leichnams in das Herkunftsland? Bis zu welchen Betrag beteiligt sich das LAGeSo daran?

Titel 67159 – Unterbringung als Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGB XII und AsylbLG –

Frage Nr. 122 a, Fraktion Die Linke

Bericht über die Entwicklung der Anzahl der Plätze in Erstaufnahmeeinrichtungen, Notunterkünften und Gemeinschaftsunterkünften in 2014/2015 sowie der Kosten.

Wie viele Angebote für Immobilien hat der Senat zur Unterbringung von Flüchtlingen jeweils in den Jahren 2013/2014/2015 erhalten? Wie viele von ihnen wurden abschließend geprüft?

Welche konkreten Maßnahmen plant der Senat, um den angekündigten „Paradigmenwechsel“ umzusetzen und um ausreichend Plätze in Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften für Asylsuchende zur Verfügung zu stellen? Geht damit der Abbau der Notunterkünfte einher?

Welche landeseigenen Immobilien sollen bis wann in Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünfte ausgebaut werden – mit finanzieller Untersetzung? In welcher Größenordnung will der Senat ein Sockelportfolio an Unterkunftsplätzen in landeseigenen Immobilien jeweils zum Jahresende 2015/2016/2017 vorhalten?

Bericht über den Stand der Personalprüfungen 2014 und 2015 bei Heimbetreibern (vgl. Drs. 17/16441)? Welche Rückforderungen ergeben sich daraus bei welchen Heimbetreibern? Gegen welche Heimbetreiber wurde seit 2013 Vertragsstrafen verhängt und was ist jeweils der Stand?

In welchem Titel werden die Einnahmen durch Einbehalte, Rückforderungen und Rückzahlungen infolge von Vertragsstrafen gebucht? Welche Titel verbergen sich hinter der Sammelbezeichnung „Ausgaben für Unterbringung nach AsylbLG“ (Rote Nummer 17/1455 D)?

Bitte Darstellung der „Ausgaben für Unterbringung nach AsylbLG“ nach Titeln aufgeschlüsselt für die Jahre seit 2010.

Bitte Unterkonten für diesen Titel aufschlüsseln.

Frage Nr. 122 b, Piratenfraktion

Bitte einzelplanübergreifend die Gesamtausgaben für die Unterbringung als Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGB XII und AsylbLG für die Jahre 2014 und 2015 nach Art der Unterbringung (Erstaufnahmeeinrichtung, Gemeinschaftsunterkunft, Notunterkunft und Unterbringung in Hostel- und Pensionsbetrieben) aufschlüsseln.

Wie viele Asylsuchende sind mit Stand 27.08.2015 im Land Berlin untergebracht? Bitte aufschlüsseln nach Erstaufnahmeeinrichtung, Gemeinschaftsunterkunft, Notunterkunft.

Wie viele Personen haben mit Stand 27.08.2015 eine Kostenübernahme für ein Hostel oder eine Pension erhalten und wie viele sind tatsächlich untergebracht?

Titel 68107 – Laufende Leistungen zum Lebensunterhalt nach SGB XII und AsylbLG –

Frage Nr. 123 a, Fraktion Die Linke

Bitte Unterkonten für diesen Titel aufschlüsseln.

Frage Nr. 123 b, Piratenfraktion

Bitte einzelplanübergreifend die Gesamtausgaben für die laufenden Leistungen zum Lebensunterhalt nach SGB XII und AsylbLG für die Jahre 2014 und 2015 (nach Bezirken, Rechtskreisen sowie den Bestandteilen Regelleistung und Kosten der Unterkunft) aufschlüsseln.

Titel 68128 – Hilfe zur Pflege nach SGB XII und AsylbLG –

Frage Nr. 124, Piratenfraktion

Warum fällt der Titel weg? Bitte erläutern.

Titel 68130 – Rückkehrförderung –

Frage Nr. 125, Fraktion Die Linke

Wie haben sich die Fallzahlen und Kosten in den Jahren seit 2013 entwickelt (nach Staatsangehörigkeit und Zielland aufgeschlüsselt)? Welche Programme/Projekte/Maßnahmen wurden in den Jahren seit 2013 umgesetzt (mit welcher Zielgruppe jeweils)? Welche Programme/Projekte/Maßnahmen sollen in den Jahren 2016 und 2017 umgesetzt werden (mit welcher Zielgruppe jeweils)?

Titel 68136 – Hilfe in sonstigen Lebenslagen nach SGB XII und AsylbLG –

Frage Nr. 126, Fraktion Die Linke

Wie haben sich die Fallzahlen und Kosten seit 2014 entwickelt? Bitte Unterkonten für diesen Titel aufschlüsseln.

Titel 68149 – Bekleidung und Wäsche nach SGB XII und AsylbLG –

Frage Nr. 127, Fraktion Die Linke

Wie haben sich die Fallzahlen und die Kosten in den Jahren seit 2013 entwickelt? Wie hoch sind die Anzahl sowie die Summe der beantragten/bewilligten Leistungen in den Jahren seit 2013?

Titel 68159 – Winterbrennstoffhilfen nach SGB XII und AsylbLG –

Frage Nr. 128, Piratenfraktion

Warum fällt der Titel weg? Bitte erläutern.

Titel 68162 – Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten nach SGB XII und AsylbLG –

Frage Nr. 129, Piratenfraktion

Warum fällt der Titel weg? Bitte erläutern.

Titel 68164 – Leistungen für Bildung und Teilhabe - Schülerbeförderung –

Frage Nr. 130, Piratenfraktion

Warum sollen die Ausgaben bei gleichzeitigem Anstieg der Zahl an Asylsuchenden auf dem gleichen Niveau bleiben? Bitte um Begründung des niedrigen Ansatzes.

Titel 70101 – Errichtung von modularen Flüchtlingsunterkünften –

Frage Nr. 131, Fraktion Die Linke

Auflistung der Kosten für die einzelnen Containerunterkünfte nach Standort. Sind hier auch die Erschließungskosten enthalten? Wie hoch sind die Investitionskosten pro Unterkunftsplatz in den Containerunterkünften? Was waren jeweils die Gründe für die Verzögerungen der Fertigstellung der einzelnen Containerunterkünfte?

Titel 86322 – Darlehen nach dem SGB XII (ohne 4. Kapitel) und AsylbLG –

Frage Nr. 132 a, Fraktion Die Linke

Wie hoch sind die Anzahl sowie die Summe der beantragten/bewilligten Darlehen in den Jahren seit 2013?

Frage Nr. 132 b, Piratenfraktion

Wie vielen Asylsuchenden ist in den Jahren 2014 und 2015 ein Darlehen gewährt worden? Bitte aufschlüsseln nach Höhe und Art des Darlehens (Mietkautionen, Waschmaschinen, Mietrückständen etc.).

Titel 89321 (neu) – Zuschüsse zur Herrichtung von Flüchtlingsunterkünften –

Frage Nr. 133, Fraktion Die Linke

Nähere Erläuterung um welche Zuschüsse es sich handelt und nach welchen Kriterien sie vergeben werden.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält noch einmal fest, die Fragen lfd. Nrn. 27 a, 27 b, 32 a, 32 b sowie die Fragen lfd. Nr. 107 bis einschließlich lfd. Nr. 133 würden themenspezifisch in zwei Berichten beantwortet.

**Kapitel 1169 – Landesamt für Gesundheit und Soziales
– Deutsche Dienststelle (WASt) –**

Titel 12401 – Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume –

Frage Nr. 134, Fraktion Die Linke

Warum musste der Kantinenpächter vor 2014 keine Pacht zahlen?

Franz Allert (LAGeSo) antwortet, die Deutsche Dienststelle habe in früheren Jahren mit dem Kantinenpächter vereinbart, dass er keine Pacht zu zahlen brauche, wenn er dafür sehr günstig Essen anbiete. Der Rechnungshof habe diese Regelung im Rahmen einer umfangreichen Prüfung der Deutschen Dienststelle (WASt) moniert. Daraufhin seien Neuverhandlungen vorgenommen und ein Nachtrag zum Pachtvertrag abgeschlossen worden, der ursprünglich bereits im Jahr 2003 abgeschlossen und im Jahr 2014 erneuert worden sei. Für die überlassenen Küchen- und Lagerräume seien nunmehr Pachtzahlungen erforderlich. Das Kapitel werde zu 100 Prozent vom Bund finanziert.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, die Frage sei damit beantwortet.

Kapitel 1192 – Sozialleistungen (Kriegsopferfürsorge) mit einem Bundesanteil von 80 v.H. –

Keine Fragen und Berichtsaufträge.

Einzelplan 12

Kapitel 1250, MG 11 (Hochbaumaßnahmen der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales)

Titel 70182 (neu) – Modulare Gebäude zur Unterbringung von Asylbegehrenden –

Frage Nr. 135 a, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um Erläuterung der konkreten Bauvorhaben. Gibt es eine Kosten-/Nutzenrechnung über die Errichtung modularer Gebäude im Vergleich zur Ertüchtigung bestehender Gebäude? Wenn ja, bitte nachreichen.

Frage Nr. 135 b, Fraktion Die Linke

Bitte Ansatz näher erläutern. In welchem Zusammenhang steht dieser Ansatz mit den im SIWA veranschlagten Mitteln für Modularbauten? Wie viele Grundstücke stehen mittlerweile für Modularbauten fest?

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) erklärt, das Thema gehöre zum Bautitel des Themenkomplexes Asyl und werde schriftlich beantwortet.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, der Ausschuss werde einen Bericht erhalten.

Die erste Lesung im Fachausschuss sei damit abgeschlossen. Die Beratung werde zum Zwecke der zweiten Lesung auf Montag, 28. September 2015, 12 Uhr vertagt. Die von der Finanzverwaltung mitgezeichneten Berichte sollten bis zum 21. September 2015 vorgelegt werden. Änderungsanträge sollten dem Ausschussbüro bis spätestens Donnerstag, 24. September 2015, 12 Uhr übermittelt werden.

Punkt 3 der Tagesordnung (vorgezogen)

Stellungnahmeverfahren des Hauptausschusses
Bericht SenGesSoz – III AbtL – vom 22.05.2015 betr.
Auflage Nr. II.B 64 – Drucksache 17/1400 zum
Haushalt 2014/15
Rote Nummer 1867

Landesamt für Gesundheit und Soziales
Verfahrensverkürzungen Antragsverfahren
„Schwerbehinderung“

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Hauptausschuss einstimmig und ohne Aussprache, den Bericht rote Nr. 1867 zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 4 der Tagesordnung (vorgezogen)

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Stellungnahmeverfahren des Hauptausschusses
Vertraulicher Bericht SenGesSoz – I D13 / I D 12 –
vom 22.05.2015
Rote Nummer 1622 A

**Reale Verteilung der Mittel der Finanzplanung auf
die Krankenhäuser und vergleichende Darstellung
der Förderhistorie/-kulisse (altes System) bzgl. der
letzten 10 Jahre**

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Hauptausschuss einstimmig und ohne Aussprache, den Bericht rote Nr. 1622 A zur Kenntnis zu nehmen.